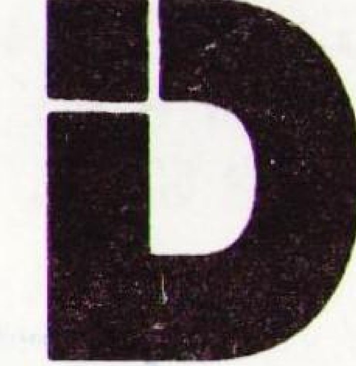
Einzelverkaufspreis: 1,50 DM incl. 6% MWST.

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
Redaktionsschluss: Donnerstag, 16 Uhr
255
11. November 78
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611/704 352
Druck: Druckladen, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

VERSCHLEPPUNG + ÜBERFÄLLE

JUSTIZ + REPRESSION

ÖKOLOGIE UND LEBEN

IHR WERDET LACHEN : DER ID SIEHT NOCH EINE GROSSE ZUKUNFT VOR SICH

Hier nach langer Zeit — ständig erwartet — die erste Folge einer inhaltsreichen Reihe intimster Beiträge über den ID.
Macht das „Private" öffentlich. Wie alles anfing und wie geht's jetzt eigentlich weiter.

*Verbunden mit dem Start der größten und dauerhaftesten Spendenaktion in der Geschichte dieses Basisorgans. Der große Schritt nach vorne braucht Wegzehrung. Ein kleiner Ausschnitt aus dem Investitionsprogramm: Höhere Auflage bei mehr Seiten; Mitglieder des ID-Kollektivs verlassen ihre Stühle und knüpfen neue Verbindungen — pflegen die alten Kontakte — stoßen dabei auf die unterbliebensten Sachen, die dann besser illustriert im Original-Ton dargestellt werden. Statt höher-schneller-weiter, etwas mehr in die Breite bitte! Wir wollen uns davon überzeugen, wo die Nachrichten ankommen, mindestens drei neue Mitarbeiter brauchen einen Lohn zum Leben.**

* Den Fragern sei gleich Antwort gegeben: Entgegen den geheiligten Traditionen der Pariser Kommune, der „Roten Fahne" und der Sozialistischen Büros kriegen wir hier achthundert Mark netto, und nicht etwa den durchschnittlichen Facharbeiterlohn! — Mit tiefempfundenem Bedauern: der alternative Betriebsrat.

Die höhere Auflage kann nur mit besseren Maschinen hergestellt werden, die Abonnentenbetreuung braucht einen Computer-Anschluß, weil allein von 10.000 Abonnenten mindestens 100 gerade heute umziehen, etc.. Um diesen kapitalistischen Teil zu tragen, ist die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) in Vorbereitung.
(Der ID ist bisher ein e.V. und verkraftet solche Umsätze schlecht.)
Wir wollen in der Alternativpresse und auch darüberhinaus darauf aufmerksam machen, was bei uns vor sich geht, neue Benutzer und Förderer finden.

Fünf Jahre ID. Jetzt rennen wir die Grenzpfähle ein.

In vielen Diskussionen haben wir versucht, den für unsere augenblickliche Situation entscheidenden Punkt herauszufinden.

Das ist uns nicht gelungen.

Das, was den ID und die Korrespondenten und das Redaktions-/Produktionskollektiv ausmacht, ist im Laufe der fünf Jahre, in denen es gewachsen ist, ein recht komplexes Gebilde geworden.

Dieses komplexe Gebilde müssen wir recht genau beschreiben, weil wir Änderungen vorhaben und feststellen, daß sich — entgegen unseren Absichten — diese Änderungen nur mit außergewöhnlicher Anstrengung durchsetzen lassen.

Es scheint, hier schlägt uns unsere eigene fünfjährige Geschichte schon auf den Kopf, in Gestalt festgefahrener Gewohnheiten, Traditionen, die kaum durchdacht waren, Erwartungen der Benutzer und von uns selbst, daß ständig das bereits Vorhandene reproduziert wird.



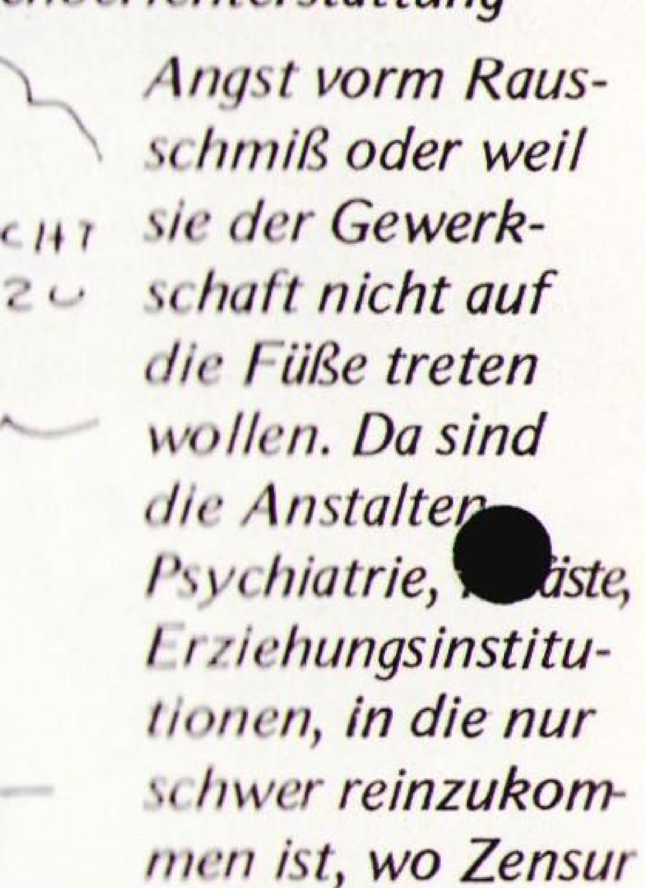
Ein Beispiel: Wir haben nach etlichen Gesprächen unter uns versucht, mit langjährigen ID-Lesern über eine Änderung des Konzepts und der Arbeitsweise zu diskutieren. Das war sehr mühsam, weil es für sie kaum möglich war, sich den ID anders vorzustellen als so, wie ihn alle seit fünf Jahren kennen, in der beliebten schlichten Erscheinungsform, so in der Art eines drohenden Knochenfingers der Repression mit einem rotlackierten Fingernagel des Widerstands.

Wenn wir dann kommen und sagen, da soll jetzt endlich mehr Leben rein, mehr über die Versuche, praktisch was zu verändern, wir wollen endlich auch selber mehr suchen und nicht nur auf das reagieren, was täglich an uns rangetragen wird, wobei dies alles sich auch in einer anderen Gestaltung ausdrücken muß, da stoßen wir auf ungläubige Gesichter, weil die langgepflegte Erscheinungsweise des ID erstmal zerstört wird.

Die soll ja aber auch zerstört werden. Um es so auszudrücken: Auf dem guten Fundament der Betroffenenberichterstattung soll ein anderer ID aufgebaut werden, der mehr Gebäude umfaßt als der „alte" ID.

Wir sind aber über die Konstruktionspläne dieser neuen Gebäude stellenweise sehr im unklaren.

Ausgangspunkt ist: In den fünf Jahren ID Arbeit sind wir an vielen Stellen auf Grenzen der Betroffenenberichterstattung gestoßen, das sind Bereiche in unserer Gesellschaft, in denen es die Möglichkeit des „freien" Worts nicht oder nur sehr eingeschränkt gibt. (Beispiele: der Betrieb, wo viele sich nicht trauen, was zu sagen, aus Angst vorm Rausschmiß oder weil sie der Gewerkschaft nicht auf die Füße treten wollen. Da sind die Anstalten, Psychiatrie, Knäste, Erziehungsinstitutionen, in die nur schwer reinzukommen ist, wo Zensur herrscht und die Schreiber für ihre Meinungen sofort zur Rechenschaft gezogen werden können. Und als gewichtigste Schwierigkeit, da gibt es die materielle Gewalt der Erziehung und Schulen und Medien, die uns ständig einhämmert, man brauche nicht das Wort zu ergreifen, weil ja dafür gewählte Vertreter und die Medien mit ihren Lohnschreibern da seien. Das hat den meisten gründlich die Phantasie der Öffentlichkeit vernagelt.)



An diesen Grenzen unseres Konzepts ist bei uns Unzufriedenheit mit unserer eigenen Arbeit entstanden, weil wir diese Grenzen nicht akzeptieren. Sie sind fester Bestandteil des Systems bürgerlicher Öffentlichkeit und sollen nicht ungeschoren davonkommen.
Je klarer das für uns wurde, desto größer der Frust über die Selbstbeschränkung auf die Nachrichten, die fast nur aus den Bereichen kamen, wo Öffentlichkeit und auch Gegenöffentlichkeit ansatzweise wächst.

Durch die Entwicklungen des letzten Jahres — sowohl was die Repressionsformen angeht als auch innerhalb der linken Bewegung — wurde die Diskussion angeheizt.

Intern, für uns als ID-Produzenten, waren viele Beschränkungen zur Dauereinrichtung geworden. Die Zahl der im ID Angestellten wuchs sprunghaft von vier auf neun, die 32 Seiten blieben 32 Seiten. Die Produktionsmittel waren nach wie vor die alten mit den gleichen Macken (die Heftmaschine hatte wenig Lust zu heften), eine Auflagensteigerung war nach wie vor mehr Alptraum als alles andere. Mittlerweile wollten wir aber die Auflage steigern, es ging aber von unseren Voraussetzungen her überhaupt nicht. Wir wollten endlich mehr den Rissen im System auf der Spur bleiben, die Grenzen unseres alten (und guten) Medienkonzepts überwinden, es ging aber nicht. Erst waren wir zu wenig, die kontinuierlich arbeiteten; als wir viele waren, standen uns die fest-



gefahrenen Erwartungen im Weg. Das Ergebnis: Wir produzierten und produzieren noch immer einen ID, den wir so gar nicht haben wollen.

Selbstverwalteter Betrieb. Der Sachzwang läßt grüßen.

Mit schlechthin allem sind wir ja nicht unzufrieden. Da ist als ein wichtiges Moment unsere Arbeitsweise miteinander. Ein Teil unserer Arbeitssituation bestimmen wir ja täglich selbst, nämlich die Arbeitsorganisation. Das bedeutet jahrelange Erprobung von Rotationssystemen verschiedenster Art, Qualifikationen an Maschinen oder in Arbeitsweisen, um eine Tätigkeit nicht gleich lebenslänglich auszuführen, sondern zum Beispiel ein Jahr, um dann Neues zu lernen usw.

Die Zusammensetzung des Kollektivs ändert sich. Die neu Hinzukommenden gehen mit anderen Erfahrungen an ihre Arbeit, unausgesprochene Grundlagen der Arbeit, die sich die anderen gemeinsam im Laufe der Zeit angeeignet haben, sind ihnen unklar. Sorgsam gepflegte Informationskontakte sind oft an bestimmte Personen gebunden. Wenn die nicht mehr da sind, müssen neue Fäden gezogen oder die bestehenden neu gestreichelt werden. Alles unter der gemeinsamen Vorstellung vom selbstverwalteten Betrieb (ein Begriff, der mir besser gefällt als alternatives Projekt, weil darin enthalten ist, daß wir unter objektiv feindlichen Bedingungen eine Produktion in Gang halten, und dieser ständige Kampf wird nach gemeinsamen Vorstellungen geführt. Beim „alternativen Projekt" wird ganz offengelassen, wie stark der Druck des Marktes in die Produktion hineinreicht).

Okay. So wie wir das miteinander bisher gemacht haben, das finden wir einen guten Ausgangspunkt, und den wollen wir weiterentwickeln, weil er mit einer der bestimmenden Faktoren für das Produkt ist, an dem wir arbeiten.

Daher entwickeln wir auch eine Kritik an anderen Zeitungen oder Medienprojekten. Die Art und Weise, wie eine Gruppe oder ein Betrieb in Selbstbestimmung arbeitet, beeinflußt zentral das Produkt. So wie z.B. der „Extra-Dienst" oder bald „die neue" produziert werden, genauso sehen sie auch aus, inhaltlich und formal. Wenn du diese Dinger vor dir liegen hast, siehst du vor deinem geistigen Auge die kaffeeschluckenden zehn-Stunden-Jobber, die in fleißiger Einzelarbeit ihren Dienst tun. Nein, das ist kein Zynismus vor dem traurigen Los der Arbeiterklasse, das ist eine Kritik auf der Grundlage unserer Erfahrung, daß es auch anders geht, wenn wir wollen, daß es anders gehen soll. Wenn dergestalt linke Ansprüche in einer Zeitung verbreitet werden, aber die Leute, die diese Zeitung selber machen, untereinander Hierarchie, Vereinzelung und Stellvertreterschreiberei (zusammen: Professionalismus) in Reinkultur betreiben, dann muß das kritisiert werden.

Es gibt da diesen Begriff des Sachzwangs. Der erlebt jetzt eine erneute Blütezeit, seit die Tageszeitungsdiskussion läuft. Da heißt es: Wenn eine Tageszeitung gemacht werden soll, müssen bestimmte professionelle Arbeitsstrukturen akzeptiert werden. Den einen dienen solche Reden nur dazu zu begründen, warum sie alles so lassen wollen, wie es halt ist. Was erschüttert einen bürgerlichen Journalisten mehr als die Forderung, er solle sich überflüssig machen. Da bleibt nichts mehr vom Lack des weltgewandten Alleswissers. Und so munter weiter. Die Schreiber schreiben, die Setzer setzen, die Lay Outer layouten, die Monteure montieren, die Drucker drucken, die Weiterverarbeiter, die Versandarbeiter, die Buchhalter, die Abo-Betreuer usw. Das haben wir doch schon alles gehabt. Wir machen es seit Jahren anders, mit Schwierigkeiten, das ist klar, aber halt gemeinsamen Schwierigkeiten, über die alle streiten können.

Die Betroffenen hatten das Wort. Aber es war eine Schreibmaschine.

Wir sagen, daß wir den Betroffenen das Wort geben wollen. Im Lauf von fünf Jahren haben sich eine Reihe von ihnen das Wort genommen. Es ist nun an der Zeit, nach den restlichen Betroffenen zu suchen. Den Arbeitern in Betrieben; den Lehrern; den Leuten aus selbstverwalteten Betrieben; den Wohngemeinschaften, die in eigene Häuser ziehen; den Jugendlichen, die bislang noch keine Schreibermafia haben, die für Öffentlichkeit sorgt. Die Gefangenen, die keine Unterstützerkomitees haben, die Leute aus den Bürgerinitiativen, die nicht die offenen Briefe schreiben, oder aber die, die sich als Profis für Öffentlichkeitsarbeit profiliert haben, beim Bier (oder sonstwo) zu besuchen. Wir wollen nicht einen ID machen, dessen Inhalt sich auf die Post beschränkt, die uns ins Postfach gelegt wird. Sicher werden wir weiter Unterbliebenes verbreiten, aber wir werden auch fragen.

Die Lehrer aus Hamburg, die sich die AKW-Nein-Plakette an den Kragen stecken und sie täglich in der Schule tragen, finden sich im ID in Gestalt von Presseerklärungen ihrer Anwälte ein. Als ob so etwas selbstverständlich wäre, ein ganz alltäglicher Fall von Widerstand.

Die Leute, die ein Verfahren an den Hals kriegen wegen der Veröffentlichung eines Textes, tauchen im ID in Gestalt von Prozeßterminen, Urteilstexten, Kontaktadressen auf. Nicht schlecht – aber auch nicht genug. Wie ist das denn, wenn man in einer Kleinstadt eine Schülerzeitung herausgibt und plötzlich in die Mache der Lokal-Mafia gerät?

Die Leute, die einen Laden eröffnen, stellen im ID ihre Öffnungszeiten vor. Wie sie arbeiten, welche Probleme bei der Selbstorganisation auftauchen, wie die Gruppen sich der Öffentlichkeit präsentieren, ob häufig Leute weggehen, all das fällt unter der Bezeichnung „täglicher Kleinkram" unter den Tisch.

Seit langem kennen wir das Problem, daß aus Jugendzentren nur dann Berichte kamen, wenn die Polizei im Anmarsch gewesen ist. Versuche, diesen Zustand zu ändern, waren zaghaft. Daß Gruppen den ID als Möglichkeit wahrnehmen, über sich und ihre Schwierigkeiten und Erfolge zu berichten oder diskutieren, geschieht selten.
Wir müssen also mehr über das sagen, was wir uns vorstellen, mehr reisen, Briefe schreiben, telefonieren.

In Österreich wird per Volksabstimmung das AKW Zwentendorf abgelehnt. Völlig unerwartet. Der Versuch über die Freudenfeste, Demonstrationen, Tänze etc. etwas in den ID zu bringen, scheitert an der Schreibmaschine. Beim ersten Erzählen am Telefon am Montag noch Schilderungen von der Freude, der Spontaneität – per Post dann „Analysen" des Wählerverhaltens, ein Berg von Zeitungsausschnitten der bürgerlichen Presse. Der Vorschlag, Texte auf Band zu sprechen, die Erlebnisse mündlich zu transportieren, wird nicht realisiert. Warum, ist noch unklar, aber bestimmt auch wegen eines unsterblichen Verständnisses von Information: wichtig sind die Fakten. Eine Gleichberechtigung von Fakten und Erlebnissen wird auf dem Papier nur selten erreicht. Am Telefon ging's und in der Kneipe noch besser. Man hätte eben schon hingefahren sein müssen, um ein gemeinsames Verständnis von Nachrichten entwickelt zu haben (ohne nun dogmatisch auf dem subjektiven Erlebnisfaktor rumzureiten).

Die bürgerliche Presse bringt den Polizeibericht der Bullen. Wir den der Betroffenen.

Berichte von Prozessen/Hausdurchsuchungen/Polizei bestehen oft aus dem Vokabular der Herrschenden. Paragraphen/Verordnungen/Rechtsverdrehungen werden eingehend geschildert. Urteile werden zitiert. Oftmals bleibt unklar, warum sich denn nun die Prozesse/Behörden überhaupt für den Betroffenen interessieren. Seine Person tritt hinter das schändliche Ereignis und beginnt den gewieften Schlagabtausch mit den „StAs" und Richtern. Die Distanz, der Hohn und der Spott, den diese ganzen Institutionen verdient haben und die bestimmt im Leben des ID-Betroffenenberichterstatters eine große Rolle spielen, werden unsichtbar. Wir sollten sie, neben der Vermittlung aller übrigen Wahrheiten/Ereignisse wieder sichtbar machen. Aufmüpfiges Verhalten fördern. Dazu muß man miteinander reden, sich vertraut machen.

Die äußere Erscheinungsform des ID kann (muß) sich ändern. Bisher erscheinen alle Nachrichten im gleichen harmlosen Gewand. Der einzig erkennbare Unterschied (für Kenner) ist die Reihenfolge. Oft ist es so gewesen, daß die Hits nach vorne gepackt werden, die anderen Nachrichten am Ende verteilt werden. Wenn nun Klaus der Geiger zu einem Lauf nach Bonn ruft, dann halten wir das für eine gute offensive Idee und freuen uns...

Der ID ist festgeschrieben auf seine Erscheinungsweise — so wie er einmal ist, hat er zu bleiben. Meinen viele und verändern ihn nicht, haben nicht einmal die Idee zu einer Veränderung im



Kopf. Die Leute, die den ID machen, die das Knast- und Repressionsblatt machen, wo man sich nach Lektüre angeblich erstmal eine Stunde hinlegen muß, die das langweilige Layout herstellen, sind aber nicht ganz so langweilig. Nur durfte sich bisher ihre Phantasie nicht entwickeln, denn sie alle hatten (und haben) den Auftrag, unterbliebene Nachrichten an die Kommunikatoren im Lande zu verteilen. Das soll auch so bleiben, aber eben anders, zum Donner.

Journalisten. Warum wir so halsstarrig keine sein wollen.

Heinrich Heine, dem nachgesagt wird, er habe den Journalismus miterfunden, schreibt im „Buch Le Grande": „Als Horaz dem Autor die berühmte Regel gab, sein Werk neun Jahre im Pult liegen zu lassen, hätte er ihm auch zu gleicher Zeit das Rezept geben sollen, wie man neun Jahre ohne Essen zubringen kann. Als Horaz diese Regel ersann, saß er vielleicht an der Tafel des Mäcenas und aß Truthahn mit Trüffeln, Fasanenpudding in Wildbretsauce, Lerchenrippchen..."

„...Ich habe des Guten so viel zu schreiben, daß ich nicht lange Federlesens zu machen brauche. So lange mein Herz voll Liebe und der Kopf meiner Nebenmenschen voll Narrheit ist, wird es mir nie an Stoff zum Schreiben fehlen..."

„...all diese Narren, die ich hier sehe, kann ich in meinen Schriften gebrauchen, sie sind bares Honorar, bares Geld. Ich befinde mich jetzt so recht in der Wolle. Der Herr hat mich gesegnet, die Narren sind dieses Jahr ganz besonders gut geraten..."

„...Mancher Narr ist mir aber nicht bloß bares Geld, sondern ich habe das bare Geld, das ich aus ihm erschreiben kann, schon zu irgend einem Zwecke bestimmt. So z.B. für einen gewissen, wohlgepolsterten, dicken Millionarrn werde ich mir einen gewissen, wohlgepolsterten Stuhl anschaffen, den die Französinnen chaise percèe nennen. Für seine dicke Millionärrin kaufe ich mir ein Pferd. Sehe ich nun den Dicken — ein Kamel kommt eher ins Himmelreich, als daß dieser Mann durch ein Nadelöhr geht — sehe ich nun diesen auf der Promenade heranwatscheln, so wird mir wunderlich zu Mute..."

„Ich mußte herzlich lachen, als ich jüngst hörte: einer meiner Leute habe sich besorglich geäußert, er wisse nicht, wovon ich einst leben würde — und dennoch ist er selbst ein so kapitaler Narr, daß ich von ihm allein schon leben könnte, wie von einem Kapitale."

So weit Heine. Und so nicht. Seinerzeit mag's dem scharffedrigen Heine angemessen gewesen sein, der mehr schlecht als recht von der Dummheit und Durchtriebenheit der „Reichen" lebte, indem er über sie herzog. Dieser Verlockung könnt' ich auch nicht widerstehen. Nur, der Zynismus des Journalismus wird hier hübsch sauber angelegt. Wer vom Schreiben lebt, ist von dem, der das Geschriebene verlegt (Buch oder Zeitung bleibt sich da gleich) abhängig. Das einerseits. Andererseits übt er über die, über die er schreibt, Macht aus. Schreiben als Broterwerb, als Beruf, meinetwegen. Journalismus als schreiben über, unter Druck setzen durch bedrucktes Papier - Pfui Spinne.

In Salecina haben wir gesagt, der ID soll farbiger, bunter, spannender werden. Die Betroffenenberichte sind langweilig. Doch nicht für den, dem sie widerfahren, die ihn betreffenden Situationen.

Der ID ist eine freundliche „TAZ"-Kritik

Nach alledem werden manche die Frage nicht beantwortet finden, die sie von Anfang an im Kopf gehabt haben: Wie steht der ID zur „Tageszeitung"? Dazu muß viel mehr gesagt werden.

Für den Anfang nur so viel: Wir wollen den ID nicht dichtmachen, ohne die beruhigende Gewißheit zu haben, daß unsere Lieblingsidee, der „Originalton der Betroffenen", weiter lebt und sich entwickelt. Wenn es die „Tageszeitung" einmal geben wird, werden wir ihr diesen Anspruch vor die Nase halten. Freundlich, täglich, solidarisch. Wir werden nicht gegen die Tageszeitung arbeiten. Wir werden ihr die Melodien der Betroffenen vorspielen, vielleicht fängt sie an zu tanzen.

Wer für den „größeren Schritt nach vorn" was übrig hat, soll auf das Konto 525228-602 (Postscheckamt Frankfurt, Bankleitzahl 500 10060) spenden. Bitte gebt das Stichwort an „Schritt nach vorn".

SZENEN AUS DER 'TAGESZEITUNG'

FRANKFURT
31.Oktober

Die erste Null-Nummer der TAGESZEITUNG kann man nicht nur lesen, sie ist inzwischen auch als Video-Dokumentation verfügbar. Genau gesagt: die Video-Gruppe Stuttgart hat während der Null-Nummer–Produktion Ende September 78 in Frankfurt TV-Aufnahmen gemacht. Daraus ist ein halbstündiger Film entstanden: er enthält Auszüge aus der Redaktionskonferenz, aus einer Diskussion am Rande über das Projekt, Eindrücke von einzelnen Arbeitsschritten wie Korrektur und Lay-out, Szenen aus der Druckerei und wichtige Informationen über Mitarbeit und Finanzen. Sehen und Spenden!

Ausleihe bei: Medienoperative Berlin, Tel.: 030/ 215 22 22 – Medienladen Hamburg, Tel.: 040/ 246 384 – Kölner Wochenschau, Tel.: 0221/ 522 164 – Wolfgang Schemmert, Münster, Tel.: 02502/ 6015 – Video Werkstatt Bornheim, Frankfurt, Tel.: 0611/ 458 225 – Marburger Videogruppe, Tel.: 06421/ 21 307 – Videogruppe Tübingen, Tel.: 07071/ 26 225 – Video Stuttgart, Alexanderstr. 4, Tel.:0711/ 244103

WETTBEWERB FÜR ZEICHNER, GRAFIKER, KARIKATURISTEN

FRANKFURT
6. November

Einen Wettbewerb „Antimilitaristische Motive" veranstaltet zur Zeit der Antimilitaristische Buchversand (Jügelstraße 1, 6000 Frankfurt 1). Eine Auswahl der Einsendungen wird im Frühjahr 1979 im Selbstverlag veröffentlicht werden. Buchpreise werden unter den Einsendern der veröffentlichten Zeichnungen/Grafiken/Karikaturen verlost. Der Einsendeschluß ist der 28.2.79. Ausführliche Informationen zum Wettbewerb können bei obiger Adresse angefordert werden.

"TANTE MILLI" LÄSST GRÜSSEN

Aus Mahlstetten grüßt eine nagelneue Alternativzeitung. Sie teilt mit, daß es sie, auf Umweltschutzpapier gedruckt, in einer Auflage von 500 Stück gibt. "TANTE MILLI" will den Kontakt unter Landgruppen fördern (Warenaustausch, praktische Tips und Kontakte überhaupt). Außerdem soll was über bewußte Ernährung, Gedichte, Umweltschutz, Politik, Lyrik und Flippiges drinstehen. Die O-Nummer erscheint Ende November und dann geht's alle vier bis sechs Wochen weiter.
Kontakt: Zwergenwiese, Hauptstr. 21, 7201 Mahlstetten

IM MORGENDLAND EINEN KAFFEE ERSTEHEN...

HAMBURG
Oktober '78

Seit einiger Zeit gibt es in Hamburg das Steh-Cafe (und Galerie) Morgenland, das uns folgende Beschreibung seiner selbst geschickt hat: Es will Initiativen und Gruppen Treffpunktmöglichkeit sein, hat dazu Räume bereit, eine Dunkelkammer und einen Werkstattraum für grafische Arbeiten. Es ist klar, daß in erster Linie optische, bildnerische Mittel im Mittelpunkt von Projekten kleineren und größeren Ausstellungen stehen. Aber es ist (es wird) so angelegt, daß dort Diskussionen, kleine Konzerte, Lesungen stattfinden können. Tagsüber und sonst muß mensch allerdings einfach rumstehen, sehen, Kaffeetrinken können und lesen in einer ruhigen, offenen Atmospäre, die Möglichkeit und Stoff gibt, neue Ideen und Gedanken aufzunehmen (vielleicht sogar Mut und Kraft dabei zu kriegen).

Morgenland: Ottersbekallee 1, 2000 Hamburg 19.

PRINZ EISENHERZ

BERLIN
31. Oktober 78

Unter diesem Namen eröffnen wir, vier Leute aus dem Schwulen Zentrum, am 13.11. in Berlin den ersten Buchladen Deutschlands für Schwule und andere Männer. Von Proust bis Praunheim könnt Ihr bei uns alles finden, was es von Schwulen und über Schwule und die ganze Männerbewegung gibt. Aus Soziologie, Psychologie und Belletristik wollen wir das anbieten, was uns wichtig erscheint. Wir besorgen aber auch jedes andere Buch.
Frauen dürfen natürlich auch rein.

Christian, Lothar, Michael, Peter

Prinz Eisenherz, Bülowstr. 17, 1 Berlin 30, Tel.: 030/2168400

IN SOEST TUT SICH WAS

SOEST
7. November

Aus Soest kam ein Brief, daß sich dort was tue. Was? Es gibt die Stadtzeitung „Das Jaegerken von Soest". Außerdem schreibt die Theatergruppe „Soester Börde" an einem AKW-Nee-Stück. Es gibt das zweite Stück, daß die Gruppe spielen will. Wer Interesse an der alten oder der neuen Aufführung/oder an den Zeitungsmachern und Schauspielern hat, wer Spieltermine (ab Februar) freihat, schreibe an:
Rainer Brusis, Weststraße 8, 4772 Bad Sassendorf..

3. NATIONALES TREFFEN LINKER JURA–GRUPPEN

Köln
30.10.78

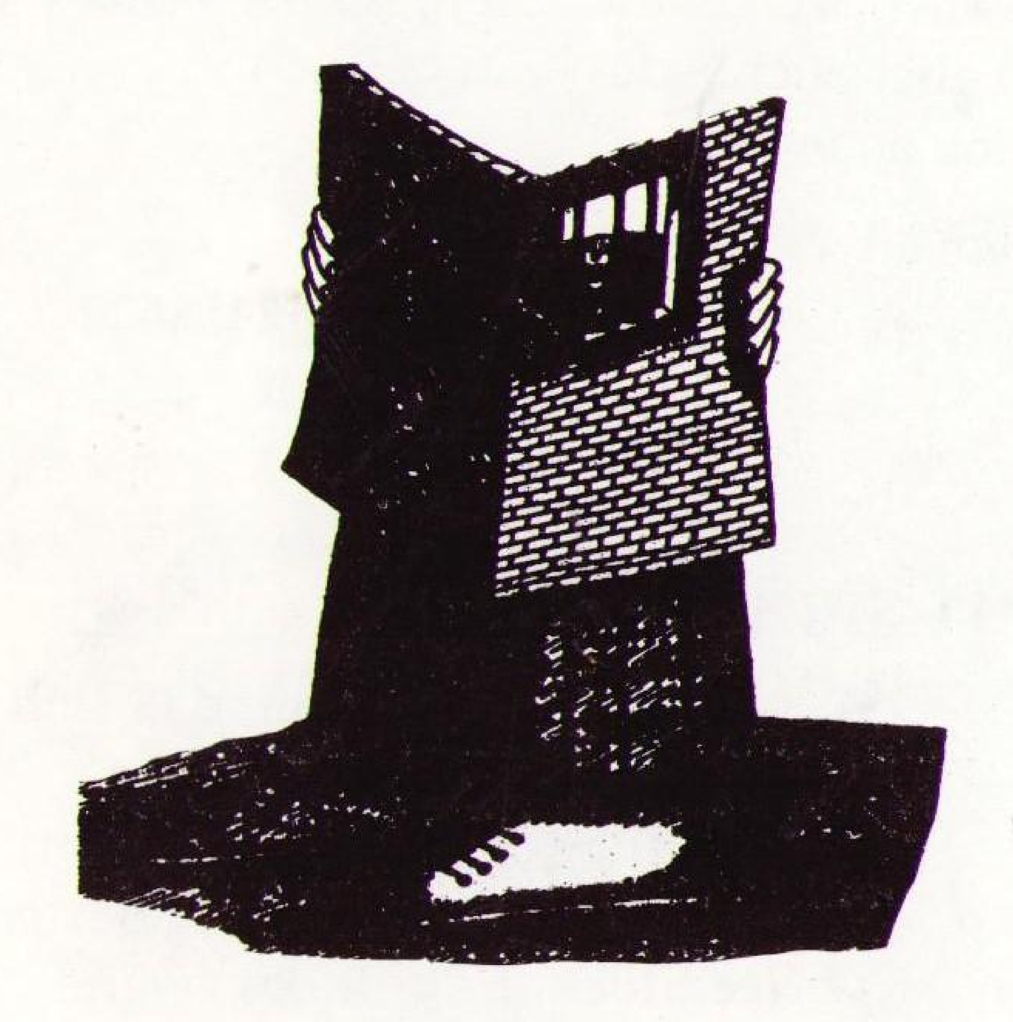
Am 24.-26.11. findet in Köln der 3. Versuch statt, einen kontinuierlichen Diskussionszusammenhang zwischen linken Jura-Gruppen herzustellen. Bisher zugesagt haben Gruppen aus Hamburg, Hannover, Köln und Saarbrücken. Das kann doch nicht alles gewesen sein?

Als Diskussionsthemen sind bisher vorgesehen: Berufsperspektiven und Uniarbeit. Falls ihr Interesse habt schreibt uns so schnell wie möglich (wichtig!), damit wir Übernachtungsmöglichkeiten besorgen und Diskussionsmaterial verschicken können.
Unsere Adresse: KJZ, c/o Unterstützungbüro, Glasstr. 80, in 5000 Köln 30, Tel.: 0221/ 52 05 79, Di.+Mi. ab 20 Uhr

BESCHLAGNAHME VON ZEITUNGEN – BESCHWERDEN LAUFEN SICH TOT

Zweibrücken 10.10.78 *Manfred Grashof, Joh.-Schwebel-Str. 33, in Zweibrücken, JVA schreibt zur Beschlagnahmung von Zeitungen:*

"bin seit 1.6.78 'strafgefangener' – alleinzuständigkeit der anstalt. seither werden praktisch sämtliche exemplare zb arbeiterkampf, provinz, blatt, informationsdienst, pflasterstrand automatisch, per vordruck + mit der wahlweisen bzw kombinierten begründung 'gefährdung der sicherheit & ordnung'/'gefährdung des vollzugsziels' beschlagnahmt. zu sicherheit & ordnung: bin seit über 6 jahren isoliert. zum vollzugsziel: 'ich weiß, daß sie kein gewöhnlicher krimineller sind. sie sind terrorist. aber auch sie muß ich resozialisieren. dazu bietet mir die beschlagnahme solcher schriften eine handhabe, um sie aus der terrorszene herauszulösen.' greus, leitender regierungsdirektor (anst.ltr.), sinngemäße wiedergabe einer mündlichen belehrung. unten aufm vordruck steht immer 'ist zur habe zu nehmen, da mit sicherheit im beschwerdeverfahren benötigt'. beschwerden laufen (sich tot). von euch beschlagnahmt: Nr. 233, 234, 237, 238, 239, 241, 243, 244, 245, 246. 247, 248 – jedenfalls seit ende mai 78 keinen einzigen id erhalten. einkassiert wurden auch die mit olg-zweibrücken-beschluß v. 29.5.78 freigegebenen nr. 188 + 189."



PROBLEME IN BALLUNGSRÄUMEN

ESSEN 28. Oktober Aus einer Vortragsreihe, die an mehreren Volkshochschulen des Ruhrgebiets unter dem Thema ‚Probleme in Ballungsräumen' stattfand, hat die Technikergruppe ‚Katalyse' eine Broschüre zusammengestellt. Diese Gruppe arbeitet seit vielen Jahren an der Entwicklung alternativer Technologien und der Herstellung von Kontakten zwischen Technikern.

Kontakt: ‚Katalyse', c/o Karl-Barth-Haus, Wittenbergstr. 14 –16, 4300 Essen 1, Telefon über: G. Ondrej, Volkshochschule Essen Tel. 0201/ 23 32 87/88

FORSCHUNGSBERICHT ZUM KITA-PROJEKT

FRANKFURT 14. September Es liegt ein Bericht vor (489 Seiten), der das Ergebnis einer zweijährigen Begleituntersuchung zu einem Reformmodell vorschulischer Erziehung in Frankfurt („Kita 3000") ist. Vertrieb: *Campus Verlag GmbH, Schumanstr. 65, 6000 Frankfurt 1.* Preis für selbstabholende Studenten (müssen wir da einen Studentenausweis vorlegen?) 14,-- DM, ansonsten wohl etwas teurer (48 DM). Die Studentenexemplare gibt es bei den Verfassern: *Institut für Sozialforschung, Ginnheimer Landstraße 1, 6000 Frankfurt 90, Tel.0611/70 17 82*

AM 14.NOVEMBER SOLL JOACHIM SCHNORR VERURTEILT WERDEN

FREIBURG 8.November Der Arbeitskreis Strahlenschutz aus Freiburg ruft zu reger Teilnahme am Prozeß gegen Joachim Schnorr auf. Ort des Geschehens: Landgericht Baden-Baden, Otto-von-Vinzenty-Str. 5, am 14. November um 9.00 Uhr auf.

Joachim Schnorr, der im Arbeitskreis Strahlenschutz gegen den Uranabbau im Schwarzwald kämpft, wollte angeblich den Mitarbeiter einer Urangesellschaft umbringen, als er mit dem Auto vor dessen geschwungener Spitzhacke flüchtete. (siehe auch ID 246, 251, 254).

Kontakt: **AKS, C/o Joachim Schnorr,Fehrenbachallee 58; 78 00 Freiburg**

WM–NACHSPIEL

BORUSSIA MÖNCHENGLADBACH FORDERT 2.500 MARK STRAFE

DUISBURG 7.November *Anbei sende ich euch ein Flugblatt zu unserem Prozeß wegen unseres Auftritts als 3. Mannschaft beim Europacup-Spiel vom 29.März 78 im Düsseldorfer Rheinstadion – Ihr habt darüber im ID 224/242 berichtet:*

Auszüge aus dem Flugblatt:

Am 29.März 1978 entrollten wir während des Europacupspiels zwischen dem VFL Borussia Mönchengladbach und dem 1.FC Liverpool im Düsseldorfer Rheinstadion ein Transparent mit der Aufschrift „Argentinia 78 – Fussball JA - Folter NEIN".

Der VFL bezeichnet unsere Aktion als „undiszipliniertes Verhalten" und will mit einer Zivilklage eine Geldstrafe von DM 2.500 von uns erzwingen...

ARGENTINIEN 78 – Fussball JA - Folter NEIN!
Unter dieser Parole wurde vor und während der WM von verschiedenen Gruppen und Organisationen versucht, auf die wirklichen Zustände in Argentinien hinzuweisen.
Da am 29.3.1978 außer dem überfüllten Düsseldorfer Rheinstadion noch 13 ausländische Fernsehanstalten live angeschlossen waren, nutzten wir die Gelegenheit für unsere Spielfeld-Demonstration. Das Spielgeschehen wurde dadurch nicht gestört. Doch außerhalb des Blickfeldes der Zuschauer wurden wir von Ordnern verprügelt und mußten unsere Personalien der Polizei angeben.

VFL-Präsident Grasshof gab in einem Interview mit der Zeitung ‚Stern' zu, daß es ihm bei der Zivilklage nicht um die Begleichung der Geldstrafe geht. Er will an uns ein Exempel statuieren, denn für ihn gehört Politik nicht ins Fußballstadion. In Angesicht der Tatsache, daß in Südamerika Fußballstadien in KZ's umgewandelt werden, fanden wir unseren kleinen Beitrag zur internationalen Solidarität für notwendig.

Unterstützt uns durch Euer Erscheinen beim Prozeß
Amtsgericht Düsseldorf,Mühlenstraße 34, 4 Düsseldorf-Mitte um 9.30 Uhr im Raum A 111
am Mittwoch, den 15.November 1978

Unterstützt uns durch Spenden auf das
Konto 321 - 033300 BLZ 350 000 00
Stadtsparkasse Duisburg
Kennwort „Fußball JA - Folter NEIN".

Wenn wir freigesprochen werden, geht das Spendengeld an den argentinischen Widerstand.

Kontakt: **Jens Peters, Friedrich Ebert-Str. 76; 41 Duisburg 14**

JUNGDEMOKRATEN AUFGEGRIFFEN, ABGEFÜHRT, VERSCHLEPPT

Deutschland im Winter – brrr, wie mich friert!

Hamburg 18.10.78 *Die Polizeiaktion, von der im folgenden die Rede ist, fand am 18. Oktober in Hamburg statt. Die Presseerklärung ist aus der Liberal-Politischen Korrespondenz (Herausgeber: Jungdemokraten, Landesverband Hamburg):*

PRESSEERKLÄRUNG

Mit Besorgnis nehmen die Jungdemokraten die vorübergehende Festnahme ihrer Landesschatzmeisterin Hedi Schmid und des Landesparteitagsdelegierten und Bezirksvorstandsmitglieds der F.D.P. Richard Schmid gestern abend zur Kenntnis. Im Rahmen einer Polizeiaktion gegen Demonstranten im Karolinenviertel wurden Hedi und Richard Schmid sowie weitere ahnungslose Passanten gegen 17.30 Uhr festgenommen, als sie in der Glashüttenstr. ein Kino betreten wollten.

Sie wurden zum Polizeirevier 16 transportiert und dort ca. 2 Stunden in überfüllten Zellen festgehalten. Wegen der Enge mußten sie die meiste Zeit stehend verbringen. Um 20 Uhr w[illegible]en sie zur Polizeikaserne Wandsbek transportiert, wobei es für die Insassen des Transportfahrzeuges durch unverkleidete, scharfkantige Metallteile in den engen Transportzellen bei den häufigen Bremsmanövern zu lebensbedrohenden Situationen kam.

Nach Erkennungsdienstlicher Behandlung und Leibesvisitationen ließ man sie weitere 2 Stunden stehend warten, bis sie entlassen wurden. Während der ca. 5 Stunden in Polizeigewahrsam wurde den weiterhin nicht informierten Festgenommenen von seiten der Polizei jede Auskunft über den Grund des Vorgehens gegen sie verweigert. Die Jungdemokraten fragen den Innensenator als Dienstherren der Polizei: Ist es nach seiner Ansicht vereinbar mit rechtsstaatlichen Prinzipien

– unbeteiligte Passanten unterschiedslos zur erkennungsdienstlichen Behandlung fünf Stunden lang festzuhalten;
– den Betroffenen die Auskunft über den Grund derartiger Maßnahmen zu verweigern;
– die Möglichkeit Angehörige oder einen Rechtsbeistand zu informieren erst nach drei Stunden zu gewähren;
– Festgenommene längere Zeit ohne Möglichkeit zum Hinsetzen festzuhalten;
– [illegible]t es vereinbar mit der Verhältnismäßigkeit der Mittel, eine große Polizeimacht gegen eine verschwindende Zahl von Demonstranten einzusetzen, wie geschehen?

DIE DJD FORDERN:

Unverzüglich die Namen und Angaben der Kinobesucher und sonstiger Passanten aus den Polizeiakten zu entfernen und sicherzustellen, daß keine Daten über Festgenommene beim Verfassungsschutz gespeichert werden. Alle Fotographien, auf denen wahllos Kinobesucher und Passanten in der Glashüttenstraße aufgenommen wurden, zu vernichten.
Verantwortlich gezeichnet: Harald Kugel
Weitere Informationen erhältlich unter der Telefonnummer 040/ 601 41 60 (privat) oder 4123 29 12 dienstlich.

Ein Gedächtnisprotokoll

Ne Clique aus dem Judo-Sympathisantenkreis beschließt, sich am Mittwoch um 17.45 Uhr den Film 'Deutschland im Herbst' gemeinsam anzuschauen um anschließend darüber zu sprechen (diskutieren). – Es wurde (um noch mehr Interessierte anzusprechen, hierzu auch SCHRIFTLICH eingeladen). Auch in der Impfanstalt (zwei Beteiligte arbeiten dort) gibt es Personen, die dieses bezeugen können.

Am Mittwoch, 17.45 Uhr, war's dann soweit, wir fuhren mit Hedis Auto zur Glashüttenstr. um ins "Klick" zu gehen. Dort eingeparkt fielen uns die Einsatzfahrzeuge der Polizei auf. Ich fragte einen Polizisten, was denn hier los wäre, wieso sie denn hier wären. Die lapidare Antwort: "Machen Sie keinen Aufruhr – gehen Sie weiter!" – In diesem Moment höre ich den Ruf: "Alle heraus!" – Sekunden später bildet sich ein Polizeiriegel zwischen mir und dem Eingang des "Klick". Gleichzeitig sehe ich, wie Hedi (meine Frau) und ihre Arbeitskollegin Angelika von Polizisten "abgeführt" werden. Beim Versuch ihnen zu folgen, werde ich von Polizisten angehalten. "Sie dürfen hier nicht durch!" Ich drängte mich doch durch, als die Polizisten einen Moment zögerten. Durch einen schnellen Spurt erreiche ich noch das Einsatzfahrzeug der Polizei und kann mich hineinzwängen.

Kaum daß ich im Fahrzeug bin, sagt mir ein Polizeibeamter, daß einer das Fahrzeug wieder verlassen müsse, denn sie hätten Anweisung, nur vier Personen pro Fahrzeug. Anweisung hin, Anweisung her sagte ich, wir sind zu dritt und wollen zusammenbleiben und die anderen beiden (wie sich später herausstellte ein BWL-Student und dessen Schweizer Freundin, die sich, ebenso wie wir den Film 'Deutschland im Herbst' ansehen wollten) verständlicherweise auch. Und außerdem sei ja schließlich die Polizei für uns Staatsbürger da und nicht umgekehrt, bemerkte ich noch.

In diesem Punkt ließen die Beamten sich überzeugen. Aber sie weigerten sich hartnäckig uns Auskunft über Sinn und Zweck der Aktion sowie über den Grund unserer Festnahme zu geben. Auf meine Bitte, mir ihren Namen und ihre Dienstnummer zu nennen, bekam ich zur Antwort: "Verhalten Sie sich ruhig, Sie wollen doch keinen Ärger!"

Während wir diskutierten (stritten) fuhr das Einsatzfahrzeug los. Es überquerte die Feldstraße und das Heiliggeistfeld (auf dem eine große Anzahl - 50 bis 60 - Polizeifahrzeuge standen) und hielt vor fer 'Domwache'. Ich wollte mir beim Aussteigen nicht "behilflich" sein lassen (ich bin 25 Jahre alt und durchaus noch rüstig!) was der Polizist zum Anlaß nahm, mich im Polizeigriff (linker Arm nach hinten verdrehen, bis man das Gesicht verzieht) ins Revier zu führen. Dort fiel wieder auf, daß sich sehr viele (ca. 50) Polizisten in den Räumen aufhielten. Wir wurden nun nach Geschlechtern getrennt, die drei Frauen links, wir rechts.

Hier wiederholte ich die Frage, was denn das alles solle und ob ich einen Anwalt verständigen könne, und wieder die Bitte, mit seinen Namen und die Dienstnummer zu nennen, denn ich wolle mich über die "Behandlung" im Einsatzfahrzeug beschweren. Mit "beschweren is nich", meinte der Beamte und außerdem wäre er derjenige, der hier die Fragen stelle. Also Name, Adresse, Beruf. . .! Ich gab ihm meinen Studentenausweis, aus dem er dann zwar alle Angaben abschrieb, mir aber sagte, es wäre "eigentlich" kein Ersatz für den Personalausweis. Der BWL-Student, der zusammen mit mir verhaftet (oder soll man besser sagen: aufgegriffen, abgeführt oder verschleppt) wurde, hatte zwar seinen Personalausweis bei sich, was sich aber in keiner besseren Behandlung niederschlug.

Nach der Aufnahme der Personalien wurde ich "gefilzt" (ob ich etwas bei mir habe, mit dem ICH MICH verletzen könnte) ich hatte – eine Anti-AKW-Plakette. Die wurde mir dann auch abgenommen und in Plastik verpackt. Nun wurden wir weggeführt. Ich wollte mir wieder nicht "helfen" lassen – und machte deshalb zum zweitenmal mit dem "Polizeigriff" Bekanntschaft.

Wir wurden in eine Zelle geführt (ca. 3/4qm) und bekamen kurz danach auch noch einen 3. Mann zugeteilt. Langeweile kam nicht auf, denn wir diskutierten ausgiebig über Sinn und Zweck kriegszuständeähnlicher Polizeigroßeinsätze (das Thema bot sich "fast" von selbst an). Nach einiger Zeit wurde ein 4. Mann hereingeführt, dann kam ein Polizeibeamter, der meinte, wir müßten hier raus und sollten ihm folgen. Hier versuchte ich

(wieder einmal vergeblich) zu erfahren, warum ich hier festgehalten werde, wie er denn hieße und wann ich denn einen (meinen) Rechstanwalt informieren dürfe. Eisiges Schweigen, keine Antwort, auch nicht auf die Fragen der anderen.

Wir wurden nun in ein Kellerloch (pardon, in eine ca. 90cm auf 180cm große, 190cm hohe Zelle ohne Fenster, aber mit einem kleinen Holzbrettbett) verlegt. 2 1/2 von uns vier konnten immer sitzen. Das Diskussionsthema wechselte nicht, es ging noch immer um Polizei und Staat und Polizeistaat und um WANZEN. Wir beschlossen uns nicht mehr alles gefallen zu lassen und, sobald wir wieder hier raus sind, in eine Kneipe zu gehen und die Adressen auszutauschen (allen waren die Kugelschreiber – 'gefährliche Instrument, gefährlich für wen? – abgenommen worden.) Aus dem "Beschluß" wurde nichts, denn nachdem wir wieder abgeführt wurden, wurden wir auf verschiedene VW-Busse verteilt; wir sahen uns nicht wieder.

Ich wurde gebeten (der Polizist war höflich - sagte mir aber auch weder warum - noch wie er heißt - noch wie lange das noch dauert - noch wohin es nun geht - noch wann ich mit einem Rechtsanwalt sprechen könne) in eine Zelle im Bus zu klettern, hinter mir wurde abgesperrt. Nach einiger Zeit wurde ich wieder herausgebeten. Es wurde eine Fotoaufnahme von mir gemacht (Erst vom Rechtsanwalt erfuhr ich, daß man Aufnahmen verweigern kann. Dabei fällt mir ein, daß es während der gesamten Nacht kein Beamter für notwendig hielt, mich über meine Rechte aufzuklären!!)

Nach dem Fotografieren wurde ich, zusammen mit zwei anderen, wieder in die Zelle im VW-Bus gesperrt. Es gab zwei Einzelzellen, die schon besetzt waren, und eine Dreimannzelle. Was dann folgte kann ich nur mit FAHRLÄSSIGEM MORD–VERSUCH umschreiben. Ich saß direkt hinter der Zellentür, und diese Zellentür hatte eine Scharnierverstärkung aus einem U-Stahl. Die Anordnung sah gefährlicher aus:

FAHRLÄSSIGER MORDVERSUCH

So richtig Angst bekam ich aber erst, als der VW-Bus mit Tatü und Blaulicht immer voraus raste. Und dann ging's aber los – mit 80, 100 "Sachen" quer durch die Stadt. Nach Wandsbek, wie sich später herausstellte. An 6, 7 Ampeln bei Rot ohne auch nur zu zögern voll drüber. Wenn vor Ampeln Autos standen – rauf auf den Bürgersteig, runter vom Bürgersteig. Und immer volle Pulle. (Ich kann das beurteilen, ich habe fast 5 Jahre Taxifahrerjob hinter mir. Zuerst dachte ich nur, "die spinnen, die Jungs" – zuletzt hatte ich nur noch Angst.)

Nun, was soll's! werden viele sagen, Genosse Zufall spielte uns keinen Streich, keiner fuhr (verträumt) über die Kreuzung, während wir unterwegs waren, es ist ja schließlich nichts passiert, wir leben ja alle noch. Nur, fragen sie nicht, wie mein Nervenkostüm aussah, als wir in Wandsbek in der Polizeikaserne aus dem VW-Bus "geholfen" wurden. Der Wille zur Wehr war schon weg, und so beschwerte ich mich auch nicht mehr über die unsinnige zweite Körpervisitation. Hände auf den Bus, Füße gespreizt – man kennt das ja aus den amerikanischen Krimiserien. –

Und auch hier wieder das obligate: "Machen Sie keinen Ärger", auf die Frage warum, wie lange noch, wann kann ich meinen Anwalt sprechen. Anschließend wurde ich zusammen mit ca. 40/50 anderen Personen in eine Halle geführt, die wie eine Großgarage aussah und auf dem Boden mit Ölflecken übersät war. Auch hier gingen die Diskussionen weiter. Hier erfuhr ich dann auch, daß einige zu einer Demo, die an die "Morde" von Stammheim erinnern sollte, gehen wollten. Daß sie aber auf keine gehen konnten, weil sie schon IM U-Bahnhof Feldstraße verhaftet wurden. Einige Zeit später wurden dann auch Hedi (meine Frau) und ihre Arbeitskollegin Angelika "an geliefert".

Sie erzählten mir, daß sie, nachdem wir getrennt wurden, in einen "Fitneßraum" gesteckt wurden. Später wurden sie von Polizistinnen (die sich beschwert hatten über diesen Befehl, weil sie ihn nicht verstehen konnten) aufgefordert sich auszuziehen. Auf Anfrage, was sie eigentlich suchten, wurde gesagt, daß sie nach gefährlichen Gegenständen untersucht werden, was rechtlich erlaubt sei, da sie in Polizeigewahrsam seien). Bevor sie in die Polizeikaserne überführt wurden, wurden sie auch noch einzeln vor eine weiße Wand gestellt und fotografiert. Erkennungsdienstliche Maßnahmen nennen die Herren vom VS sowas!

Die Überführung war auch für sie eine mörderische Sache. Zum einen waren sie zu zweit in einer großen "Minna", in der sie "umherpurzelten", weil sie keine Möglichkeit zum festhalten hatten und der Polizist wie ein "Irrer" durch Hamburg raste – zum anderen konnten sie sich kein Bild von außen machen und sich auf keine Kurve oder Fußweg vorbereiten, weil der von außen fest verschlossene Kasten keine Fenster, keine Luftöffnungen hatte, sondern nur kleine Milchglasscheiben. Und um die ganze Sache noch abzurunden war die Heizung noch auf "volle Pulle" aufgedreht, so daß sich beide leicht geröstet in diesem kleinen Raum vorkamen, als man sie wieder auslud. Danach erfolgte eine nochmalige Leibesvisitation zwischen den LKWs. Dabei wurden ihnen noch die Schlüssel abgenommen und in Plastiktüten verpackt.

Aber was soll's, auch sie haben's überlebt – aber die verängstigten Augen hätten sie mal sehen sollen. Aber wir waren wieder beieinander!

Nach einiger Zeit bekam ich von einem Mädchen, das "draußen" (auf der Toilette gewesen war) den Tip, doch auch zu gehen. Draußen wäre ein Beamter, ein Älterer, der wäre nicht so stur wie die anderen, und der ließe einen auch telefonieren. Gesagt, getan: und nach 3/4 Stunden konnte ich das erste Mal wieder Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen – ganz kurz zwar nur, und unter der Aufsicht zweier Polizisten, aber immerhin. – Daß ich Herrn Rechtsanwalt Bruns nicht erreichen konnte lag zwar nicht an der Polizei, zufrieden war ich dennoch nicht. Ich habe dann noch bei Harald angerufen, konnte aber nur seine Mutter erreichen, die zusagte, einen Anwalt zu benachrichtigen. – Die Polizisten konnten mir auch bei dieser Gelegenheit nicht sagen, warum ich festgehalten wurde, was mir vorgeworfen wird und wie lange ich noch festgehalten werde.

Zurück in der Halle versuchte ich meine Unruhe durch Gespräche, Diskussionen und Händchenhalten zu zügeln. Mensch, war ich erregt und sauer! – Lange Zeit nur warten. – Dann wurde mein Name aufgerufen! Ich sagte: "Hier", und trollte mich zur Absperrung. Ich wurde in ein improvisiertes Büro geführt. Dort bekam ich meine Schlüssel und meinen "gefährlichen" Button zurück. Ich sollte unterschreiben, daß ich alles zurückerhalten hätte. Darauf sagte ich: "Sagt ihr mir erst einmal, warum ich hier festgehalten werde". Darauf der Beamte: "Sie können jetzt gehen." – Ich antwortete: "Ich möchte hier warten, bis auch meine Frau freigelassen wird, und außerdem hätte ich gern eine Bescheinigung von ihnen, in der steht, warum und wielange ich festgehalten wurde." Dazu ein anderer Beamter: "Bescheinigungen gibt es nicht, wir tragen alles in dieses Buch ein, und die Bücher werden bei uns nicht weggeschmissen." Ein anderer Beamter: "Verschwinden Sie jetzt, sonst 'helfen wir ihnen'!" –

Sie "halfen" mir: und zwar im Polizeigriff, zwei Mann Flankenschutz, quer durch die Polizeikaserne. Vor dem Tor wartete ich dann auf meine Frau und ihre Freundin, die in kurzen Abständen dann auch einzeln "abgeliefert" wurden. Meine Bitte, uns ein Taxi zu rufen, wurde mit einem sarkastischen Lächeln und der Antwort: "Dort hinten ist gleich eine U-Bahn-Station" bedacht. Wir suchten uns also ein Telefonhäuschen, riefen ein Taxi und ließen uns zurück zur Glashüttenstraße zu unserem Auto fahren. Kurz nach Mitternacht kamen wir dann zu Hause an.

Was wir erlebt hatten war nicht Faßbinder's "Deutschland im Herbst", sondern Polizeistaat's "Deutschland im Winter"!

Zum Abschluß ein paar Gedanken zur Einschätzung der ganzen Sache.
Ich hasse – nicht die "Baader-Meinhofs" und die, die meinen, sie unterstützen zu müssen, sie tun m.M.n. ihre Straftaten aus den gleichen Gründen, wie das auch alle anderen Verbrecher tun – ich hasse alle diejenigen kühldenkenden "Normalen", die eine solche Situation ausnützen um ihr faschistoid-reaktionäres Süppchen zu kochen. Deshalb:
– keine Todesstrafe bei Mord
– keinen Polizeiterror bei Terroristenfahndungen

PS: Als Liberaler möchte ich noch ein Zitat vom letzten FDP-Parteitag anschließen. Helga Schuchardt: ". . . , die FDP ist vor allen Dingen die Partei des liberalen Rechtsstaats!"
– ich bin der Meinung, daß beim Kampf, so etwas (wie das oben geschilderte) für die Zukunft zu verhindern, ALLE Liberalen gefordert sind.
Kontakt: Richard und Hedi Schmid, Lange Reihe 92, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/ 24 03 72

IRGEND EIN ANONYMER ANRUFER HATTE MICH ALS EINE DER GESUCHTEN TERRORISTINNEN ERKANNT

Köln Oktober 78 *Die Frau, die die Geschichte ihrer Festnahme als vermeintliche Terroristin aufgeschrieben hat, ist 30 Jahre alt. Der erste Teil ist ein Brief, den sie zusammen mit dem eigentlichen Bericht: "Anruf genügt!" an die Tageszeitung geschickt hat. Von dort kam er zu uns:*

Vielleicht wundert ihr euch ein bißchen, daß das, was ich euch zuschicke, alles nur mit der Hand geschrieben ist. Ich hoffe sehr, daß ihr die Schreibmaschinenarbeit selbst oder besser gesagt für mich ausführen könnt.

Ich – wer ist das? Mein Name ist Simone. Ich wurde als Kind eines Mannes und einer Frau in Deutschland geboren. Mein Vater hatte den Beruf eines Richters, meine Mutter hatte angefangen Journalistik zu studieren. Na ja, das alles ist wohl "Stoff" für ein anderes "Schriftstück", vielleicht ein "Film-Drehbuch". Alles ist ganz schön verrückt. All das will ich aber nun überspringen und zur Gegenwart kommen. Zum Teil geht meine Persönlichkeit auch aus dem "Geschriebenen" zutage.

Seit ich mit einem "Gangster" zusammenzog, nahm mein Leben eine radikale Wandlung. Männer mit Spitzbärten gaben mir verkodete Telefonnummern, wie z.B. 123568 oder 215689 (Zahlen sind jetzt frei erfunden). Falls ich in Not käme, sollte ich da anrufen. Sie hätten kein Sexuelles Interesse an mir. Von anderen wurde ich zum "Institut Francais" in Köln (da lebte ich seit meinem 14. Lebensjahr) bestellt, um Mitternacht..

Jener Gangster war wegen Heroinhandel, wie es in den Zeitungen und in seinem Urteil stand, zu vier Jahren Rheinbach verurteilt worden, Einzelzelle. Rheinbach, ein Zuchthaus, in dem auch Meisterspion Guillaume seine Zeit fristet. Er durfte übrigens das Radioprogramm bestimmen.

Nun ja, ich verstand das alles nicht. Davor führte ich das Leben eines sogenannten "Hippie-Mädchens". Jenen "Gangster" kannte ich vom Sehen schon seit 1972. Von Hans bekam ich keine Hilfe. Die lieben Mitmenschen distanzierten sich von mir, teils aus Angst, teils aus Verachtung. Irgendwann hatte ich das Gefühl, wieder mal in "Urlaub" fahren zu müssen, mit ca. 500 Mark nach Nordafrika. Es würde zu weit führen alles zu erklären.

Zurück aus dem Urlaub ohne einen Pfennig mußte ich mal wieder neu anfangen, und zwar als eine Frau, die nur dann bereit ist zu "ficken", wenn sie es will. Abgesehen davon wollte ich mal sehen, inwieweit man in Deutschland noch Gastfreundschaft finden kann. Arbeit hatte ich übrigens direkt gefunden, als Putzfrau mit Küchenvorbereitungen in einem kleinen "Restaurant", ohne Lohnsteuerkarte natürlich, als Aushilfe.

Nun ja, eines Tages traf ich Hans wieder, der mir einen Urlaub anbot. Wer sagt schon nein bei sowas, der ist für mich nicht normal. Da ich mich über meine "Chefin", eine Frau, die sich mit Worten sehr stark für die Frauenbewegung engagiert, doch sehr geärgert hatte, tat es mir auch nicht leid, sie von heute auf morgen sitzen zu lassen. Mit Hans hatte ich nach kurzer Zeit wieder Krach. Er fuhr zurück nach Köln, ich sollte nachkommen. Irgendwie hatte ich jedoch die Idee, mein Glück mal in Berlin zu versuchen. Ich fuhr nach Köln zurück, um "Behördenkram" zu erledigen und versuchte mein Gepäck zu bekommen. Beides ist mir nicht gelungen. Statt dessen hatte ich jenes Erlebnis, das mich bewog, nun endgültig und ganz schnell an die Öffentlichkeit zu treten, sonst hatte das alles nämlich keinen Sinn. Wer weiß, was in der nächsten Zeit noch alles passiert. Ich bitte euch deshalb, so wie ich es geschrieben habe, mit allen "Fehlern" (es gibt nämlich weder Fehler noch Zufälle), mein Erlebnis zu veröffentlichen und mir damit weiterzuhelfen. Möglichst viele Menschen sollen erfahren, was mit einer "unschuldigen" Person alles gemacht wird. Warum das so ist, genau hab' ich es noch immer nicht verstanden:



Kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm: aufklärend und warnend an die Bevölkerung.

ANRUF GENÜGT!

10.10. – Hauptbahnhof Köln – ich will zurück nach Berlin – noch 10 Minuten Zeit, bis der Zug abfährt. Mein Kaugummi ist zu Ende. Will mir neuen kaufen. Stehe vor einem Kiosk. "Könnte ich bitte. . . ?" Weiter komme ich nicht. *"Hände hoch! Das ist sie!"*

Zuerst dachte ich, daß es sich um einen Scherz handelte, wie im Film ein Movie. Ich wurde nach Waffen abgetastet. *"Mitkommen!"* Ein paar Schritte ging ich mit. Ich mußte noch immer lachen. Doch plötzlich wurde mir die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgangs bewußt. Ich habe nichts getan. Normalerweise kann sich die Polizei die Ausweispapiere zeigen lassen, danach müßten sie theoretisch den Grund der Festnahme nennen; erst dann können sie zur Tat schreiten. Nichts von alledem geschah. Wie komme ich dazu freiwillig mitzugehen, wenn ich nichts getan habe?? Ich setze mich zur Wehr, bis ich es geschafft hatte, auf dem Boden zu sitzen. Wenn sie mich schon haben wollen, müssen sie mich wenigstens tragen. Widerstand gegen die Willkür der Polizei! Wie kann man aber so was auch machen ?? Die Reaktion war beachtenswert: Zuerst hatte ich es nur mit zwei Bullen zu tun, die mich mit gezogener "Plem" zum Mitgehen zwangen bzw. zwingen wollten. Bei meinen Versuchen, mich gegen die Festnahme zu wehren, hatte ich etliche Male die Öffnung des "Röhrs" nur cm-weit vor meinen Augen. Das erste Mal in meinem Leben übrigens.

"Dann schießt doch, das ist alles, was ihr könnt." Brutalität ruft Gegenbrutalität hervor. Wenn ein Mensch schlechter als ein Tier behandelt wird, ist die instinktive Reaktion Gegenwehr.

Zur Verstärkung kamen zwei weitere Bullen dazu; jetzt waren es vier. Für jeden Arm und jedes Bein ein Bulle.

Verlieren zu könne ist eine Kunst, die wohl wirklich schwer zu erlernen ist

Angekommen in ihrem Büro mußte ich mich auf den Bauch legen, damit sie mir Handschellen anlegen konnten, zuerst mal "normal". Dabei schrie ich so laut ich konnte. Die Leute im Bahnhof sollten wenigstens eine Ahnung davon bekommen, was hier ablief. Nun zerrten sie mich in einen anderen Raum. Da sollte ich mich, die Hände mit Handschellen auf dem Rükken gefesselt, auf den Rücken legen. Was jetzt geschah, kann cih im einzelnen nicht beschreiben. Ich kämpfte, so gut es eben mit Handschellen geht, bis ich auf den Bauch zu liegen kam. Das volle Maß der Demütigung können wohl nur Menschen nachfühlen, die schon eine ähnliche Situation erlebt haben. Vielleicht kämpft eine Frau noch mehr darum, nicht auf dem Rücken zu liegen, wenn hämisch grinsende Bullen auf sie herabblicken; mit Blicken, die man als sadistisch, schweinisch. . . usw. bezeichnen könnte. Es gäbe bestimmt noch andere Ausdrücke.

Irgendwann gaben sie auf. Ich "durfte" auf dem Bauch liegen bleiben. Nun ließen sie voll ihre angestauten Aggressionen ihre Brutalität an mir aus. Egal, ob Mann oder Frau, wer schon wehrlos auf dem Boden liegt, den noch zu treten, das ist ihre Chance zu zeigen, wie stark sie sind. Zu zweit knieten sie sich auf meine Beine, zwei andere preßten meine Schultern fester auf den Boden. Die Handschellen wurden so eng wie nur möglich gestellt. Es tat sehr weh! Die Handgelenke konnte ich nicht bewegen, sonst kam das Metall mit den Knochen des Handgelenkes allzu schmerzhaft in Berührung.

Nach kurzer Zeit schon staute sich das Blut in meinen Fingern. Heute, zwei Tage danach, zieht der Schmerz noch bis in die Spitzen des Daumens, wenn ich den Handgelenksknochen unterhalb des Daumens berühre. Abgesehen davon habe ich auch sonst noch ein ganz schönes "Körperfeeling"; man könnte es auch als Schmerzen bezeichnen. Dieser Zustand wird wohl noch etwas länger andauern. Nie vergessen werde ich die Gesichter der Bullen, obwohl ich sie nur einen Moment wahrnahm. Sie hatten es geschafft, mit brutaler Gewalt, angewandt an einer wehrlosen Person, zu siegen, zu unterdrükken, einen kleinen Teil in mir zu töten, einen kleinen Teil Hoffnung auf ein glückliches Leben. Die Hauptsache für viele ist sagen zu können: Ich bin der Sieger, der Gewinner. Verlieren zu können ist eine Kunst, die wohl wirklich sehr schwer zu erlernen ist.

Irgendwann kamen dann die "Grünen". Mit drei Mann schoben sie mich zum Streifenwagen. Die Handfesseln blieben so stramm. Noch immer wußte ich nicht, weshalb ich festgenommen worden war. Bis die Wagentüren offen waren, mußte ich den Oberkörper gegen den Wagen lehnen, die Füße zurückgestellt lassen. Die übliche Haltung bei der Festnahme eines evtl. gefährlichen Menschen. Ich wehrte mich jetzt nicht mehr. Für diese Zeit war ich zur Marionette geworden. Die Hände taten immer mehr weh. Auf der Fahrt blieb ich natürlich auch gefesselt. Auf dem Rücksitz lag eine Bullenkappe. Ich setzte mich mitten drauf. *"Aussteigen!" "Kann ich nicht!"* Sie mußten erst mal den Sitz verrücken.

Es sind im Grunde Lächerlichkeiten, mit denen man versucht, sich selbst das Gefühl zu geben, ein klein wenig zurückgeschlagen zu haben, in Zeiten, wo das praktisch nicht mehr möglich ist bzw. einem Selbstmordversuch gleich käme. Am Waidmarkt, dem Polizeipräsidium von Köln, sollte nun das Verhör kommen. Zuerstmal Personalienfeststellung. Durch all das Erlebte davor konnte ich mich nicht mehr anders verhalten als zu *SCHWEIGEN! KEINE AUSSAGE!*

Jedes Wort wird dir nämlich im Mund herumgedreht. Durch in sich selbst total widersprüchliche Sätze versuchen sie dich zum Reden zu bringen. Bei dem Versuch, die Widersprüchlichkeiten zu entwirren, gibst du dein Inneres preis und legst auf diese Art ein Geständnis ab, so wie die "Schmier" es gerne hätte. Die widersprüchlichen Sätze sind nämlich nicht willkürlich gewählt, einfach so dahergeplappert. Geschulte Psychologen geben den Leuten Unterricht. Verhörpraktiken sind eines der wichtigsten Dinge, die ein Bulle zu lernen hat. *"Meine Personalien stehen im Paß."* Auf alle anderen Fragen gab ich keine Antwort. Nach bald einer Stunde nahmen sie mir endlich die Handfesseln ab. Ich wußte selbst nicht richtig, wie ich mich verhalten würde, wenn die Hände wieder frei sind. Das Maß der Demütigung war für mich ungeheuerlich groß, da ich so etwa noch nie erlebt hatt. Ich weiß jedoch eines: daß sich eine Lebenseinstellung, ein Lebensweg, nur in Freiheit praktizieren läßt. Deshalb will ich nicht ins Gefängnis. Dabei schließe ich nicht aus, daß irgendwann eine Situation kommen kann, in der ich mich als Frau einfach wehren muß, nicht überlegend, welche Folgen meine Handlung hat.

So versuchte ich in meinem Inneren das Haßgefühl in Mitleid umzuwandeln. Mitleid mit diesen Beamten, wovon manche wirkliche Arschlöcher, Schweinebacken, Sadisten sind. Andere jedoch haben eben diesen Beruf gewählt, weil sich nichts anderes geboten hat. Jeder kennt bestimmt den Spruch von "Oskar, dem freundlichen Polizisten". All diese Gedanken gaben mir die Kraft, ihnen nicht die Freude zu machen noch einmal Widerstand zu leisten, weshalb sie mich dann für ca. 4 Wochen hätten festhalten können. Außerdem wollte ich nach Berlin zurück. Dort durfte ich nämlich Menschen kennenlernen, die mir weiterhalfen, ohne daß ich "bezahlen" mußte. Dies war mir in Köln nicht mehr möglich, seit ich es gewagt habe, mit einem Ex-Zuchthäusler zusammen zu leben. Für mich laufen in dieser Stadt 89 % Arschlöcher rum. Der Rest besteht aus Feiglingen, die viel zu sehr selbst Schwierigkeiten befürchten, als daß sie einem "Ex-Gangster-Liebchen" helfen würden. Lediglich "Ausländer", "Fremde", "Gastarbeiter" und "Vorbestrafte" wagten es, mit mir zu sprechen, sich mit mir an einen Tisch zu setzen.

KEINER WOLLTE DEN GRUND NENNEN WARUM ICH FESTGENOMMEN WORDEN WAR

Die Vernunft also bzw. der Entschluß für diese Zeit in Freiheit bleiben zu wollen, ließen mich "freundlich" werden. Was kann man tun, um gegen Leute, die man im Grunde seines Herzen haßt, freundlich zu sein? Ich bin eine Frau. Zuerst einmal hab ich jeden versucht "anzumachen". Die meisten wurden etwas nervös, bekamen rote Ohren, wie Schuljungen. Danach habe ich sie ausgelacht, innerlich natürlich nur und sie verachtet, zutiefst verachtet, gefragt, ob sie sich nicht schämen, aufgrund eines Auftrages, einer Dienstvorschrift, ihr eigenes "Ich" zu töten?

Nachdem also ein Verhör nicht stattfinden konnte, ging ihr Spiel weiter. Im Keller des Hauses angekommen, mußte ich meine Sachen abgeben und wurde für ein paar Minuten in eine Zelle gesperrt. Meine erste Zigarette brannte gerade, da öffnete ein "Schlüsselkasper", der den Beruf "Bulle" hatte, die Tür. *"Mitkommen!"* Ich war jetzt besserer Laune, konnte lachen.

Um es kurz zu machen: Im Rahmen eineslächerlichen "Schmierentheaters" wurden mir insgesamt zweimal die Fingerabdrücke genommen, Fotos gemacht, ich wurde gemessen und gewogen, meine Familienverhältnisse wurden gefragt. Jetzt gab ich auf all diese Fragen Antwort, Dinge, die sowieso schon akten- bzw. computerkindig sind. Zwischendurch mußte ich immer wieder in die Zelle zurück. Es war mehr als lächerlich, eigentlich zum Weinen.

Nach einiger Zeit kam eine Frau, die eine Leibesvisitation vornehmen sollte. In ihrer Gegenwart erzählte man mir nun meine Vergangenheit. Zuvor hatte ich auf die Frage nach Vor-

strafen mit "Nein" geantwortet. Sie warfen mir vor, daß ich in Marokko im Gefängnis war wegen Betäubungsmittelvergehens. Ich sollte wohl erschrecken, was "die" nicht alles wissen. Von anderen Mithäftlingen hatte ich damals schon erfahren, daß sowohl das BKA-Wiesbaden als auch Interpol benachrichtigt wird. So hat es mich also nicht erstaunt. Abgesehen davon ist mir bekannt, daß eine Vorstrafe in Afrika in Europa keine Gültigkeit hat.

Immer wieder frug ich mich, warum ich festgenommen worden war. Keiner wollte bzw. vielleicht sogar konnte nicht den Grund nennen.

Nachdem ich nun anfing etwas nachdrücklicher nach meinem Festnahmegrund zu fragen, das ganze Theater wurde mir nämlich zu dumm, erfuhr ich endlich warum.

Irgend ein anonymer Anrufer hatte mich als eine der gesuchten Terroristinnen (den Namen hab' ich wieder vergessen, da sie mir kein Begriff ist) erkannt. Zur Überprüfung meiner Identität war ich also auf diese nette Art und Weise festgenommen worden. Mein insgesamt 5-wöchiger Gefaängnisaufenthalt in Marokko war nicht annähernd so schlimm gewesen wie die wenigen Minuten in den Klauen der Kölner Bahnhofspolizei. Der Leiter des Gefängnisses in Marrakesch war übrigens ein alter Nazi. Dieser Gefängnisaufenthalt war wohl mein "Schlüsselerlebnis". So gut ich konnte versuchte ich die Frauen dahin zu bringen, den Wächtern, nachdem sie verprügelt, geschlagen worden waren, *nicht mehr die Füße zu küssen.*

Im Laufe von Kurzgesprächen, ich wanderte ständig zwischen Zelle und dem Raum des Erkennungsdienstes hin und her, wurde mir erklärt, daß ich nicht die gesuchte Person sei. Meine Art zu leben sei jedoch "Anarchisten-verdächtig".
Gründe dafür sind:
a. meine verschiedenen Reisen;
b. daß ich nicht das ganze Jahr arbeiten gehe;
c. keine anständige Wohnung besitze;
d. meine ununterbrochenen Kontakte zu Ausländern und Kriminellen.

Nun, mein ganzes Leben ist also "verdächtig". Da gibt es nur zwei Möglichkeiten:
1. sich umzubringen, was ich aber als Sünde ansehe;
2. das Leben weiterzuführen (wie könnte ich z.B. meine Freunde verleugnen? Menschen, die mir ein Gefühl der Wärme, der Liebe geben) *, das mein Leben ist, d.h. weiter ich selbst zu sein. Nicht das zu sein, was die Regierung so gern aus den Deutschen macht und auch machen kann: Marionetten, Maschinen!*
Um mich mit den Worten der Polizei auszudrücken: *Ein anarchist zu sein!*

Irgendwann kam dann noch ein älterer Herr, der die Entscheidung hatte, wann ich gehen durfte. Zwischendurch war übrigens auch behauptet worden, ich hätte überhaupt keine Ausweispapiere. Da ich aber nun doch welche hatte, und sich herausgestellt hatte, daß ich nicht die gesuchte Terroristin bin, durfte ich gehen. Bei der Durchsicht meines Passes zählte der Herr die Ein- und Ausreisestempel von Berlin, behielt ein Transitvisum in der Hand und meinte sehr wichtig: "Der Paß, der ist es! An dem sind SIE interessiert!" Nebenbei bemerkt habe ich dieses Jahr schon zweimal meine Papiere verloren. Den Reisepaß allerdings nur einmal.

An diesem Tag fuhr ich nicht nach Berlin zurück. Ich ging in die Kneipen und Cafes, wo ich in der letzten Zeit mich meistens aufgehalten hatte und erzählte, was mir passiert war. Im Laufe des Abends versuchten zwei Deutsche mir klar zu machen, daß ich mir alles nur einbilden würde. Der eine davon meinte außerdem, er kenne jemanden aus Brauweiler (LKH= Landeskrankenhaus), der die gleichen Augen hätte wie ich. Im Frühjahr dieses Jahres, als ich mit jenem entlassenen Zuchthäusler zusammenzog, damals bekam ich ein Volksblatt in die Hand. Dort war unter *"Unbequeme Nachrichten"* der Text eines Liedes abgedruckt. An den genauen Wortlaut erinnere ich mich nicht mehr, nur ein kleiner Teil blieb mir so ungefähr im Gedächtnis haften:

"Machst du den Mund auf, kommst du ins Landeskrankenhaus. Dort geben sie dir solange Spritzen, bis du still bist."

Bevor ich mit irgendwelchen Medikamenten mundtot gemacht werde, lasse ich mir lieber durch meine eigenen Erkenntnisse bis zu einem bestimmten Zeitpunkt und Grad den Mund verschließen. Solange, bis ich eines Tages in einer Situation lebe, in der ich dieser Gefahr nicht mehr ausgesetzt bin.

Sich der Wahrheit bewußt zu werden bzw. ihr relativ nahe zu kommen, ist einer der ersten großen Schritte, die einem dem Tode näher bringen, oder anders ausgedrückt:

DIE KINDHEIT IST ENDGÜLTIG ZU ENDE!
Der 3. Weltkrieg ist schon voll im Gange; nur die wenigsten haben das bis jetzt erkannt.

Kontakt: Simone Lippert, c/o Ali Ejaz Mirza, Ansbacher Str. 13, 1000 Berlin 30

HAPPENING IN BONNZ

HUMBURG/BONNZ/TERROR INCOGNITA
2. November

Halli, hallo, hier sind wir wieder!
wir haben uns folgendes nach intensivem nachdenken überlegt:
das internationale happening, sprich die reise zum strand des widerstandnestes kleinbonum, läßt sich sehr gut mit dem marsch auf bonnz (id nr. 251) verbinden. der marsch könnte sehr gut in den osterferien stattfinden und das häppening fänd dann am Osterwochenende (13.4.-16.4.79) in bonnz statt.
folglich liefen dann die gesamten osterferien unter dem motto „leben kämpfen lieben". die osteraktivaktion soll KEINE konsumveranstaltung werden!!!



sie gelingt nur, wenn mensch sich aktiv in den spielverlauf einklinkt,sich mit anderen zusammentut und sich einige dufte & wirre gigs & gags für die große reise nach bonnzenstadt und das festival in der selbigen kloake ausdenken tut und sie dann auch zur anwendung bringt (na z.B. antiahkaweh aktionen etc.).
mensch sollte auch, wenn mensch an dem ganzen spaß interesse hat, auch bei der bekanntmachung der osteraktivaktion mitwirken, also flugblätter drucken, plakate entwerfen usw. wir denken uns, daß das allerorts bekannte schneeballsüstem eigentlich doch sehr dufte is. demnach wern wir also n paar flugblätter und plakate herstellen und diese verschicken, die dann wieder verfielfältigt wern usw.

wenn mensch mit unsren ideen nich einverstanden is, dann soll mensch bessre vorschläge an den id schicken!!!

und hier noch n Programmvor & nachschlag für den oschtersonntag:

11.00 h aufstehen
11.45 h gemeinsames frühstück in der einkaufspassage mit laufender unterhaltung durch den bonnzer pipapollizeichor mit der bekannten Nummer : la lalü lalü la
13.00 h besichtigung des bundestages mit anschließender besetzung
13.05 h besetzungsabschlußrede unsres allzeit geliebten großartig-wahnwitzigen 1. vorsitzenden mahaoh-am mit 5 1/2 salutschüssen aus der gulaschkanone
13.07 h schleunigster rückzug unter vermeidung von höhen, tief und sonstigen flügen vor der heranrückenden gsg 9 und diversen anderen staatsschutzeinheiten
14.00 h gemeinsames abendessen im dunkeln (so früh deshalb, da wir erfolgreich den bau eines bonnzer ahkawehs verhindert haben und dieweil dann in unserem razzialand die lichter mangels energie ausgehen und der Russe im dunkeln einfliecht)
16.00 h totentanz im bonnzer bonzen & politiker - viertel
16.39 h abschluß & trugschluß rede des abartigen nachsitzenden carlo spunti
16.40 h blitzstart aller an & verwesenden mit knall- & päng in den (noch) freien weltraum mit ziel auf kleinbonum
17.01/3 die lichter gehen wieder an, da wir alle diese müllkippe , genannt erde, verlassen haben.

so, das wärs erstmal, in tiefster trauer und verlegenheit, die umherschweifenden gukkies, abt. chaos, sektion irrer & wirrer widerstand.

Der Krieg ist ausgebrochen , der Widerstand dem System angesagt
Wir brechen das Asphaltpflaster auf und legen den (blutgetränkten) Strand der Freiheit frei
Das Modell Deutschland muß (und wird) zur grünen blühenden Wiese werden
Wir fangen also an, unser Widerstandsnest Kleinbonum auszudehnen und den bewußten Strand der verrückten Vögel, Kuckucke und Uhus zu vergrößern.
Und es gibt nur eins in diesem Land:
Freiheit oder Tod(die Parole der Pariser Commune)
„Der Wille zum Leben
bedeutet Kampf
Kampf gegen die, die dir das Leben stehlen."
Also, auf gehts! Wir vergessen keine unsrer Toten, die das System gemordet , gefoltert und vergewaltigt hat.
Kampf und Widerstand
Leben Kämpfen Lieben

STROMPREISZAHLUNGSBOYKOTT:

„BEVOR WIR MIT KLAUS ERBSENSUPPE ESSEN,MÜSSEN WIR NOCH EIN PAAR SACHEN ZUHAUSE REGELN"

KÖLN
4.November

Tach ihr lieben,
Hm, wenn ihr noch platz habt, dann druckt das doch, na? !

Also,der Klaus, der geiger, der schreibt euch ja jetzt immer so schöne briefe wo sich alle drüber freuen.
Mir ist da auch noch was eingefallen.
Bevor wir nämlich alle zusammen mit dem klaus erbsensuppe essen, müssen wir noch ein paar sachen zu hause(?) regeln. Wir müssen nämlich endlich den strobo (stromzahlungsboykott)—initiativen , die mitmachen, sachen unterschreiben, damit wir mit dem boykott anfangen können bevor wir unterwegs sind.
Sie sollen es tatsächlich zu spüren kriegen, daß wir bei ihnen nicht mehr mitmachen. Und wenn dann die 10.000, die mit dem klaus unterwegs sind und noch stromgeld zahlen auch bei dem strobo mitmachen, dann, ja dann kann der klaus immer mehr recht haben, mit dem was er sagt.

Mit dem strobo allein kriegen wir die nicht klein, aber zusammen mir anderen aktionen ist der strobo schon 'ne gute aktion. Stellt euch bloß vor, 10.000, 20.000 usw. und zum schluß, d.h. bevor sie aufhören müssen mit ihren kleinen strahlenwunderwerken, die uns schon lange alle zu lemmingen gemacht haben, dann können wir noch mal ein fest feiern, umsonst & draußen oder so.
Also ihr säcke, schlaft nicht ein, rafft eure hintern auf, wir machen *jetzt* nämlich mit bei dem netten spiel.
Wir haben sogar die besseren karten.
Her mit den bereitschaftserklärungen, gründet initiativen, verbindet euch & uns, es gibt uns.

Mit bewegten (jaja andreas) grüßen
Eure strobo's köln, hansaring 11.
P.S. Die bekannten & beliebten künstler Klaus, der Geiger & Lieber sei Fried (Seyfried) wissen auch schon was der strobo ist. Strobo gibt es in Berlin, hamburg, wewelsfleth, kiel bremen, achim, oldenburg, hannover, braunschweig, göttingen, kassel, düsseldorf, dormagen, essen, mühlheim, altenberg, dortmund, leverkusen, und siegen. (z.t. erst in vorbereitung)

G r ü n d e :

(Abgekürzte Fassung gemäß § 267 Abs. IV StPO)

Der am 9.3.1956 geborene Betroffene war zuletzt arbeitslos.

Er bot am 20.6.1978 gegen 12.00 Uhr auf dem nördlichen Gehweg der Kaiserstraße in Höhe des Anwesens Nr. 102, innerhalb der Fußgängerzone, Musikaufführungen mit Gitarre und Gesang dar, wobei er in einem neben sich liegenden Hut Geld sammelte. Der Betroffene war nicht im Besitz der hierzu erforderlichen Reisegewerbekarte. Daß durch sein Verhalten der Fußgängerverkehr mehr als nur unerheblich beeinträchtigt wurde, konnte in der Hauptverhandlung nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Der Betroffene hat sich somit einer vorsätzlichen Ordnungswidrigkeit nach den§§ 55 Abs. I Nr. 3, 145 Abs. I Nr. 1 GewO, 15 Abs. I, 18 Abs. I, 56 Abs. I BW Straßengesetz, 19 OWiG schuldig gemacht. Er hat, ohne im Besitz einer Reisegewerbekarte zu sein, auf der Straße Musik-aufführungen dargeboten und dabei die Straße über den Gemeingebrauch hinaus genutzt, ohne im Besitz einer Sondernutzungserlaubnis zu sein. Beide Ordnungswidrigkeiten stehen zueinander im Verhältnis der Tateinheit.

Zur Ahndung der Ordnungswidrigkeit hielt das Gericht eine Geldbuße in Höhe von 50,-- DM für ausreichend, aber auch erforderlich, um den Betroffenen in Zukunft zu einem ordnungsgemäßen Verhalten zu veranlassen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 46 Abs. I OWiG in Verbindung mit § 465 Abs. I StPO.

Straßenmusik

UNERLAUBTE GERÄUSCHE IN KARLSRUHE VOR GERICHT

KARLSRUHE 31. Oktober *Wie im ID Nr. 238 berichtet, hatte ein Strassenmusiker in Karlsruhe musiziert und war folgerichtig vor Gericht gekommen. Nun liegt das gerechte Urteil vor. Er ist wegen vorsätzlichen Darbietens von Musik zu 50,– DM Geldstrafe verurteilt worden. Wir wollen nicht darauf verzichten, den wertvollen Text des Urteils nebst einem Brief des Sünders zu veröffentlichen. Hier also die Texte:*

„Anbei eine Fotokopie des Urteils meines Prozesses wegen unerlaubter Straßenmusik. Zum Prozeßverlauf ist noch folgendes zu sagen: Wie mensch teilweise an der Urteilsbegründung merkt, war der Richter ein jüngerer Typ. Er heuchelte zwar Verständnis für mein Tun, meinte aber, das im Gesetzbuch dies und jenes stehe und das mensch sich daran zu halten habe. Es wurde mir nicht gestattet auf meinen Antrag hin, im Gerichtssaal Banjo spielen zu dürfen. 50,– DM weniger als im ersten Bescheid – schön und gut – aber ein Einschüchterungsurteil bleibts trotzdem. Er hat mir auch gleich gesagt, ich solle doch einen Gewerbeschein beantragen, sonst wird nächste Mal teurer. Na dann bis zum nächsten Mal."



CROISSANT: POLITISCHE VERTEIDIGUNG – NICHT IDENTIFIKATION

STUTTGART 16. Oktober 1978 *Nach der Auslieferung Klaus Croissants aus Frankreich (siehe ID Nr. 204, 205, 220) ist es sehr ruhig geworden. Die Bundesanwaltschaft läßt den Prozeß gegen den Rechtsanwalt in aller Stille über die Bühne gehen. Am Montag, dem 16.10.78, hielt nun Croissant eine Rede, aus der wir unten Auszüge bringen. Die Auszüge beziehen sich im Wesentlichen auf die Position des Staates gegenüber der RAF und die von ihm erfahrene Absicht, die Identität der Gefangenen zu brechen, auf die Notwendigkeit, für die Gefangenen diese politische Identität aufrechtzuerhalten und deren Entscheidung, eine politische Verteidigung zu führen. Außerdem spricht er über die Position des Verteidigers im Verhältnis zu den Angeklagten.*

Weggelassen wurden von uns z.B. weite Passagen, in denen Croissant das Selbstverständnis der RAF darstellt als politischen Hintergrund für das Verteidigungskonzept. Die Kürzung dieses Teils haben wir gemacht, weil es zum Selbstverständnis der RAF andere Quellen gibt, auch wenn sie nicht immer leicht zugänglich sind (z.B. „texte: RAF", Oktober 77, Bo Cavefors-Verlag

„1. Jeder Verteidiger findet bei Aufnahme eines Mandates in einem Strafverfahren zwei Faktoren vor: zum einen den Tatvorwurf, mit dem der Staat den Bruch seiner Gesetze umschreibt; zum anderen die Situation dessen, der deshalb einer Anklage ausgesetzt ist. Beide Faktoren bestimmen die Tätigkeit des Verteidigers. Daß seine Aufgabe sich im legalen Rahmen zu vollziehen hat, ist selbstverständlich.

Die Verteidigung der Gefangenen aus der Guerilla mußte vordringlich Sorge dafür tragen,

- Integrität und Identität der zu Verteidigenden gegen jene Sonderrechtspraxis im Haftvollzug zu schützen, die ich als Isolationsfolter, Gehirnwäsche und Vernichtungshaft als Verteidiger gebrandmarkt habe,
- die psychologische Kriegsführung des Staatsapparates, angelegt auf Volksverhetzung und moralische Zerstörung auch des gefangenen politischen Gegners, durch öffentliche Information über Tatsachen aufzubrechen.

Der frühere Chef des Bundeskanzleramtes, der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Ehmke, hat diese Zerstörung in der Bundestagsdebatte vom 7.6.1972 – nach der Verhaftung von Andreas Baader, Holger Meins und Jan Carl Raspe – als vordringliches Ziel bezeichnet:

„weil wir alle hier in diesem Hause das gemeinsame Interesse, die gemeinsame Aufgabe haben müssen, diese Gruppen völlig zu entsolidarisieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst noch an radikalen Meinungen in diesem Land auch geben mag. Das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben."

Diese propagandistische Ausrottungsstrategie beruhte auf Meinungsumfragen, die 1971/72 ein erhebliches Maß an Sympathie und Unterstützungsbereitschaft für die RAF in der Bevölkerung erkennen ließen. In einer wissenschaftlichen Untersuchung über die „Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe" heißt es bei der Analyse der Meinungsumfragen:

„Jeder siebente Bürger wollte im Frühjahr 1971 nicht ausschliessen, daß er ein Mitglied der Gruppe für eine Nacht aufnehmen würde, um es vor der Polizei zu schützen. Sechs Prozent bezeichneten sich sogar völlig fremden Interviewern gegenüber als potentielle Helfer der Anarchisten." (Kepplinger, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Dezember 1974)

Die Bundesanwaltschaft hatte sich unter dem Einfluß übergeordneter staatlicher Interessen dafür entschieden, gegen die Stammheimer Gefangenen nicht Anklage wegen Hochverrates zu erheben, des klassischen politischen Deliktes, sondern wegen des Verdachtes der Gründung einer „kriminellen Vereinigung".

Was sich auf dem Gebiet der Strafverfolgung vollziehen sollte und vollzog, war Teil einer einheitlichen Regierungsstrategie. Die RAF als antiimperialistische Guerilla-Gruppe mußte nicht nur polizeilich-militärisch, sondern auch im Bewußtsein des Volkes vernichtet werden.

Dazu gehörte auf dem justiziellen Kriegsschauplatz eine Anklage, die darauf angelegt war, die Gefangenen zu entwürdigen und ihre politischen Beweggründe, Auffassungen und Ziele zu unterdrücken, zu verfälschen und in den Dreck zu ziehen.

Weil der gesetzliche Begriff der „kriminellen Vereinigung" noch nicht diffamatorisch genug war, gingen die Anklagebehörden in der BRD dazu über, frei nach „BILD" von „Bande" oder „Bandenmitgliedern" zu reden. Nicht nur SPRINGER, sondern auch SCHMIDT (Bundeskanzler) bezeichnete die angeklagten Untersuchungsgefangenen menschenrechtswidrig als **„Verbrecher, Gewaltverbrecher, skrupellose Gewaltverbrecher und Banditen".**

So nachzulesen in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag vom 25. April 1975, einen Monat vor Beginn des Stammheimer Prozesses.

Die Kübel von Hetze, Lüge, Dreck, die über die Mitglieder der RAF vor und nach ihrer Festnahme ausgegossen wurden, ließen unseren Versuch als Verteidiger, die Anklagekonstruktion „kriminelle Vereinigung" als justizielles Kampfmittel gegen eine politisch-militärische Organisation zu entlarven, als nahezu aussichtsloses Unterfangen erscheinen. ...

Gleichwohl haben wir diesen Versuch auf dem dafür vorgesehenen Terrain unternommen: Durch die Vorbereitung gemeinschaftlicher Verteidigung in einem Staatsschutzprozeß gegen Gefangene, über die es in der Anklageschrift des Generalbundesanwaltes gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins und Jan-Carl Raspe hieß:

„Endziel all ihrer Bestrebungen müsse sein, eine sozialistische Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Dies könne gegenwärtig jedoch nur dadurch gefördert werden, daß neben der politischen Aufklärungsarbeit in den Betrieben, Universitäten, Schulen und Heimen anschauliche revolutionäre Beispiele in Form gezielter und bewaffneter Aktionen gegen die Organe der Staatsmacht, ähnlich der Methode der südamerikanischen Stadtguerillas gegeben würden. Die revolutionäre Theorie mobilisiere die Massen nur dann, wenn ihr konkrete Möglichkeiten zur revolutionären Veränderung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse vor Augen geführt würden."

Bekanntlich liegt keine „kriminelle Vereinigung" vor, wenn „die Begehung von strafbaren Handlungen nur ein Zweck oder eine Tätigkeit von untergeordneter Bedeutung ist", wie § 129 Absatz 2 StGB als einschlägige Ausnahmebestimmung formuliert. Um den strafrechtlichen Vorwurf „kriminelle Vereinigung" gleichwohl aufrechterhalten zu können, mußte die Bundesanwaltschaft in ihrer Anklageschrift behaupten:

„die Tätigkeit der Gruppe habe sich schon bald in der bloßen Verübung von Straftaten erschöpft; die RAF habe sich deshalb „von einer auch politischen Vereinigung" in eine „rein kriminelle Bande" gewandelt".

Diese Anklagekonstruktion sollte im Stammheimer Prozeß durch eine Verteidigung auf breiter Front innerhalb und außerhalb der Hauptverhandlung öffentlich aufgebrochen werden. Voraussetzung und Teil dieser Verteidigungskonzeption war das Info-System. Die Darlegung des kollektiven Selbstverständnisses erforderte die Möglichkeit gemeinsamer Diskussion. Diese Kommunikation lief in einem Prozeß von Kritik und Selbstkritik über das Info. Sie war eine wesentliche Voraussetzung der Blockverteidigung gegen die Blockanklage.

Die Diskussionsbeiträge sowie die Papiere der Gefangenen zum Inhalt ihrer Politik, zur gegenwärtigen politischen Lage, zur dialektischen Entwicklung von Fortschritt und Reaktion im Weltmaßstab, zum Kräfteverhältnis von Revolution und Konterrevolution, zur Konzeption der Verteidigung und zu Prozeßerklärungen wurden als Info I bezeichnet.

Die anderen Unterlagen bestanden aus Zeitungs- und Zeitschriftenausschnitten, Manuskripten von Rundfunk- und Fernsehsendungen, Redebeiträgen auf öffentlichen Veranstaltungen oder Pressekonferenzen, und ähnlichen Informationen. Aus diesem objektiven Material setzte sich das Info III zusammen.

Als Info II sollten Informationen über Haftbedingungen gelten. Einschließlich der Gerichtsbeschlüsse und der Anträge von Verteidigern. Diese Kennzeichnung wurde jedoch kaum gebraucht. Sie ging praktisch im Info III auf.

Weshalb das Info-System ein legales Mittel kollektiver Verteidigung war, habe ich bereits im Rahmen meiner Erklärung zur Sache in der Hauptverhandlung vom 2. und 9.5.1978 dargelegt. ...

Eine wesentliche Aufgabe der Verteidigung bestand darin, sicherzustellen, daß die Gefangenen die Gründe darlegen konnten, die nach ihrer politischen Überzeugung den bewaffneten Kampf gegen das imperialistische System in der Bundesrepublik als richtig, notwendig und legitim auswiesen. Allein die Gefangenen waren die Subjekte des Prozesses. Sie waren es deshalb, die letztlich darüber zu bestimmen hatten, wie sie ihre Verteidigung führen wollten.

Von der Konzeption der Verteidigung in den Prozessen gegen die Gefangenen aus der RAF kann man sagen, was der Bundesgerichshof zum SPIEGEL-Interview vom Januar 1975 bemerkt hat: ein „Teilstück des revolutionären Kampfes" zu sein. Das allerdings mit dem rechtlich wesentlichen Unterschied, daß dieses Teilstück ganz und gar nichts mit der Fortsetzung oder der Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" zu tun hatte, sondern vollständig auf der Ebene der Legalität und eines justizförmigen Verfahrens lag. Solange nicht per Sondergesetz Militär- oder Standgerichte eingerichtet werden, hat der bürgerliche Staat nach seinen Gesetzen eine derartige Verteidigung und den damit geführten Angriff hinzunehmen. Darauf hat jeder Verteidiger — ungeachtet seiner eigenen politischen Position — zu bestehen. Hier gehen das Interesse des Angeklagten an der Vermittlung revolutionärer Politik mit den Berufspflichten des Verteidigers Hand in Hand: Der Verteidiger hat seinem Mandanten den politischen Angriff gegen das Herrschaftssystem zu ermöglichen, gegen das sich die Tat richtet. Wer den Angeklagten deshalb im Stich ließe, wer sich weigern würde, dieses Stück legalen Kampfes gemeinsam mit dem zu Verteidigenden zu gehen, der wäre kein Verteidiger mehr, sondern ein staatliches Feigenblatt, korrumpiert, ein Parteiverräter.

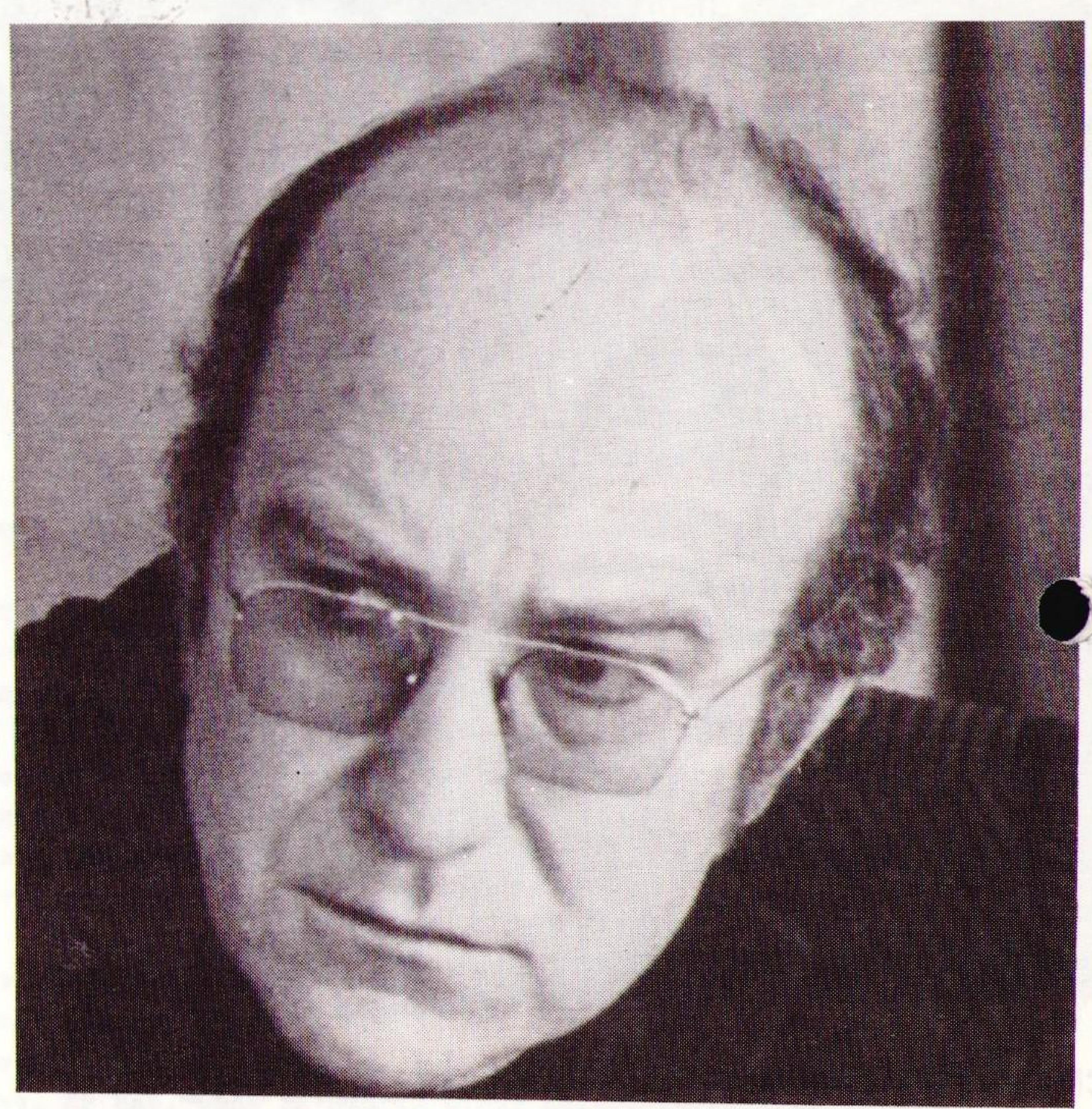


Photo: Rechtsanwalt Klaus Croissant

Mit dem Anspruch der Gefangenen auf Sicherung ihres Erklärungsrechtes war jeder Verteidiger konfrontiert. Es gibt keinen, der es nicht bis zum letzten mit Zähnen und Klauen verteidigt hätte.

Die Gefangenen waren es, die angeklagt waren, einer illegalen Organisation anzugehören, einer strafbaren „kriminellen Vereinigung". Ihr Eintreten für den bewaffneten Kampf gegen US- und BRD-Imperialismus entsprach derselben revolutionären Identität, auf der der Einsatz ihres Lebens und ihrer Freiheit in der Illegalität beruhte.

...

Zur Vorbereitung ihrer gemeinschaftlichen Anklage mußten die Gefangenen einen breitangelegten Diskussionsprozeß führen sowie mit Informationen aus allen Wissensgebieten versorgt werden, die sich auf Imperialismus und Sozialismus, Revolution und Konterrevolution bezogen. Die Durchdringung aller Lebensbereiche von Staat und Gesellschaft durch das imperialistische Herrschaftssystem — mit allen Menschen und Umwelt vernichtenden Folgen — konnte nur durch möglichst umfassende Information aufgezeigt werden. Welche vielfältigen Themen allein vom Bereich Imperialismus erfaßt werden, zeigt sich an der Breite des Spektrums der verlesenen Schriftstücke.

...

Der nach meiner Auslieferung aus Frankreich allein noch zulässige Tatvorwurf lautet dahin,

zum Aufbau und zum Betrieb eines Informationssystems INFO durch Broschüren, Bücher, Notizen, Instruktionen und Dokumenten aller Art beigetragen und zwar so, durch die Zulieferung von Korrespondenz, die Handlungen einer kriminellen Vereinigung begünstigt zu haben.

Nach Verlesung des Schriftberges frage ich mich erneut, welche Handlungen — gemeint sind wohl Organisationstätigkeiten — einer nach § 129 StGB strafbaren Vereinigung ich durch die mir vorgeworfene Teilnahme am Info-System eigentlich unterstützt haben soll.

Die Entscheidung des Pariser Appellationsgerichtes und das Auslieferungsdekret der französischen Regierung enthalten auf der einen Seite als Tatvorwurf die Zulieferung von Korrespondenz über das Info-System, auf der anderen Seite die dadurch begünstigten Handlungen einer „association de malfaiteurs".

Der Wortlaut des Auslieferungsbeschlusses der französischen Justiz und das Regierungsdekret sind in diesem Punkt völlig eindeutig: die Zulieferung von Korrespondenz auf Grund meines Beitrages zum Info-System ist das eine Element des Tatvorwurfs, die dadurch angeblich bewirkte Begünstigung von Handlungen einer „kriminellen Vereinigung" das andere. Mit anderen Worten: Die Beteiligung am INFO allein kann für den Begünstigungs- bzw. Unterstützungsvorwurf nicht genügen, jedenfalls nicht nach der Eingrenzung der ausgelieferten Tat durch die französischen Entscheidungen.

Im sogenannten Auslieferungshaftbefehl der Staatsschutzkammer vom 15. Juli 1977 ist der dringende Tatverdacht mit folgendem Vorwurf begründet worden:

Durch sein pflichtwidriges Verhalten ermöglichte der Angeklagte jenen Häftlingen die geheime, ungehinderte Kommunikation untereinander und mit in Freiheit befindlichen Mitgliedern der Vereinigung.

Falls in diesem Stadium des Prozesses — am Ende eines olympiaverdächtigen Lesewettstreits — immer noch behauptet werden sollte, ich hätte über das Infosystem den Kontakt zwischen Gefangenen und in Freiheit befindlichen Mitgliedern der RAF ermöglicht, so möge der für meine Auslieferung so überaus nützliche Vorwurf endlich substantiiert werden: wo, wann, auf welche Weise und mit welchem Info-Material soll ich Kontakte zwischen Inhaftierten und Illegalen vermittelt haben ? Ich glaube, daß ich darauf nach sieben Monaten Prozeß einen Anspruch habe.

Ermittlungsbehörden und Gerichte wußten von Anfang an, daß die Gefangenen aus der RAF an ihrem Selbstverständnis als Stadtguerilla festhielten. In der Anklageschrift gegen Rechtsanwalt Groenewold behauptet die Bundesanwaltschaft, ohne das Informationssystem wäre

> **„das Selbstverständnis der Häftlinge als Stadtguerilla, ihre Kampfbereitschaft, ihre Ausrichtung auf die Ziele der Gruppe und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl"**

gebrochen worden. Daß politische Identität und revolutionäres Bewußtsein der Gefangenen, ihr Wille zum Widerstand, ungebrochen waren, belegen alle Erklärungen, die sie während der jahrelangen Untersuchungshaft abgegeben haben.

...

...

Den Verfolgungsbehörden und der Justiz war ferner bekannt, daß die Gefangenen aus der RAF vom Bestehen eines Kriegszustandes zwischen imperialistischem Staat und Stadtguerilla ausgingen. Die Angeklagten haben sich im Stammheimer Prozeß auf den Kombattantenstatus *(ein Kombattant ist ein Kämper)* berufen und die Anwendung eines politischen Haftstatutes gefordert, das den Mindestgarantien der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen entspricht (drittes Genfer Abkommen von 1949, im April 1977 ausgedehnt auf Guerilla-Kämpfer).

Um die jahrelang vorprogrammierten Urteile gegen die Verteidiger endlich ausspucken zu können, ist die Staatsschutzjustiz gezwungen, entgegen den offenkundigen Tatsachen eine äußerst feinsinnige Differenzierung einzuführen: Die Verteidiger wußten von der Entschlossenheit ihrer Mandanten, den bewaffneten antiimperialistischen Kampf im Falle ihrer Freilassung fortzusetzen; Bundesanwaltschaften, Staatsanwaltschaften und Justiz wußten dagegen nichts.

Dieser Freispruch der Justiz in eigener Sache ist notwendig, um die Prozesse gegen die Verteidiger vor dem totalen Schiffbruch zu retten. Am Ende stehen Verurteilungen, die nur noch Ausdruck des ungeheuren Zwanges sind, den die systematische Vor-Verurteilung durch eine zentral gesteuerte Regierungs- und Diffamierungskampagne geschaffen hat. Als erstes Beispiel dafür steht die Verurteilung von Rechtsanwalt Groenewold in Form einer bedingten Absolution: zwei Jahre Freiheitsstrafe mit Bewährung. Die Urteilsgründe zeigen, daß kein Richter in der BRD uns freisprechen kann, selbst wenn er möchte. Er würde damit den Gesetzen der letzten vier Jahre den Boden entziehen. Das wäre Vatermord.

Verteidiger sind weder Polizisten noch Staatsanwälte oder Richter. Sie sind weder Gesinnungsschnüffler noch haben sie darauf hinzuwirken, daß Gefangene ihren politischen Zielen abschwören, um sich in das kapitalistische System re-integrieren zu lassen, gegen das sie in Freiheit gekämpft haben. Verteidiger sind keine Sozialarbeiter.

Angeklagte müssen über das Wissen und die Informationen verfügen, die sie für eine optimale Verteidigung brauchen. Die gemeinsame Aufgabe an der Imperialismusanalyse, an der Aufgabe, „den 24-Stundentag des imperialistischen Systems zu analysieren", wie es in dem Papier zur Aktion des Schwarzen September in München heißt (texte: RAF, S. 431), mag den Gefangenen zwar gleichzeitig Wissen vermittelt haben, auf das sie im Falle ihrer Freilassung infolge Freispruchs, Haftentlassung oder Befreiung zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes zurückgreifen könnten.

Diese Möglichkeit besteht bei Gefangenen aus einer Widerstandsbewegung immer. Wenn Verteidigungsmaterial aus diesem Grunde vorenthalten werden könnte, dürften die Gefangenen weder Zeitungen, Zeitschriften und Bücher erhalten, die irgendeinen Bezug zur gesellschaftlichen und politischen Realität haben, weil sie daraus lernen könnten. Jeder Guerilla wird seine Gefangenschaft dazu benutzen, gemäß seinem Selbstverständnis diszipliniert zu arbeiten; für die Revolution, wofür sonst ?

Dem Revolutionär wird alles zur Waffe. Ein Staat, der dies verhindern will, müßte den Revolutionär, den Widerstandskämpfer, den Guerilla, in letzter Konsequenz töten. Die Erfahrung zeigt, daß die Bundesrepublik auch dazu bereit ist.

Das Selbstverständnis von Gefangenen darf nicht dazu führen, sie in ihrer Verteidigung einzuschränken. Erst recht nicht dürfen Verteidiger zu Zensoren gemacht werden: Verteidigungs-

material verliert seine Eigenschaft nicht dadurch, daß es geeignet sein könnte, das „Selbstverständnis der Häftlinge als Stadtguerilla" zu stärken. Dieser abenteuerlichen Argumentation der Bundesanwaltschaft ist das Oberlandesgericht Hamburg im Prozeß gegen Rechtsanwalt Groenewold nicht gefolgt.

Verteidiger sind auch nicht Garanten dafür, daß freigelassene Gefangene sich nicht erneut der Guerilla anschließen. Dieses Risiko muß der bürgerliche Staat hinnehmen, wenn er nicht das Kriegsrecht einführen will. Allein darin besteht die politische Brisanz der Forderung, gegen „terroristische Gewalttäter und ihre Unterstützer" schon mit der ersten Verurteilung die Sicherungsverwahrung zu verhängen. Die Realisierung solcher Gesetzesvorhaben käme der Anerkennung des Kriegszustandes zwischen Staat und Stadtguerilla gleich.

...

Was durch die Kriminalisierung der Anwälte erreicht werden soll, ist die faktische Zerstörung des Instituts der Wahlverteidigung. Der entfesselte Verfolgungsdrang des totalen Überwachungsstaates hat die Durchsuchungen von Anwaltskanzleien, die Beschlagnahme von Mandanten-Akten und die Verhaftung von Verteidigern in politischen Strafverfahren inzwischen zu einer Art Routine werden lassen.

Der eigentliche Verteidiger soll nicht mehr derjenige sein, den der Angeklagte nach den internationalen Konventionen zum Schutze der Menschenrechte frei gewählt hat, sondern der Zwangsverteidiger, der Anklagebehörde und Gericht als vertrauenswürdig gilt, weil er dem Staat noch allemal näher steht als dem, den er verteidigen soll, gegen den Staat.

Das ist die Konzeption von Verteidigung in Militärgerichtsverfahren, vor Sonder- und Ausnahmegerichten.

Die Staatsanwaltschaft setzt alles daran, die Öffentlichkeit darüber zu täuschen, worum es in diesem Prozeß geht. Auf Weisung von ganz oben soll die gegen mich inszenierte Terrorkampagne auch in diese Hauptverhandlung getragen werden.

Da steht kein Verteidiger mehr vor Gericht, der angeklagt ist, die Grenzen der Verteidigung überschritten zu haben, sondern ein inhaftierter Anwalt,dem vorgeworfen wird, „terroristische Gewalttäter unterstützt zu haben" oder „ Komplize von Terrorsisten" zu sein, wie die Staatsanwaltschaft gleich zu Beginn dieses Prozesses hetzte. In einer schriftlichen Auskunft gegenüber dem Amstgericht Stuttgart-Bad Cannstatt, das nach dem dritten Antiterrorismusgesetz vom August 1976 meinen gesamten Schriftverkehr mit meinen Verteidigern zu kontrollieren hat, erklärte die Staatsanwaltschaft gar im Indikativ: „ daß der Angeklagte terriste Gewalttäter unterstützt hat".

Die sogenannten terroristischen Gewalttäter, die ich unterstützt haben soll, waren Gefangene, mit deren Verteidigung ich beauftragt war. Diesen Gefangenen wurde zur Last gelegt, in Freiheit „terroristische Gewalttaten" begangen zu haben. Diese Gefangenen habe ich in der Tat unterstützt: als Verteidiger, gegen den staatlichen Verfolgungsapparat, der sich zum Ziel hatte, sie als revolutionäre Subjekte zu vernichten oder – wie die Bundesanwaltschaft formuliert hat – das „Selbstverständnis der Häftlinge als Stadtguerilla" zu brechen.

Diese Beistandsleistung, diese Unterstützung war als Verteidiger meine Aufgabe. Einer meiner französischen Verteidiger, die hier nicht auftreten, weil sie die Diskriminierung der Verteidigung in der Bundesrepublik in Übereinstimmung mit ihrer Anwaltskammer nicht hinnehmen, und weil Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes noch nicht in Frankreich gelten, hat die Funktion des Verteidigers so beschrieben:

**„Es ist sicher,
daß der Anwalt die Aufgabe des Polizisten kompliziert,
und die des Richters stört,
daß er oft der Unterdrückung widerspricht,
daß er für die Verantwortlichen der öffentlichen Ordnung
ein Hindernis ist, immer ärgerlich und manchmal unbequem.
Das ist seine eigentliche Aufgabe, denn die Verteidigung
ist ein grundlegendes Recht des Individuums gegenüber dem
Staat und, wenn es sein muß, gegen den Staat.
Wenn es nicht so ist, ist der Anwalt nur ein Alibi im
Strafprozeß, ein Schauspieler, dessen Rolle es ist, dem
Richter und der Gesellschaft ein ruhiges Gewissen zu
verschaffen, im besten Fall ist er ein guter Plädierer,
der die Bestandteile einer Gerichtsakte auseinandernimmt,
im schlimmsten Fall ein Gehilfe der Unterdrückung."**

Diese Aussage ist nach einem Gespräch in Stammheim zustandegekommen. Ich habe sie hier zitiert, weil ich mich in ihr erkennen kann. Ein derartiges anwaltliches Selbstverständnis darf sich im „freiesten Staat der deutschen Geschichte", wie die Bundesrepublik von ihren Repräsentanten hinter Panzerglas und Maschinenpistolen vorzugsweise bezeichnet wird, allerdings nicht mehr in politische Verteidigung umsetzen, ganz sicher nicht ohne die Gefahr der Verfolgung für den Verteidiger...

(Croissant geht ein auf die Verwendung des Wortes „Kassiber" im Zusammenhang mit dem Info-System und der Verteidigerpost. Er zitiert verschiedene Lexikon-Definitionen des Begriffes.)



Photo: November 77 in Paris. Anwälte protestieren gegen die Auslieferung ihres Kollegen Klaus Croissant an die Bundesrepublik.

Im Gegensatz zu diesen Definitionen, die im Merkmal der Heimlichkeit übereinstimmen, war an den Info-Schriftstücken und ihrer Übermittlung nichts Heimliches. Sie wurden offiziell als Verteidigerpost versandt, wie dies für Verteidigungsunterlagen zur Verhinderung einer Brieferöffnung durch Unbefugte zum Schutz des Mandatsgeheimnisses vorgeschrieben ist. Gleichwohl haben wir den Vermerk „Verteidigerpost" auf unseren Postsendungen stets in dem Bewußtstein angebracht, daß die Bundesanwaltschaft inoffiziell über Nachrichtendienste und Bundeskriminalamt Kenntnis von dem Inhalt der Info-Verteidigerpostsendungen erlangen würde.

Durch den angeblichen Fund des Ströbele-Rundbriefes auf offener Straße in Berlin haben Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt die Voraussetzung für die ersten Zellendurchsuchungen im Juli 1973 in die Hand bekommen, selbst geschaffen, für die Kriminalisierung der Verteidiger sowie dafür, daß unsere Verteidigerpost fortan vogelfrei war. Wir mußten neben der ständigen Überprüfung unser Verteidigerpost mit nachrichtendienstlichen Mitteln nun auch damit rechnen, daß jederzeit neue Zellendurchsuchungen sowie Durchsuchungen unserer Kanzleien und Wohnungen stattfinden könnten.

Es spricht Bände, wenn bis heute nicht aktenkundig ist, wer eigentlich der Finder des Ströbele-Rundbriefes in Berlin ist, der Voraussetzung für alle Zellendurchsuchungen ist. Der Zeuge, Kriminalhauptkommissar Klaus vom Bundeskriminalamt, hat hier die Vermutung entwickelt, das kostbare Fundobjekt sei eventuell durch einen Windstoß auf die Straße geflattert. Das kann uns niemand erzählen. Was damals lief, war ein relativ harmloses nachrichtendienstliches Manöver, das aber genügte, um die schon damals laufende Diffamierungskampagne gegen die Verteidiger kräftig anzuheizen, das geplante Verteidigerausschlußgesetz voranzutreiben und um die Verteidigung bei Bedarf vollständig zu zerschlagen.

So sah jedenfalls schon zu Beginn des Info-Systems unsere Vorstellung über die „Heimlichkeit" des Verteidigerschriftverkehrs und über die Situation des Mandatsgeheimnisses bei den Sendungen aus, die wir der Post anvertraut haben.

Hier uns „Heimlichkeit" zu unterstellen, ist schon bösartig. Der ständige und nahezu beschwörende Gebrauch des Wortes „Kassiber" dient ebenso wie der Kampfbegriff „Bande" allein der Hetze, der Manipulation und der Vor-Verurteilung.

(In der Presse waren häufig Meldungen zu lesen, daß die Gefangenen ihre Verteidiger beschimpft hätten. Auch, daß sie ihnen Anweisungen gegeben hätten. Die Tatsache, daß die Verteidiger unter diesen Umständen nicht die Verteidigung aufgaben, wurde ihnen ausgelegt als Abhängigkeit von den Gefangenen. Sie wurden dargestellt als Befehlsempfänger, die sich von ihren Vorgesetzten auch noch wüst beschimpfen lassen mußten. In diesem Zusammenhang steht die folgende Passage.)

Der Verteidiger muß versuchen, sich in einen Angeklagten hineinzuversetzen, erst recht in einen gefangenen Angeklagten. Das wäre ausgeschlossen, wenn der Verteidiger darauf bestehen würde, seine Sozialisationsmuster auf das Verhältnis zu Gefangenen zu projizieren, die mit dem bürgelichen Leben völlig gebrochen haben. Das INFO als Überlebensprogramm und als kollektives Verteidigungsinstrument ist ohne Zensur der Anwaltsschelte praktiziert worden, weil wir unsere Aufgabe als Verteidiger ernst genommen haben.
Das hat nichts mit Identifizierung zu tun. Es ist der Versuch, die Situation und die politische – die existenzielle – Entscheidung des Angeklagten bei Ausübung der Verteidigertätigkeit nachzuvollziehen. Wenn das Identifizierung sein soll, dann meinetwegen. Der Streit geht hier nicht um Begriffe. Während der ganzen Jahre, in denen ich Gefangene aus der Guerilla verteidigt habe, habe ich in gleicher Weise versucht, mich – um ein Gegenbeispiel anzuführen – in Kriegsdienstverweigerer hineinzuversetzen, die ich vor den Verwaltungsgerichten vertreten habe.

Ich identifiziere mich deshalb weder mit dem Guerilla – das hieße nichts anderes, als selbst in die Illegalität zu gehen – noch bin ich zu einem Apostel der Gewaltlosigkeit geworden."

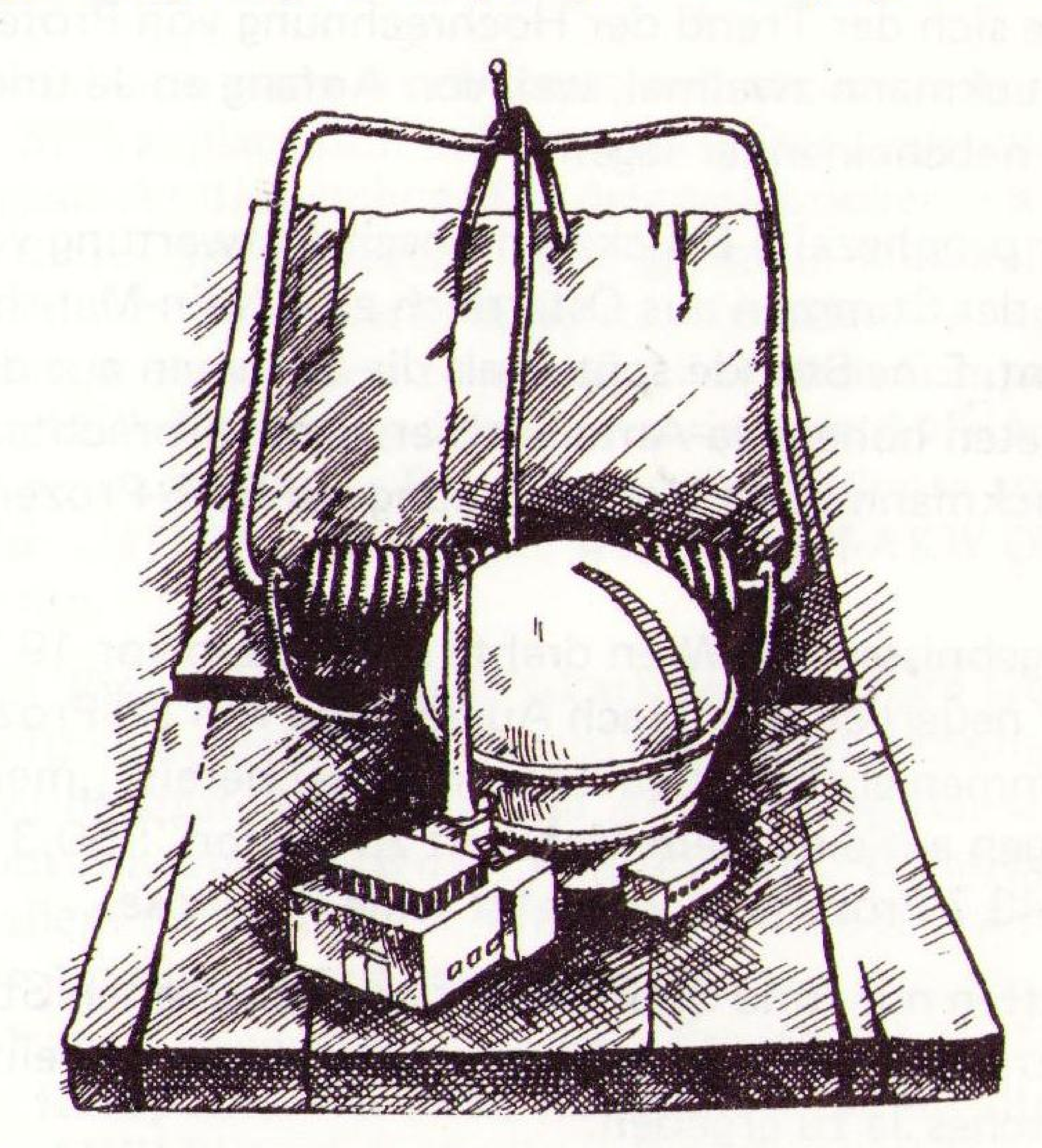
ID / Max Watts

Nachdem Croissant ausgeredet hatte, meinte Oberstaatsanwalt Heißler, die Rede sei nichtssagend gewesen. Er würde sie so zusammenfassen: er, Croissant habe sich nicht strafbar gemacht. Dazu wolle er nur folgendes sagen:

1.) *Croissant unterstütze offenbar weiterhin die Baader-Meinhof-Bande. Dabei hätten ihm die Urteile, die während des Prozesses verlesen wurden, zeigen müssen, was für eine Bande das gewesen sei.*
(gottseidank kann Croissant die Urteile jetzt in der Zelle lesen, sonst hätte er nie gewußt, mit was für Leuten er es zu tun gehabt hat. M.Watts)

2.) *Croissant gibt zu, das Info-System gegen Haftbedingungen betrieben zu haben und er benutzt weiterhin das in diesen Kreisen üblichen Wort „Terrorhaft". Die Menschenrechtskommission hat aber am 8.7.78 entschieden, daß die Haftbedingungen nicht rechtswidrig sind. Die Gefangenen hätten Hofgang und auch Besuche. Das zeigt, wie uneinsichtig Croissant ist.*

Croissant, der Leute wie Sibylle Haag und Eberhard Becker mit erhobener Faust grüßt, übernimmt für sich die Parolen des ehemaligen Angeklagten Raspe: „Der Kampf geht weiter".



DIE ÖSTERREICHER TANZEN DEN ATOMWALZER NICHT MIT

In Österreich wurde am 5. November mit Hilfe einer Volksabstimmung das Atomkraftwerk Zwentendorf im besonderen und jedes weitere Atomkraftwerk im allgemeinen abgewählt. Von den stimmberechtigten Österreichern beteiligten sich circa 65 Prozent an der Abstimmung, und von diesen 65% kreuzten 50,5 Prozent das erfreuliche 'Nein' an.
Bei uns in der Redaktion war einer der ersten Gedanken im Zusammenhang mit dem Ergebnis, daß es nicht schlecht wäre, Berichte und Fotos zum Thema Zwentendorf zusammenzustellen. Der gescheiterte Rücktrittsversuch von Kanzler Kreisky hatte in allen Medien große Beachtung gefunden. In den Tagesthemen der ARD vollbrachte ein Kommentator des Bayrischen Rundfunks eine manipulatorische Meisterleistung: er erwähnte das Wort Atom überhaupt nicht, es ging nur noch um Kreisky. Das Ereignis 'Volksabstimmung zur Atomenergie' trat in den Hintergrund.
Wir wollten die spontane Freude der AKW-Gegner, die Demonstrationen und Feste dokumentieren. Wir telefonierten mit Zeitungsmachern in Salzburg und Wien und erklärten, wie wir uns die Berichte vorstellen: nicht Einschätzung und Theorie,

sondern Erzählungen und Freude über den Sieg. Um die Schwierigkeit angehen zu können, die entsteht, wenn gute Erlebnisse zu Papier gebracht werden, machten wir den Vorschlag, daß sich einige Leute zusammensetzen und ein Gespräch über die Abstimmung, die Vorgeschichte und den Wahlsonntag auf einer Tonkassette aufzeichnen. Wir wollten diese Kassette dann hier auswerten und zusammen mit anderen Informationen zu einem Extrateil 'Zwentendorf' verarbeiten. Aus Wien kam dann der im folgenden abgedruckte Bericht 'Die Volksabstimmung aus unserer Sicht' und aus Salzburg ist ein Postpaket noch unterwegs, der Autor telefonisch nicht erreichbar..
Einer unserer Versuche, ausführlich und unmittelbar von Betroffenen informieren zu lassen ist gescheitert. Zum einen an unserer kleinlichen Art, daß wir nur bei zwei Stellen nachgefragt haben und zum andern an dem Problem das entsteht, wenn man versucht ein Erlebnis/eine Erfahrung, über die man gerade noch flüssig gesprochen hat, schriftlich darzustellen.

Die österreichische Tageszeitung „Kurier" bemerkt, daß die Wahlbeteiligung in den landwirtschaftlichen Gebieten niedriger war als in den städtischen. Außerdem haben die älteren Österreicher eher mit 'Ja' gestimmt als die jüngeren. Die meisten 'Nein'-Stimmen kamen aus den kleinen Gemeinden und den Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern.

Hier ein weiteres Zitat aus dem Kurier:
„Hochspannung bis zur letzten ausgezählten Stimme bei der Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf: Binnen zwei Stunden nach Schluß der letzten Wahlzellen um 17 Uhr änderte sich der Trend der Hochrechnung von Professor Gerhard Bruckmann zweimal, weil von Anfang an Ja und Nein hauchdünn nebeneinander lagen.

Um 17 Uhr prophezeite Bruckmann nach Auswertung von rund 20 Prozent der Stimmen aus Österreich eine Nein-Mehrheit von 50,5 Prozent. Eine Stunde später, als die Stimmen aus dem Industriegebieten höhere Ja-Anteile als erwartet erbrachten, korrigierte Bruckmann seine Hochrechnung auf 50,5 Prozent für Ja.

Mit den Ergebnissen aus Wien drehte sich knapp vor 19 Uhr der Trend aber neuerlich um: Nach Auszählung von 80 Prozent der Wiener Stimmen erklärte Bruckmann, er sei bereit, „mein ganzes Vermögen auf eine Nein-Mehrheit zu wetten": 50,3 Prozent Nein, und 49,7 Prozent Ja war jetzt seine Prognose.

In Wien hatten nur rund 55 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Ja gelautet; 56 Prozent wären nötig gewesen, um ein gesamtösterreichisches Ja zu ergeben."

ALKOHOL GEGEN ATOMKUMMER

Auszüge aus einem Bericht vom Wahlsonntag in Zwentendorf, aus dem „Kurier", einer österreichischen Tageszeitung:

„Seit Sonntagabend versteht eine kleine, seit 1945 treu sozialistische Gemeinde im Tullnerfeld die Welt nicht mehr: Zwentendorfs Bürger haben sich für „ihr" Kraftwerk, die österreichische Mehrheit aber hat sich dagegen entschieden. Doch auch wenn Bürgermeister Heinrich Rabl spätabends meint: „Ich verstehe nicht, daß es bei uns 800 Nein-Stimmen gibt". Auch in Zwentendorf war an diesem Sonntag die Welt nicht mehr ganz in Ordnung. Gerade in Zwentendorf nicht, auch wenn es dort zu einer „beruhigenden", aber doch unerwartet kleinen 56-Prozent-Mehrheit für „Ja" langte...

Kein Wort über Atom

Die Bürger der kleinen Gemeinde selbst sind an diesem nebligen Herbstsonntag verschlossen wie die Austern. Sie gehen in die Messe wie immer (wo das Kraftwerk und die Abstimmung mit keinem Wort erwähnt werden), sie geben ihre Stimme ab, ohne das vor dem Wahllokal kommentieren zu wollen, sie reden auch in den Wirtshäusern bei ziemlich unverblümt „gelockertem" Alkoholverbot über alles, nur nicht über das Kraftwerk.

Die Bundesländer

WIEN: abgegeben 746.581 (63,7%), ungültig 16.741 (2,2%), Ja 404.728 (55,5%), Nein 325.112 (44,5%).

NIEDERÖSTERREICH: abgegeben 692.755 (71,84%), ungültig 20.601 (2,97%), Ja 341.831 (50,9%), Nein 330.323 (49,1%).

BURGENLAND: abgegeben 127.896 (68%), ungültig 3505 (2,7%), Ja 74.394 (59,8%), Nein 49.997 (40,1%).

VORARLBERG: abgegeben 128.069 (75,8%), ungültig 1290 (1%), Ja 19.770 (15,6%), Nein 107.009 (84,4%).

TIROL: abgegeben 158.060 (44,5%), ungültig 2797 (1,2%), Ja 53.513 (34,2%), Nein 102.650 (65,7%).

KÄRNTEN: abgegeben 223.637 (63%), ungültig 5728 (2,6%), Ja 117.839 (54,1%), Nein 100.070 (45,9%).

SALZBURG: abgegeben 169.090 (61,1%), ungültig 3572 (2,1%), Ja 71.571 (43,2%), Nein 93.945 (56,8%).

OBERÖSTERREICH: abgegeben 550.776 (68%), ungültig 12.811 (2,3%), Ja 254.335 (47,3%), Nein 283.630 (52,7%).

STEIERMARK: abgegeben 461.351 (58,1%), ungültig 8928 (1,9%), Ja 238.851 (52,8%), Nein 213.573 (47.2%).

Auch die Befürchtungen der Gemeindeväter um die wegfallende Gemeindesteuer und die 194 gefährdeten Zwentendorfer Arbeitsplätze im Kraftwerk dringen nicht nach außen. Stellungnahmen, wenn auch teils nur anonym, eigentlich nur von Gegnern.

Da wettert Landwirt Josef Baumgartner: „Im Gesundheitsministerium hat man uns offen erklärt, bei einem Strahlenunfall dürften wir unsere Produkte nicht verkaufen", da fallen Sätze wie „Geld bringt's uns kaum", „Wir könnten ohne das Kraftwerk weiterleben".

Anders denkt Donauhof-Pächter Norbert Becker, aus dessen Festsaal noch vergangenen Samstag Bundeskanzler Kreisky den eingedrungenen Atomgegner Tollmann hinausgewiesen hatte. Becker, der nur knapp zwei Kilometer neben dem Kraftwerk wohnt: „Uns hat es schon viele Gäste gebracht." Und, als das Endresultat feststeht, verzweifelt: „Jetzt werden viele meine Freunde vielleicht den Arbeitsplatz verlieren."

Nach dem endgültigen „Nein"

...

Jetzt steigt der Alkoholkonsum sprunghaft, Postautobuschauffeur Herbert Götz kennt sich mit den Mitbürgern nicht mehr aus: „Es ist traurig, daß die Bevölkerung sich nicht mit Atomkraft abfinden kann. Jetzt werden wir neben der Donauchemie auch noch den Schmutz eines Kohlekraftwerkes bekommen."

Kaum zu einem Kommentar fähig ist Betriebsrat Fikar: „Ich bin leicht entsetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Elektrizitätswirtschaft umbaut, das haben wir schon oft durchgespielt."

Vom Ergebnis völlig überrascht auch die beiden GKT-Direktoren, die noch spätabends im Donauhof erscheinen. „Ich weiß nicht, wie's weitergeht", murmelt Alfred Nentwich. Und Friedrich Staudinger schüttelt nur den Kopf: „Ich bin hier in der Umgebung angeheiratet. Das Ergebnis in so manchen Gemeinden, die ich seit 20 Jahren kenn', kann ich mir nur politisch verzerrt erklären." Und dann mit sanfter Drohung: „Jetzt gibt's doch nur zwei Möglichkeiten: Rationieren oder nur Strom für die Reichen."

Wie bei allen bundesweiten Wahlen lag auch am Sonntag als erstes Landesergebnis das des westlichen Bundeslandes Vorarlberg vor. Dort gingen 75,83 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen. Erwartungsgemäß gab es eine satte Nein-Mehrheit: 84,41 Prozent stimmten gegen Zwentendorf und nur 15,59 Prozent dafür. Aber, wie gesagt: Vorarlberg ist ein Sonderfall, denn als die nordostschweizerischen Kraftwerke vor fünf Jahren planten, ein Kernkraftwerk an die Vorarlberger Grenze hinzubauen, brachte der Proteststurm des Ländle dieses Projekt zu Fall.

DIE INDUSTRIELLEN ZUM "NEIN"

Die Industriellenvereinigung nannte das Ergebnis ein "bedauerliches Versagen der Politik". Es gelte nunmehr, "in Zusammenarbeit aller Beteiligten zu einer Neukonzeption der heimischen Energiepolitik zu kommen". Die Industrie sei nach wie vor der Meinung, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie notwendig sei.

Sind Narren am Werk in Zwentendorf oder Ausbeuter?
Haben wir denn nicht ständig rationalisiert, um Arbeit und Energie zu sparen?
Sagt nein zu Zwentendorf!
Schmeißt sie herunter vom Teufelskarren, die da die Menschen ins Verderben jagen!
Sagt nein zur raffinierten Verführung!
Lindpointner, Obmann der L. N. W. n P

DIE VOLKSABSTIMMUNG AUS UNSERER SICHT

Das Info-Alternativ, Rotensterngasse 26, A-1020 Wien, Tel.: 0043222/240205 schickte uns den folgenden Bericht:

Vor ca. einem Jahr begannen wir von Spontanaktionen auf gezielte Agitation und gemeinsames Vorgehen aller AKW-Gegner umzuschwenken. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Aktionsgruppen wurde immer besser. Unsere erste massive Forderung war eine Volksabstimmung. Gemeint war allerdings eine Abstimmung über Sachfragen bei entsprechender Information der Bevölkerung. Nachdem das Bundesland Vorarlberg (SPÖ) total auf Anti-Atomkurs ging, sah der Sozialist Kreisky seine absolute Mehrheit im Parlament gefährdet. Um einer Parlamentsniederlage zu entgehen, „erfand" er die Volksabstimmung. Er hat dabei die Macht seines Wortes über- und die Intelligenz der Bevölkerung sowie die Aktivität der AKW-Gegner unterschätzt.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß der persönliche Einsatz, das gesprochene Wort, jeder noch so aufwendigen Werbeaktion überlegen ist. Und der persönliche Einsatz der AKW-Gegner war beachtlich, sowohl in finanziellen Privateinsätzen wie auch im Zeitaufwand (eine der Hauptfragen der Bevölkerung: „wer bezahlt euch?"). Eine mobile Theatergruppe trat bis zu fünfmal am Tag auf, eine Schallplatte wurde produziert, namhafte Künstler traten in Großveranstaltungen auf, Wissenschaftler stellten Gutachten und Untersuchungen zur Verfügung, sogar ein Anti-AKW-Asterix wurde erfunden.

Das Wichtigste war natürlich der Einsatz der Agiteure auf öffentlichen Plätzen und an Info-Ständen. Als wichtiger Faktor beim Volksentscheid hat sich die Verpolitisierung des Problems herausgestellt, die nach unseren Agitgesprächs-Erfahrungen (auweia) bei den 'Nein'-Stimmen mit circa 10 Prozent und bei den Stimmenthaltungen sogar mit circa 30 bis 40 Prozent zu Buche schlug. Der Rest der Nichtwähler erklärte sich mit der Fragestellung überfordert, der Anteil der absolut Desinteressierten betrug laut unseren Erfahrungen nicht einmal 20 Prozent.

Info-alternativ Wien

ICH HABE SOGAR VON EINEM "HERRN" GEHÖRT, DER EINE SPRÜHDOSE IN SEINEM LODENMANTEL MIT SICH FÜHRTE

ZWENTENDORF
8. November 1978

*„Liebe ID'ler!
Ich bin in der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe-St. Georg und bin mit dem Klaus vom Medienladen aus St. Georg nach Österreich gefahren. Vielleicht könnt ihr mit dem Bericht was anfangen. Wenn ihr wollt, könnt ihr die Telefonnummer 040 / 24 76 90 angeben als Kontakt.*

Auf Einladung der Arena (selbstverwaltetes Kommunikationszentrum) in Wien sind wir eine Woche vor der Volksabstimmung mit einer Videoanlage und diversen Bändern bestückt von Hamburg nach Wien gefahren. Gerechterweise müssen wir zugeben, daß wir mit unseren Mitteln keinen Einfluß auf das Ergebnis der Volksabstimmung mehr nehmen konnten. Die Österreicher wußten aber ohnehin schon bestens über die Unfälle und die Gefährlichkeit der deutschen Siedewasserreaktoren (Brunsbüttel, Ohu, Philippsburg und Würgassen) Bescheid. Diese Tatsachen und die festgestellten Leukämiefälle beim AKW spielten eine große Rolle bei der Kampagne.

Die Volksabstimmung war bekanntlich als taktischer Schachzug von der SPÖ geplant, um mit dem als sicher geglaubten Sieg wieder gestärkt dazustehen. Die österreichischen AKW-Gegner wollten dieses Spiel zunächst auch gar nicht mitspielen, meinten dann aber doch, sich in diese Auseinandersetzung um die Atomenergie einschalten zu müssen. Seit dem Sommer nahm die Anti-AKW-Bewegung dann einen riesigen Aufschwung. Der KBÖ (Kommunistischer Bund Österreich) konnte auch nicht länger die „WOGA", die größte Wiener Anti-AKW Organisation dominieren.

Mir ist in Wien zunächst der Plakatkrieg zwischen Gegnern und Befürwortern aufgefallen. Obwohl die AKW-Betreiber und Befürworter bezahlte Plakatier- und Abreißtrupps einsetzten, hatte ich den Eindruck, daß die „Nein-Plakate" überwogen. Das lag vor allem daran, daß die Freunde in Wien sich wirklich massenweise am Plakatieren beteiligten.

Für mich total ungewohnt war die Aktivität älterer Menschen in dieser Kampagne. Wir sahen gar nicht so selten alte Menschen mit Anti-AKW-Plaketten. Auch an Ständen und beim Flugblätterverteilen konnte man/frau erfreulich oft ältere Leute sehen. Ich habe sogar von einem „Herrn" gehört, der eine Sprühdose in seinem Lodenmantel mit sich führte.

Im Gegensatz zur BRD sind in Österreich in der AKW-Frage die Medien und öffentlichen Institutionen noch nicht total gleichgeschaltet. Die meisten Zeitungen brachten wirklich eine kontroverse Pro- und Contra-Debatte. Trotz der bei weitem geringeren Mittel konnten auch die AKW-Gegner Anzeigen aufbringen. Sogar die katholische Kirche sprach sich gegen Zwentendorf aus.

Besonders stimmenbringend hat es sich wohl ausgewirkt, daß viele berühmte Personen, wie z.B. Konrad Lorenz, Paul Hörbiger, Helmut Qualtinger usw. sich mit durchaus richtigen Argumenten gegen den Betrieb vom AKW-Zwentendorf aussprachen.

Die ganze Auseinandersetzung wurde meistens erstaunlich sachlich geführt. Die AKW-Gegner konnten mit ihren Argumenten über die Gefahren und den nicht vorhandenen Nutzen viele Menschen überzeugen. Die SPÖ fiel in den letzten Wochen mit ihren Hetztiraden reichlich aus der Rolle in dieser im Vergleich zu deutschen Verhältnissen sehr ruhigen Auseinandersetzung. Die ÖVP (Österreichische Volkspartei) ging mit ihrer Taktiererei so weit, daß sie den AKW-Gegnern am Dienstag vor der Abstimmung die Benutzung ihrer Plakatwände erlaubte. Die Bullen haben vielleicht gestaunt, als ihnen die Genehmigung vorgelegt wurde!

Nun zum Ergebnis: Es hatte wirklich niemand ernsthaft damit gerechnet. Die Auszählung war unheimlich spannend. Schließlich konnten wir jubeln, wir haben uns wahnsinnig gefreut und konnten es einfach nicht fassen. Ich bin in einer Schar von Leuten wie im Rausch jubelnd, singend, tanzend in die Innenstadt gezogen. Dort versammelten sich vielleicht 2000 Demonstranten. Überall strahlende Gesichter. Ich habe sowas noch nie erlebt. Es ist unmöglich mit Worten widerzugeben. Die Polizei hielt sich bei dieser spontanen Demo sehr im Hintergrund.

Nun genug des Jubelns! Eine erste Auswertung.
Die Gründe für die Mehrheit der Österreicher, sich gegen das AKW zu entscheiden, sind sehr unterschiedlich. So gab es in besonders abgelegenen Gegenden und Hochburgen der ÖVP die meisten „Nein-Sager". SPÖ-Feindschaft und generelle Abneigung gegen Technik haben einen großen Ausschlag gegeben. Die Gründe eines großen Teils der Nein-Wähler kann ich wohl unter der Parole „Behüt uns Gott vor Zwentendorf" zusammenfassen.

Man/Frau darf aber auch nicht übersehen, daß durch diese von der SPÖ eingeleitete Kampagne wirklich zig-Tausende von überzeugten Atomkraftgegnern gewonnen wurden. Der nächste Versuch der AKW-Betreiber und des Staates, der sicher kommen wird, wir ihnen sehr schwer fallen.

Dieser Sieg der Anti-AKW-Bewegung wird auch international große Auswirkungen haben. In der Schweiz findet z.B. im Frühjahr auch eine Volksabstimmung statt.

So, jetzt bin ich müde.
Bernhard"

GORLEBEN–AKTIONSTAG IN RENDSBURG

RENDSBURG
6. November

Liebe Freunde,

im letzten ID habt Ihr um Berichte über die GORLEBEN–AKTIONEN vom Wochenende gebeten. Hier der Bericht aus Rendsburg.

"am freitag wurde der film "bilder aus lüchow-dannenberg" gezeigt. da die lokalpresse – wieder einmal – unsere veranstaltungen verschwiegen und unser flugblatt leider erst einen tag vorher fertig war, kamen leider nur etwas über 50 leute. trotzdem war die veranstaltung ein recht guter erfolg. unser aktionsvormittag am samstag in der innenstadt lief da schon etwas besser. wir hatten am büchertisch ein rekordergebnis. unser theaterstück kam gut an, obwohl es viele mängel hatte und akustisch sehr schlecht zu verstehen war. um so mehr lärm machten dann zwei fässer atommüll, die durch die einkaufsstraße gerollt wurden.

am nachmittag wurde dann unser neuer laden offiziell eröffnet, wo sich allerlei interessante gespräche mit "freunden" unserer bürgerinitiative ergaben, u.a. war ein mitglied der spd-kreistagsfraktion dort, um mit uns über die vorfälle im zusammenhang mit dem schleswag-anschlag zu reden. es gab kaffee und kuchen.

am sonntag machten wir unsere erste fahrraddemo, an der fast 50 leute teilnahmen, u.a. zwei rollschuh- und ein skateboardfahrer. das machte allen spaß und die passanten (wir wählten als route ein ausflugsgebiet am nord-ostseekanal aus) waren enorm empfänglich für unsere info-blätter, die wir verteilten. außerdem gab es handlich verpackte atommüll-päckchen mit entsprechender beschriftung. als fazit kann man sagen, daß trotz der mängel in der vorbereitung die wochenendaktionen ein guter auftakt waren für weitere veranstaltungen, aktionen usw. zum thema gorleben".

ja, das war's. ihr könnt den artikel ja kürzen, ich glaube, daß er für die id-leser zu lang ist, da keine "umwerfenden aktionen liefen. liebe grüsse !!

– Fritz –

Kontaktadresse:
BUR-Laden und Büro,Oberräderstr. 18
2370 Rendsburg

2. Aktionstage in Dortmund

von der Aktionsgruppe Gorleben in Dortmund:

Wir haben uns im Sommercamp in Gartow, bzw. schon bei der Vorbereitung kennengelernt und haben uns auch nach dem Camp getroffen, um weiterhin etwas gegen die WAA zu machen Ein Großteil von uns ist auch in der BUDO (Bürgerinitiative Umweltschutz Dortmund). Um den Namen Gorleben in Dortmund überhaupt erstmal bekannt zu machen, wollten wir am Aktionstag Straßentheater machen und Flugblätter verteilen. Zur Vorbereitung haben wir ein allgemeines Plakat zu Gorleben entworfen (Parole:„Gorleben soll leben, wir werden uns regen", AtommülldepoNie und nirgends"), das seit letzter Woche Dortmunds kahle Wände verschönert. Am Samstag haben wir in der Innenstadt Straßentheater gemacht. Wir haben uns als Strahlenleichen verkleidet und sind durch die Stadt gezogen. Zwischendurch sind wir tot umgefallen, während eine(r) durchs Megafon was zu Gorleben erzählt hat, und haben Lieder gesungen. Die Aktionen sind sehr gut angekommen. Die Flugblätter gingen so gut weg, daß wir nach gut einer Stunde keine mehr hatten. In den Stadtteilen Hombruch und Hörde sind von den Stadtteilgruppen der BUDO Atommüllfässer gerollt worden, um auf die Gefahren des Atomtransports hinzuweisen. Auch hier sind die Aktionen sehr gut angekommen. Falls jemand an unseren Plakaten interessiert ist, kann er/sie bei uns ein Probeexemplar gegen Rückporto bestellen.

Kontakt: Aktionsgruppe Gorleben, c/o AStA der PH- Ruhr, Vogelpothsweg, 4600 Dortmund.

AUFRUF ZU EINEM ARBEITSTREFFEN ALLER AKW–GEGNER

PADERBORN
7.11.1978

Den folgenden Brief hat uns der Claus von der Bürgerinitiative Umweltschutz Paderborn geschickt:

Liebe Leute vom ID,

es tut sich was, und es wäre schön, wenn ihr zur Verbreitung beitragen würdet (d.h. es ist so, daß ihr die Verbreitung durchführen müßt, weil der Göttinger Atom-Express das nicht früh genug bringen kann).

Letztens fand in Göttingen eine Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen statt, während gleichzeitig im Eschhaus in Duisburg die Landeskonferenz Nordrhein-Westfalen tagge. Neben den verschiedenen Diskussionen – oder vielmehr aus ihnen heraus – entstand der Gedanke an ein neues Arbeitstreffen à la Hannover. (Gemeint sind die Arbeitsgruppen, die anschließend an die Grohnde-Demonstration im Juni in Hannover tagten, Anm.d.Red.). Dies wurde mit den Leuten von der Landeskonferenz Nordrhein-Westfalen besprochen. Die sagten, bei ihnen wäre auch eine Diskussion über diesen Punkt entstanden. Deshalb werden alle AKW-Gegner und Umweltschützer aufgefordert, die Idee eines Arbeitstreffens zu diskutieren, und wenn sie dies unterstützen wollen, Themenvorschläge und Ausarbeitungen vorzubereiten, und ihre Überlegungen an:
Peter Reichelt, Humboldtstr. 21, 2300 Braunschweig, weiterzuleiten.

Wir haben uns auch überlegt, daß zur Vorbereitung dieses Arbeitstreffens auch hierfür eine lockere Organisationsgruppe *(Arbeitsessen?, die Red.)* gebildet wird. Diese trifft sich am 11./12.11.78 in den Trebeler Bauernstuben (Trebel bei Gorleben) und ordnet dort parallel bzw. zusammen mit dem Treffen der Freundschaftskreise Gorleben die eingegangenen Stellungnahmen.

Zum Inhaltlichen und zum geplanten Tagungsort möchte ich darauf hinweisen, daß wir an ein Arbeitstreffen in und um Gorleben dachten, mit Gorlebens Wiederaufbereitungsanlage als ein Thema. Ob und wieweit das möglich ist, wird sich herausstellen. Also: Denkt nach! Mobilisiert! Macht euch auf die Socken, in die Schuhe und ....! Der Sommer ist vorbei, aber heißt das, daß unsere Köpfe einfrieren werden?

Mit den besten Grüßen Claus"

VORBEREITUNG DER INTERNATIONALEN DEMONSTRATION PFINGSTEN 1979

Aus Basel kam ein Brief von AtomKraftGegnern:

BASEL
21. Oktober

Gemäß dem Beschluß der internationalen Koordinationsversammlung vom 24./25. Juni '78 laden wir ein zur **2. Internationalen Koordinationsversammlung am 2./3. Dezember 78 in BASEL** im Restaurant Rialto, Braustube, Viaduktstraße (zu Fuß ca. 5 Min. vom Bahnhof Basel SBB) Samstag: 14 – 17.30 Uhr; Sonntag: ca. 9 – 17 Uhr; Vorbereitung der Versammlung: Samstag 10 Uhr. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Berichte zur aktuellen Lage in den Nationen (pro Delegation 5 Min.)
2. Internationale Demonstration Pfingsten 1979 (2./3. Juni)
   - Welche Forderungen? (nationale Unterschiede; Bedeutung der Baustopforderung)
   - Welche Form?
   - Realisierung
   - Verabschiedung einer Erklärung
3. Verschiedenes

Zur Erinnerung (s. Protokoll, das im Juli/August verschickt wurde): Die 1. Internationale Koordinationsversammlung vom 24./25. Juni 78 in Basel beschloß mit großer Mehrheit, die Durchführung einer internationalen Demonstration gegen den Betrieb von Atomanlagen an Pfingsten 1979 anzustreben. Über die Bedeutung der Baustop-Forderung war mensch unterschiedlicher Auffassung. An der Sitzung vom 2./3. Dezember 78 soll die Realisierung dieses Projektes vorangetrieben werden. Wir ersuchen darum, Delegationen mit klarem Mandat zu entsenden! Für die Reise und Verpflegung müssen die Teilnehmer selbst aufkommen, um Übernachtungsplätze bemühen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten (frühzeitige Anmeldung erwünscht!).

Nationale Koordination der AKW-Gegner-Gruppen der Schweiz, c/o Andre Froidevaux, Riehenring 191, CH-4058 Basel.



WARUM ICH MICH JETZT DOCH VERTEIDIGE UND ANDERES ...

VOM GROHNDE–PROZESS GEGEN WOLFGANG GIESSLER

HANNOVER
Oktober 78

Wolfgang Gießler, angeklagt, in Grohnde mit einem Spaten auf Polizisten eingeschlagen zu haben, hat vor dem Landgericht Hannover einen Prozeß deswegen. Im ID Nr. 252 haben wir eine Erklärung abgedruckt, die er zu Beginn im Gericht abgab. Er beschreibt darin etwas sein Leben und begründet warum er sich vor Gericht nicht (juristisch) verteidigen will / wird. Hier eine Erklärung – nach den ersten Verhandlungstagen – und (leicht gekürzte) Prozeßberichte von ihm und Prozeß-Besuchern:

"Nach meiner erklärung vom 21.9.78 (warum ich mich nicht juristisch verteidige) in hannover fühlen sich jetzt wahrscheinlich die meisten leute von mir angeschissen: ich habe mein vorhaben, mich nicht juristisch zu verteidigen, am 3. verhandlungstag (5.10.) aufgegeben. Axel (mein anwalt) und ich bemühen uns seither, die widersprüche in den aussagen der beiden polizeizeugen braunholz und hallmann im prozeß herauszufragen. Wir werden auch eigene entlastungszeugen laden, um nachzuweisen, daß ich nicht der bin, der mit einem spaten auf die bullen eingeschlagen hat. Ich hatte und habe das gefühl, daß ich mich damit von denen, die sich gegen den bullenangriff mit händen, stöcken, spaten, steine usw. gewehrt haben, ein stück distanziere. Ich habe den eindruck, daß ich die hängen lasse, die deswegen verurteilt wurden und in zukunft verurteilt werden. Das will ich weder vom kopf noch vom gefühl her. Aber ich selbst habe – und hatte schon lange – angst, wegen einer sache in den bau zu gehen und meinen job zu verlieren, die ich nicht getan habe. Ich war in grohnde und auch vorher überhaupt nicht innerlich oder äusserlich auf eine massive verteidigung gegen die bullen vorbereitet. Wie wohl für andere war auch für mich der versuch, die zäune umzureißen um auf den platz zu kommen und damit den weiterbau zu verhindern, eine klare sache. Aber die bevorstehende auseinandersetzung mit den bullen habe ich weggedrückt, weil ich davor und vor den konsequenzen angst hatte (habe ich auch heute noch!)

In der ersten erklärung habe ich auch nicht meine nichtverteidigung begründet, sondern meine widersprüche geschildert, soweit ich sie sah. Ich habe meine eigene entwicklung und das, was ich will, in keinster weise klar. Weder ich selbst noch meine nächsten freunde wissen, wie bei mir entscheidungen zustande kommen. Irgendwie versuche ich einem bild von starkem typ nachzulaufen und verdränge alle ängste, die ich dabei empfinde. Das geht immer gut, solange mir nichts dabei passiert oder solange leute mir keinen widerstand ent-

gegensetzen. Wenn es dann soweit ist, will ich am liebsten wegrennen, weil ich dann so viele sachen, zu denen ich vorher verbal gestanden habe, zurücknehmen muß, und das ist mir verdammt peinlich, weil es unehrlich war. So habe ich auch bis zum 5.10. meine theoretische einschätzung von der rolle der gerichte zur alleinigen grundlage meines vorgehens gemacht und meine angst verdrängt. Nach verschiedenen diskussionen in den tagen vor der fortsetzung des prozesses wurde mir allerdings immer unklarer, was ich eigentlich konkret im gerichtssaal machen wollte — einfach dasitzen würde ich nicht durchhalten, und eine verarschung des gerichts entsprach auch nicht meinen vorstellungen. Die endgültige entscheidung, mich zu verteidigen, ist erst im gespräch mit den leuten, die beim prozess am 5.10. waren, gefallen. Vorher hatte ich in einer eingangserklärung zur wiederaufnahme des abgebrochenen prozesses die möglichkeit einer verteidigung offengehalten. Mich hat sehr verwundert, daß daraufhin nicht gleich alle leute abgehauen sind, sondern daß sie mir im gegenteil geholfen haben, die verteidigung vorzubereiten.

Ich werde mich jetzt weiterverteidigen, obwohl ich weiß, daß unser einfluß auf das gericht sehr gering ist — der einfluß des staatsanwaltes ist wohl entscheidend für den ausgang des verfahrens. Ich will aber die kleine chance, die ich für eine geringere strafe oder für bewährung oder sogar freispruch sehe, wahrnehmen. Ich habe angst, daß ich sonst hinterher mit einer verurteilung nicht fertig werde, wenn ich eine entlastung nicht wenigstens versucht habe. Wenn möglich will ich erstmal meinen job als lehrer behalten und nicht in den knast. Daher werde ich dem gericht eine legitimierung seines urteils so schwer wie möglich machen.

Zum bisherigen prozessverlauf

Am 21. september hatten axel und ich erklärungen zum prozeß und zur nichtverteidigung abgegeben. Es entwickelten sich lautstarke auseinandersetzungen zwischen öffentlichkeit, uns und dem richter rienhoff. Gegen mittag ließ rienhoff den saal räumen und die öffentlichkeit (ca. 100 leute) für den ganzen tag ausschließen. Dann verlas der staatsanwalt borchers die anklage, gegen 13.00 uhr war schluß. In einer anschließenden diskussion sprachen wir über das problem, sehr persönliche widersprüche und entwicklungen im gericht darzustellen und über das konzept der nichtverteidigung.

Am 26.9. (ca. 50 leute) versuchte der beisitzer vom vorigen prozeßtag mit allen beteiligten und der öffentlichkeit zu erörtern, wie der prozeß nach den vorfällen am 21.9. in einer für alle angenehmeren atmosphäre weitergehen können. Rienhoff war wegen krankheit bis zum 10.10. krankgeschrieben und würde den prozeß nicht weiterführen. Der Beisitzer würde das verfahren mit einem neuen 3. richter neu beginnen (das gericht besteht aus vorsitzendem, 2 beisitzern (berufsrichter) und 2 schöffen). Diese wendung kam für uns alle sehr überraschend und führte zu einer äussert peinlich-familiären atmosphäre; einige verließen während der ca. 30 minütigen verhandlung innerlich empört den saal. In den diskussionen in den pausen und nach dem termin schätzten viele die lage so ein, daß jetzt ein etwas geschickterer vorsitzender als rienhoff auf uns angesetzt werden sollte, der scheinbar liberaler auftritt. Unter dem eindruck dieser änderung erfolgte in den nächsten tagen meine umentscheidung, mich doch zu verteidigen.

Am 5.10. (ca. 20 leute) wurde der 1. polizeizeuge (braunholz) von gericht und staatsanwaltschaft befragt. Ich hatte den eindruck, daß die aussagen des bullen sehr widersprüchlich und unkonkret waren. Er hielt jedoch an der kernaussage fest: er hat einen mit dem spaten auf die bullen einschlagen sehen. Den hat er sich gemerkt und festgenommen. Zu der genauen aktion konnte er nichts sagen, an sehr vieles im zusammenhang mit der demo konnte er sich nicht mehr erinnern.

Am 10. und 12.10. (ca. 10 — 20 leute) befragten axel und ich den bullen. Wir wollten chronologisch den ganzen ablauf der demo von ihm wissen, um eine grundlage für die befragung des 2. bullen zu haben. Dabei wurden wir am 12.10. ganz massiv vom gericht bei der befragung behindert. Immer wenn der zeuge eine längere pause einlegte, griff der vorsitzende thies ein und formulierte die frage nach seinem gutdünken um, so daß dem zeugen eine dem richter passende antwort nahegelegt wurde. Zum teil beantwortete der richter auch selbst die fragen von uns. Andere fragen ließ er nicht zu, so z.b. die nach der farbe des helms des demonstranten: Auf unsere frage, ob er auch orange gewesen sein könnte, unterbrach thies "der zeuge hat rot gesagt, und rot ist nicht orange". Unsere hinweise, daß orange auch zu den rottönen gehöre, wies er mit androhungen von ordnungsstrafen zurück. Zweimal wollte thies dem zeugen dessen eigene schriftliche aussage vorlegen, als wir gerade nach handschriftlichen nachträgen und widersprüchlichen verschiedenen aussagen vernahmen. Als ich mich dagegen wehrte, daß der richter dem zeugen die entsprechenden Schriftstücke vor Ende unserer Befragung zeigte (ich verdeckte die Schriftstücke mit der Hand und rief sehr laut dazwischen), wurde ich einmal verwarnt und erhielt beim 2. Mal eine Ordnungstrafe von 120 DM wegen Ungebühr. Als nächstes drohte mir Thies Ordnungshaft an. Einzelne AKW-Gegner waren schon häufiger aus dem Saal gewiesen worden, wenn sie die einseitige Wahrheitsfindung durch das Gericht durch Bemerkungen, Mißfallensäußerungen oder Gebärden kritisierten. Der Richter drohte häufig mit Ausschluß der Öffentlichkeit.

Am 17.10.: Hallmann (wie vorher schon Braunholz) hat sich auf eine bestimmte Kleidung des Demonstranten festgelegt, der mit dem Spaten geschlagen hatte. Wir kündigten in der Situation an, daß wir Zeugen beibringen würden, die nachweisen würden, daß ich anders gekleidet war. Das Gericht beschloß daraufhin schon um 15.00 Uhr die Aussetzung der Verhandlung (sonst bis 16/17.00 Uhr) bis zum 19.10. Ein weiterer Widerspruch zwischen Hallmann und Braunholz besteht in dem Ort, wohin mich Braunholz zur Durchsuchung gebracht hatte.

19.10.: (ca. 15 Leute) waren vormittags Gericht und Borchers nochmal dran. Als ziemlich zu Beginn einige Leute über eine Reaktion von Hallmann lachen, unterbricht der Richter sofort und kündigt in scharfem Ton sofortige Räumung bei nochmaligen Reaktionen der Öffentlichkeit an. Auf die Dauer schüchtert mich das und die anderen ein, zumal wir sehr wenige und etliche schon zum 5. Mal da sind und Thies uns langsam kennt. Ich selbst greife schon viel seltener in die Verhandlung ein als früher. Thies hat durch sein oft auch unrationales Vorgehen erreicht, daß wir eine fast normale Gerichtsverhandlung führen — natürlich auch, weil wir uns einschüchtern lassen. Der Staatsanwalt stellt Fragen, die auf Absprachen zwischen Braunholz und Hallmann abzielen. Hallmann kommt dabei etwas ins Schleudern mit den verschiedenen Treffen mit Braunholz.

Der Tag verläuft insgesamt langweilig, ab und zu unterbrochen durch Fragen des Gerichts, die das Interesse von Thies deutlich werden lassen: „Paßt es in Ihrer Erinnerung zusammen, daß der Schlag auf sie von dem Demonstranten mit dem Spaten kam, und daß er derselbe war, den Braunholz festgenommen hatte?" Unsere Einsprüche gegen derartige Fragen des Gerichts handelten uns Rügen und Drohungen ein. Nach uns könnte der Prozeß in 3-4 Terminen zu Ende sein, wenn das Gericht nicht dauernd querschießt.
Wenn ihr Lust habt, kommt mal nach Hannover.

Am 24.10.: (ca. 15 Leute) wurde Quader, der Hundertschaftsführer von Braunholz und Hallmann, vernommen. Axel stellte gleich zu Beginn der Verhandlung den Antrag, Quader nicht zu vernehmen, weil er den Vorgang mit Wolfgang nicht selbst beobachtet hat und nichts Neues aussagen könnte, sondern lediglich geladen war, um Horrorgeschichten über die schwerbe-

waffneten Demonstranten und die armen unvorbereiteten Bullen zu erzählen und damit die richtige Stimmung für eine Verurteilung zu erzeugen. Der Antrag wurde abgelehnt. Zwischendurch fand Richter Thies noch Zeit den Zuhörern zu sagen, dies sei jetzt die erste Ermahnung (warum weiß keiner) und beim nächsten mal würden wir fliegen. Quaders Aussage war dann auch wie erwartet. Er bestätigte größtenteils Hallmanns Aussagen, insofern ergaben sich auch Widersprüche zu Braunholz, bezog sich fast noch öfter als seine Untergebenen auf die Einschränkung seiner Aussagegenehmigung und machte nebenbei Stimmung. Zwischendurch wurde ein Zuhörer rausgeschmissen, weil er auf seinem Stuhl „flegelte". Braunholz und Hallmann waren noch einmal geladen worden, um ihnen aus ihren Aussagen Vorhalte zu machen. Als das Gericht ankündigte, daß es beabsichtige die beiden gemeinsam zu vernehmen, stellte Axel den Antrag, den jeweils nicht befragten Zeugen rauszuschicken, damit sie es nicht so leicht hätten, die Widersprüche zwischen ihren Aussagen zu glätten. Da das Gericht aber offensichtlich genau das beabsichtigte, wurde der Antrag abgelehnt. Seltsamerweise blieben aber diese beiden Zeugen trotzdem im vollen Umfang bei ihren früheren Aussagen. Auf eine Frage des Gerichts stimmte Wolfgang zu, jetzt seine Aussage zur Sache zu machen. Seine Schilderung begann mit seiner Situation eine halbe Minute vor seiner Festnahme. Er beschrieb den Hergang seiner Festnahme durch Braunholz, und sagte, daß er den Spaten, mit dem er Hallmann geschlagen haben soll, nie in der Hand gehabt hat und wie man ihn in seinen Gürtel gesteckt hat, weil er ihn auch nach der Festnahme für das Beweisfoto nicht anfassen wollte, um keine Fingerabdrücke zu hinterlassen. Wolfgang beschrieb auch seine Kleidung, die er während der ganzen Demo bis zu Festnahme getragen hat. Da der Demonstrant, der mit dem Spaten geschlagen haben soll, von Braunholz anders beschrieben worden ist, ist das ein wichtiges Entlastungsmoment. Nach Wolfgangs Aussage zog sich das Gericht zur Beratung zurück und kam dann mit einer ganzen Latte Vorhalte und Fragen an Axel und Wolfgang zurück. Es wollte hauptsächlich wissen, warum Wolfgang diese Aussagen nicht schon sofort nach seiner Festnahme bei Bullen und Haftrichter gemacht habe, und warum Axel und er die Trümpfe bei den Zeugenvernehmungen nicht von vornherein offengelegt hätten (— weil die Zeugen dann ja sicher sehr viel besser gewußt hätten, was sie nun eigentlich aussagen sollen...) Schließlich stellte Axel noch 3 Beweisanträge, die Wolfgangs Aussage bezüglich seiner Kleidung untermauern und klären sollen, welche seltsamen Wege der Spaten vom Festnahmeort zur Festgenommenensammelstelle genommen hat (keiner der beiden Bullen, die Wolfgang dorthin brachten, will ihn nämlich getragen haben). Der Antrag, sieben Freunde von Wolfgang als Zeugen dafür zu laden, daß seine Beschreibung seiner Kleidung der Wahrheit entspricht, wurde angenommen. Der Antrag, sämtliche Bullen aus Braunholz und Hallmanns Hundertschaft zu laden, um die Sache mit dem Spaten abklären zu können und ein weiterer Antrag wurden erstmal zurückgestellt..... Der Vorsitzende ist mittlerweile übrigens soweit mit den Nerven runter, daß er sich herabließ, der Öffentlichkeit mitzuteilen, sie sei ein „ganz lächerlicher Haufen". Dafür hat er jetzt 'ne Anzeige wegen Beleidigung von einem Zuhörer am Hals.

Wolfgangs weiteren Termine sind: 2./7./9.11., Landgericht Hannover. Bei Karl Winter gehts weiter am 6. und 13.11. Übrigens, daß Karl wieder frei ist, wißt ihr doch sicher schon, oder?

„ES DRÄNGT SICH DIE FRAGE AUF, OB DIE ANSTALTSLEITUNG NICHT BEWUSST DEN TOD MEINES MANDANTEN IN KAUF NIMMT"

PRESSEMITTEILUNG von Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1:

Als Verteidiger des Gefangenen Karl-Heinz D e l l w o teile ich hiermit mit, daß sich mein Mandant immer noch im Hunger- und Durststreik befindet, nunmehr bereits den 47. Tag. Der Gesundheitszustand meines Mandanten wird von Tag zu Tag zusehends ernster, ohne daß von Seiten der Verantwortlichen irgendeine Reaktion erfolgt. Mittlerweile mußte mein Mandant die zehnte Zwangsernährung über sich ergehen lassen, deren Verlauf er in einem Brief vom 19.10.1978, der mich erst am 3.11.1978 (!) erreichte, wie folgt beschreibt:

„Ich wurde von ein paar Wärtern in den Keller geschleppt, dort auf die Bahre gefesselt und ins Krankenhaus geschleppt. Dort gibt es, wohl extra für Streiks gefertigt, einen Spezialstuhl, der über dem Boden ein T-förmiges Eisen hat. Unter dieses T-förmige Eisen werden mit einer sehr breiten Binde beide Füße gefesselt. Eine ähnliche Konstruktion befindet sich hinter der Rückenlehne, an die die mit Handschellen zusammengebundenen Hände auch so gefesselt werden, daß sie kaum noch einen Zentimeter zu bewegen sind. Dann wird um den Bauch und Brustansatz ein ca. 20 cm breiter Lederriemen fest angezurrt. Dann fixiert ein Beamter den Kopf mit Griff unter das Kinn und ein anderer krallt sich in den Haaren fest. Bewegung ist da bis auf kurzes Rucken mit dem Kopf vollständig ausgeschaltet. Darauf versucht Seifen (Anm.: der Anstaltsarzt) **den Schlauch durch die Nase reinzudrücken und, wenn es klappt, ihn in den Mund zu leiten, probiert und stochert so lange damit in der Mundhöhle herum, bis er ihn halt irgendwann in der Speiseröhre hat. Nach Möglichkeit versuchen sie noch einen Keil zwischen die Zähne zu schieben. Die Nährlösung ist dann innerhalb von zwei bis drei Minuten drin. Das Dreckige sind diese Erstickungsgefühle und die ganzen Reaktionen in diesem sensiblen Nasen- und Rachenraum, wenn der darin rumstochert. Die Handschellen und wie sie einschneiden, die Haare, der Bauch, bei dem man das Gefühl hat, es müßte gleich alles wieder rausplatzen, weil er durch den Gurt vollständig zusammengepreßt ist, mal ganz weggelassen. Danach wird der Schlauch mit einem schnellen Zug, was sehr brennt, rausgezogen und ich wieder auf die Bahre gefesselt und über den Kellertrakt nach Haus 6 gefahren."**

Die Forderungen, die Karl-Heinz Dellwo mit seinem Hunger- und Durststreik durchsetzen will, sind entweder die Integration in den normalen Strafvollzug oder die Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen.

Obwohl diese Forderungen durchaus realisierbar sind — in Köln-Ossendorf sitzen zur Zeit z.B. Gert Schneider und Christoph Wackernagel ein, mit denen durchaus eine Zusammenlegung möglich wäre —, hat die Anstaltsleitung bislang keinerlei Reaktion gezeigt, außer einem Schreiben vom 25.9.1978, in dem es heißt:
„Erfahrungsgemäß kommt ein Mensch, der die Nahrungs- und Flüssigkeitsaufnahme verweigert, nach wenigen Tagen in akute Lebensgefahr."

Obwohl der Anstaltsleitung also der lebensbedrohliche Zustand meines Mandanten bekannt ist, tut sie außer der Anordnung der Zwangsernährung nichts, um diesen zu beenden. Es drängt sich hier die Frage auf, ob die Anstaltsleitung nicht bewußt den Tod meines Mandanten in Kauf nimmt.

Ich fordere hiermit alle Medien auf, die anscheinend über meinen Mandanten verhängte Nachrichtensperre zu durchbrechen und durch Veröffentlichung dieser Pressemitteilung dafür beizutragen, daß der lebensbedrohliche Zustand meines Mandanten beendet werden kann.

Zum Überfall auf das dpa-Büro

KARL-HEINZ DELLWO IN LEBENSGEFAHR

FRANKFURT
8. November 78

Eine unterbliebene Nachricht ist der Überfall auf das Frankfurter dpa-Büro am Montag, 6. November, nicht. BILD-Zeitung, Tagesschau und andere Medien haben ihm auf ihre Weise hinreichend Beachtung geschenkt. Was allerdings unterblieben ist, ist die Nachricht, die die ca. 15 an der Aktion Beteiligten eigentlich öffentlich machen wollten: eine Erklärung zur Haftsituation von Karl-Heinz Dellwo und Werner Hoppe.
Bei der Besetzung des dpa-Büros wurden elf Leute verhaftet. Vom Frankfurter Rechtsanwalt Rainer Koch erfuhren wir, daß die Festgenommenen beschuldigt werden, eine kriminelle Vereinigung zum Zwecke des Überfalls auf das dpa-Büro gegründet zu haben und außerdem eine bestehende „terroristische Vereinigung", nämlich die RAF, unterstützt hätten. Rechtsanwalt Koch sagte außerdem, er sei zuerst daran gehindert worden, die Verhafteten aufzusuchen. Im Polizeipräsidium teilte man ihm mit, „es wäre kein Anwalt verlangt" worden.

Die Verhafteten, die am 7.11. nach Karlsruhe gebracht wurden, sind am 8.11. ins Gefängnis Frankfurt-Preungesheim eingeliefert worden.

Kontaktadresse ist vorerst **das Frankfurter Anwaltsbüro Brunn/Hill/Koch/Krutzki, Sandweg 9, 6000 Frankfurt.**

Die folgende Erklärung bekamen wir zugeschickt:

„heute, am 6.11.78, hat das kommando michael knoll und das kommando willy peter stoll die frankfurter dpa-redaktion besetzt, das personal gefesselt, um folgende meldung über fernschreiber an die presse im saarland, rheinland-pfalz und hessen und an die für die nationale und internationale verteilung der dpa-meldungen zuständige dpa-zentrale in hamburg abzuschikken:

KARL HEINZ DELLWO UND WERNER HOPPE IN LEBENSGEFAHR

karl heinz dellwo, gefangener aus der raf aus dem kommando holger meins, das am 25.4.75 in stockholm die botschaft der brd besetzte, botschafter und personal gefangennahm, um die freilassung von 26 gefangenen aus der raf erzwingen zu können, befindet sich seit dem 21.9. in einem hunger- und durststreik, um gegen die ständige verschärfung seiner haftbedingungen eine verbindliche zusage für ein minimum an lebensbedingungen durchzusetzen. ständige verlegungen in ein anderes gebäude des gefängnisses, streichung des hofganges, nahezu vollständige besuchs- und briefkontaktsperre, erniedrigende entkleidungsprozeduren, systematische verzögerung der anwaltspost, –
ein feingegliedertes programm von psychischer und physischer folter, erniedrigung und vernichtung.
als gegenmaßnahme gegen den hunger- und durststreik wurde karl-heinz dellwo sofort zusammengeschlagen und in den „Bunker" geschleppt, dort auf dem boden an eisenringen festgekettet und 49 stunden so liegengelassen. nicht einmal zum urinieren wurde er losgemacht, mußte folglich so auf den boden machen. der gestank seines urins und die verbrauchte luft stauten sich bis zum ersticken, da der „bunker" keine fenster hat. als karl-heinz aus dem „bunker" geholt wurde, war sein kopf schon blau-rot angelaufen.
knappe 3 wochen später dieselbe tortur nochmals.
seit dem 18.10. wird karl-heinz mit zwangsernährung gefoltert. dazu benutzen die staatsschutzmediziner einen speziell zu diesem zweck konstruierten folterstuhl, auf dem er total fixiert und mit sadistischen quälereien gemartert wird.
In dieser situation, in der die regierung und bundesanwaltschaft ein totales nachrichtenverbot verhängt haben, erreicht die psychologische kriegsführung, die seit wochen gezielt gegen karlheinz dellwo eingesetzt wird und ihn einerseits zum 'drahtzieher' der frei kämpfenden raf postuliert, andererseits differenz en und widersprüche zur raf konstruiert, ihren höhepunkt.
nach wochenlanger hetze, die nach mustern abläuft, wie wir sie kennen von der propagandistischen vorbereitung der ermordung ulrike meinhofs, wird im fernsehen – erst im abendprogramm, dann als wiederholung im nachmittagsprogramm – eine sendung mit dem vater hans dellwo ausgestrahlt, die mit psychologisierung, lüge und schmutz karl-heinz dellwo zum abschuß freigeben soll, in der nicht nur über karl-heinz' tod debattiert wird, sondern auch schon die einzelnen umstände seiner beerdigung abgehandelt werden.

die entwicklung spricht eine klare, unmißverständliche sprache: die regierung, das bka und baw wollen ein jahr nach den massakern in stammheim das problem mit dem widerstand der gefangenen wieder mit physischer vernichtung lösen.

bei werner hoppe, gefangener aus der raf und seit seiner gefangennahme 1971 durchgehend isoliert, ist die situation entsprechend. nachdem er, nach monatelanger verweigerung ärztlicher hilfe, unter dem druck der öffentlichkeit, abgemagert bis auf 44 kg bei einer körpergröße von 176, in ein externes krankenhaus verlegt wurde, nachdem der vom vollzug beauftrage medizinische gutachter, der professor am institut für forensische psychiatrie der fu berlin, dr. wilfried rasch, haftunfähigkeit aufgrund siebenjähriger isolationsfolter attestiert hat, zögert der hamburger staatsschutzvollzug die entscheidung für werners freilassung hinaus, um andere, staatsschutzgefügige gutachter hinzuziehen, die die legitimation für werner hoppes rückverlegung in das gefängnis liefern sollen, bzw. noch hinterhältiger: die situation im krankenhaus zum dauerzustand machen, den knast einfach vorzuverlagern, daß aus der ruhe und der helligkeit der räume im „hospital" tödliche leere wird, aus der freundlichkeit der krankenschwestern unerträglicher zynismus – kurz: die institutionalisierung der subtilsten form weißer folter, die auf psychiatrisierung zielt.
eine entscheidung gegen die freilassung von werner hoppe, wie sie das gutachten von prof.dr. rasch fordert, heißt sanktionierung des todesurteils."

mit unserer aktion brechen wir das staatlich sanktionierte schweigen, die informationssperre, die als feste einrichtung die bedingung für jederzeit vollstreckbare hinrichtungen schafft.
seit dem 18.10.77, dem massaker in stammheim, läuft hier in der brd, und darüber ins westeuropäische ausland, eine militarisierung auf allen ebenen.
das neue haftkonzept für die vernichtungshaft –
elektronisch abgeschirmte trakts, stahlzellen, gsg 9-einheiten gegen die gefangenen aus der guerilla, schnellverfahren, sicherungsverwahrung, usw. – ist nur eins.
todesschuß der bullen auf den straßen, neue führungsstrukturen, die geheimdienste, bullen, bgs, medien unterm bka zusammenfassen, erfassung, bespitzelung, razzien, bullenterror, ...
das sind stichpunkte, die eine entwicklung markieren, die sich gegen den widerstand als ganzes richtet, eine innerstaatliche aufformierung, die ausgeht von der kontinuität bewaffneter politik, von der politisch-militärischen konfrontation hier in den metropolen.

unsere aktion geht aus von der einheit des widerstands. seit jahren laufen entsolidarisierungskampagnen der psychologischen kriegsführung, mit dem ziel, die guerilla zu isolieren, die linke zu spalten, die bedingungen zu schaffen, wo mit der exemplarischen liquidierung der gefangenen aus der raf die spitze des widerstands gebrochen werden soll,
um zu demoralisieren
und den staat aufzurüsten.
der widerstand der gefangenen ist unser kampf. unsere aktion zum schutz der gefangenen meint den imperialistischen staat als ganzes, ist teil des antiimperialistischen kampfs, in dem sich für uns die notwendigkeit stellt, die angriffe der guerilla auf allen ebenen mit allen denkbaren formen des offensiven widerstands aufzugreifen und weiterzuentwickeln.

den antiimperialistischen kampf offensiv führen – die politik bewaffnen!
den kampf der gefangenen draußen aufgreifen – die guerilla aufbauen."

AKTIONEN ZUM ERSTEN JAHRESTAG VON STAMMHEIM/ MOGADISCHU

FRANKFURT
1. November

Am 18. Oktober 1977 starben unter bislang ungeklärten Umständen drei Gefangene aus der RAF im Sondergefängnis von Stuttgart-Stammheim. Andreas Baader und Jan-Carl Raspe wurden erschossen in ihren Zellen gefunden. Von den staatlichen Auskunftsstellen wurden nur einander widersprechende Angaben über die Pistolen gemacht. Herkunft und Kaliber der Waffen wechselten häufig. Der Sand, den es in Stammheim nicht gibt, der aber an den Schuhen von Andreas Baader entdeckt wurde, gab keinen Anlaß zu offiziellen Untersuchungen.

Gudrun Ensslin wurde erhängt in ihrer Zelle gefunden. Irmgard Möller, die vierte Gefangene aus der RAF, die zu dieser Zeit in Stammheim saß, überlebte den 18. Oktober. Sie wurde schwerverletzt in ein anderes Gefängnis verlegt. Lange Zeit blieb unklar, in welches. Ihre Verletzungen stammen alle von einem stumpfen Küchenmesser.
In Hamburg fand am 18. Oktober 1978 eine Demonstration statt, um an den Tod der drei Gefangenen zu erinnern. (Siehe ID 253)

Aus drei uns zugeschickten Erklärungen entnehmen wir die folgenden Informationen:

In Lübeck wurde von den 'Revolutionären Zellen' am Gerichtsgebäude ein Brandsatz gelegt, der allerdings nicht losgegangen ist. In Frankfurt wurde eine Erklärung an Polizei und Presse verschickt, in der für den 18. Oktober mittags ein Brandanschlag auf den Kaufhof und das Kaufhaus Schneider angesagt wurde. In einer nachträglich verbreiteten Erklärung wurde mitgeteilt, daß real keine Brandsätze gelegt waren, sondern das es darum ging aufzuzeigen, daß den großen Kaufhäusern der Profit wichtiger ist, als der Schutz von Menschenleben.
Im Kaufhof wurden in der Mittagszeit des 18. die oberen Stockwerke gesperrt, das Kaufhaus Schneider sperrte kurzfristig das Parterre.
In Hanau wurde im Landgericht ein Sprengsatz montiert, der allerdings nicht explodierte.



2. BUNDESKONFERENZ DER RUSSELL-INITIATIVEN HAFTBEDINGUNGEN VORS TRIBUNAL

KÖLN
29. Oktober

Am 28./29. Oktober trafen sich in Köln die Russell-Initiativen und Vertreter von linken Organisationen, Gruppen und Gruppierungen zur 2. Bundeskonferenz der Russell-Initiativen. Angereist waren Russell-Leute aus Berlin, Bochum, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Frankfurt, Gießen, Hamburg, Karlsruhe, Köln, Marburg, München, Saarbrücken, Sittard (NL), Stuttgart. Vertreten waren außerdem die Buchläden Krefeld und Essen, der Antirepressionskreis Hannover, die BUU Hamburg, die Knastgruppe Köln-Ossendorf, die Initiative für Haftbedingungen Köln, KPD, KB, Angehörige der politischen Gefangenen, GIM, Rote Hilfe Köln, Spartacus, Kommunistische Liga, Beirat des Tribunals. Der Verfassungsschutz wollte auch auf seine Anwesenheit Wert legen. Im gegenüberliegenden Gebäude der Colonia Versicherungen saß ein Fotograf. Mindestens sechs Kfz umrundeten im Schritt-Tempo das Areal oder parkten in der Nähe (KO–AC 276 Mercedes grün, K–SK 847 VW Golf GTI rot, KIB–AX 38 Opel Commodore rotbraun, K–TZ 679 Audi rot, AW–JU 32 Opel ockergelb, DÜW–UV 89 Audi 100 rot).

Nach den Spannungen der letzten Monate zwischen der Unterstützungsbewegung und Sekretariat/Beirat sollte der Versuch einer Klärung unternommen werden. Die Russell-Initiativen hatten die Entscheidung der ausländischen Jury (beraten durch den deutschen Beirat) kritisiert, den Fragenkomplex ‚Haftbedingungen politischer Gefangener' von der Behandlung auf der 2. Sitzungsperiode (3. – 9.1.79 in Köln) auszuschließen. Es schien und scheint auch noch so, als ob der Beirat möglicherweise ein ‚taktisches Verhältnis' zu den Menschenrechten hat. Menschenrechtsverletzungen im Bereich von Verfassungsschutz, Zensur, Strafverfahren – das sind die 3 Themenkomplexe, die vor dem Tribunal verhandelt werden sollen. Rausgefallen sind ‚Haftbedingungen' und ‚gewerkschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse' – aus zeitlichen Gründen und weil das Material nicht vollständig genug sei. So jedenfalls die offizielle Begründung. Im Rundbrief 13 aber klang schon an, was sich im Laufe des Sommers zur Gewißheit verdichtete: die bürgerliche Öffentlichkeit dürfe nicht verschreckt werden. Die Gewerkschaften würden sich durch die ‚Unvereinbarkeitsbschlüsse' getroffen fühlen und ein Eingehen auf die Haftbedingungen der politischen Gefangenen würde das ganze Tribunal in den Geruch der RAF-Kollaboration bringen. Da die Unterstützungsbewegung in ihrem Selbstverständnis davon ausgeht, daß Menschenrechte unteilbar seien und für jeden gelten, wurde versucht, diesen Beschluß (im Rahmen der Möglichkeiten) zu revidieren. Da es nur noch 8 Wochen bis zum Beginn des Tribunals sind, ist eine Neuaufnahme der gewünschten Punkte in den Themenkatalog vermutlich nicht mehr machbar. Der Punkt 3 (Strafverfahren) aber bietet die Möglichkeit, einige Fälle von Haftbedingungen doch noch behandeln zu können. Fragen wie Trennscheibe und Kontaktsperregesetz passen thematisch in den Rahmen dieses Punktes. Ein Auftreten von ehemaligen politischen Gefangenen (Beer, Roth etc.) als Zeugen wäre auch möglich. Darum verabschiedete die Bundeskonferenz folgende Resolution:

Wir fordern, daß für die endgültige inhaltliche Ausfüllung des Punktes 3 (Strafrechtsverfahren) neu zur Verfügung gestelltes Material herangezogen wird. Dieses Material umfaßt die Aspekte Trennscheibe, Isolationshaft, körperliche Mißhandlungen und Kontaktsperre. Im einzelnen handelt es sich um:
– Schilderungen der Gefangenen,
– ärztliche Gutachten über Art und Folgen der Isolationshaft,
– Bewertung der Haftbedingungen anhand der Kriterien, wie sie amnesty international in ihrem Buch ‚Berichte über die Folter' definiert hat,
– amtliche Dokumente, aus denen die Zielsetzung der praktizierten Isolationsbedingungen hervorgehen,
– Dokumentation der Anwälte,
– Gerichtsunterlagen,
– Aufstellung über Art und Dauer der Haftbedingungen von politischen Gefangenen,
– Bildunterlagen,
– persönliche Zeugenaussagen von Betroffenen.

Dieses Material soll gemeinsam gesichtet und diskutiert werden von
– Mitgliedern von Beirat, Sekretariat, Jury, Unterstützungsbewegung,
– Anwälten der betroffenen Gefangenen und Ärzte ,
– ehemaligen politischen Gefangenen, die diesen Bedingungen ausgesetzt waren,
– Angehörigen von politischen Gefangenen.

Die beiden anwesenden Mitglieder des Beirates Narr und Wesel erklärten, sich dafür einzusetzen, daß bei positiver Materiallage — entsprechend den Statuten der Foundation — die Frage der ‚Haftbedingungen von politischen Untersuchungsgefangenen' in den Punkt 3 einbezogen wird. Inwieweit das jetzt Früchte trägt, bleibt abzuwarten. Der letzte Rundbrief (Nr. 14) und die Erklärungen von Narr und Wesel machen da zuversichtlich. Durch den Konflikt zwischen Beirat/Sekretariat und der Unterstützungsbewegung ist die Arbeitsfähigkeit des Tribunals stark eingeschränkt. Von der ‚Basis' kommt zu wenig an recherchierten Fällen und auch die Spenden fließen spärlich. Während der Diskussion am Sonnabend waren sowohl Narr als auch Wesel bemüht, uns entgegenzukommen. Das Arbeitspotential der Russell-Initiativen soll so wieder für die Zuarbeit zum Tribunal genutzt werden. Wenn die (opportunistische) Mauschelei und Taktiererei von Beirat und Sekratariat ein Ende findet, wird es wieder eine intensivere Zuarbeit der Initiativen geben (so die Stimmung in Köln).

Zum Selbstverständnis und der Selbsteinschätzung der Russell-Bewegung und zu den Perspektiven einer allgemeinen Antirepressionsarbeit über das Tribunal hinaus wurde endlich am Sonntag diskutiert. Der Anstoß und die Publizität durch Russell sollen nach Beendigung der 2. Sitzungsperiode weitergenützt werden. Für Frühjahr '79 wurde eine 3. Bundeskonferenz in Frankfurt geplant, zu der auch Teile der ‚bürgerlichen Öffentlichkeit' eingeladen werden (HU, Jusos, Judos, Falken etc.).

Kontakt: Frank Schwalba-Hoth, Gisonenweg 2, 3550 Marburg, Tel.: 06421/ 292119 oder 24787 oder 284658.

EIN ERSTAUNLICH–ERFREULICHES URTEIL

FRANKFURT
1. November

ZUM ARBEITSGERICHTSPROZESS EINES FRANKFURTER SOZIALARBEITERS

Vor dem Frankfurter Arbeitsgericht wurden am 31.8.78 zwei Kündigungen (fristlose und fristgerechte) eines Sozialarbeiters verhandelt. Beide Kündigungen sind als nicht rechtmäßig beurteilt worden. Das besondere daran ist, daß die Kündigungen nach einem öffentlich erklärten 'Streik ' des Sozialarbeiterteams ausgesprochen wurden und daß trotz diesem anscheinend eindeutigen Kündigungsgrund ('Arbeitsverweigerung') dem Arbeitgeber nicht Recht gegeben wurde.
Um das zu verstehen, muß man folgendes wissen:
Die Sozialarbeiter (zwei Hauptamtler und sechs Nebenamtler zu dieser Zeit) arbeiteten in einem Hochhausgebiet (dem Frankfurter Berg) im Norden Frankfurts, das von einem Autozubringer, Amikasernen und einem Militärflughafen eingegrenzt ist. Für die 4000 Einwohner dort gibt es außer einem kleinen Einkaufszentrum und einer Kneipe keine anderen Freizeitmöglichkeiten. Der Weg in die Stadt ist weit und umständlich. Von 1972 an wurde die Siedlung in den Akten des Bauamtes als 'Sozialer Brennpunkt' geführt; das heißt auch amtlicherseits bemerkt: Völlig mangelhafte Infrastruktur und keine ausreichende soziale Versorgung!
Acht Jahre lang hatten sich die Jugendlichen und auch die Sozialarbeiter von Stadt und Wohnungsbaugesellschaft ein Jugendhaus versprechen lassen — öfter hatten sie versucht, durch Öffentlichkeitsarbeit ein bißchen nachzuhelfen — erfolglos!

Im Januar 78 arbeitete dann ein Team von Sozialarbeitern dort, das zwar guten Kontakt zu den Jugendlichen hatte, aber keine Arbeitsbedingungen — kleine 2-Zimmer-Wohnung in einem der Hochhäuser. Dort war selbst bei bestem Willen nicht viel zu machen, wenn allabendlich 20 — 30 Jugendliche sich in einem 12 qm Raum quetschten.

Der Auslöser, der es dann entgültig notwendig machte, gegen diese Verhältnisse was zu unternehmen, war die Stellen-Einfrierung einer der hauptamtlichen Sozialarbeiterstellen nach einer Kündigung. Die Begründung schien sehr fadenscheinig und es war zu befürchten, daß die Träger die Arbeit langsam ganz einschlafen lassen wollten. Am 16. Januar legten deshalb die Sozialarbeiter öffentlich und mit einigem Tamtam die Arbeit nieder. Erklärten allerdings dazu, daß der Streik sich nicht gegen die Arbeitgeber, sondern gegen die Verantwortlichen der Stadt und der Wohnungsbaugesellschaft richtet, die den Bau des Jugendhauses und damit sinnvolle Arbeitsbedingungen bislang verschleppt hatten. (Mehr darüber im ID Nr. 214 und 218)

Die Kündigung des Hauptamtlers erfolgte an dem Tag, an dem der Magistrat endlich die letzten Hindernisse für den Baubeginn ausräumte. Die Nebenamtler wurden eine Woche später gekündigt. Alle Sozialarbeiter reichten beim Arbeitsgericht Frankfurt Kündigungsschutzklagen ein; die Nebenamtler mußten sich wegen schlechter Chancen für einen längeren Prozeß auf einen Vergleich einlassen.

Hier Auszüge aus der Urteilsbegründung des Gerichts: (Kläger ist der Sozialarbeiter, die Beklagte der Träger der Sozialarbeit — also der Arbeitgeber)

Die fristlose Kündigung der Beklagten läßt sich nicht auf eine beharrliche, das heißt trotz Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit, fortgesetzte Arbeitsverweigerung des Klägers stützen. *(Bezieht sich auf die Schließung des Büros)*

.... Zwar liegt die Entscheidung darüber, wie eine auszuführende Arbeit organisiert wird, grundsätzlich beim Arbeitgeber. Das gilt auch hinsichtlich der Entscheidung für den Umfang des einzusetzenden Personals. Im vorliegenden Falle war aber angesichts der Verhältnisse, unter denen die Sozialarbeiter ihre Arbeit erbringen mußten, klar, daß die Nichtwiederbesetzung einer Planstelle zu einer ganz erheblichen Mehrbelastung insbesondere für die hauptamtlichen Sozialarbeiter führen würde ....



Photo: Am 21. Januar 1978 zogen die Jugendlichen vom Frankfurter Berg durch ihren Stadtteil. Mit Clowns, Musik und Plakaten demonstrierten sie ihren Wunsch nach einem eigenen Jugendhaus.

Darin ist eine Verletzung der Fürsorgepflicht zu sehen, die der Beklagten gegenüber dem Kläger im Rahmen des Arbeitsverhältnisses oblag. Das umsomehr, als die Beklagte keinen vernünftigen Grund für die Nichtwiederbesetzung der dritten Planstelle anzugeben vermocht hat. Der Kläger durfte sich gegen die Fürsorgepflichtverletzung der Beklagten zur Wehr setzen.

Schließlich ist entgegen der Auffassung der Beklagten auch der Ton, den der Kläger in seinem offenen Brief an den Sozialdezernenten Berg angeschlagen hat, kein hinreichender Anlaß für eine Kündigung ..... Wenn der Kläger in seinem offenen Brief unter diesen Umständen von einem "Treiben" und "Gerangel" spricht, so sind das zwar deftige Ausdrücke, die am Kern der Sache aber gleichwohl nicht völlig vorbeigehen. Dem Kläger, der die Unzuträglichkeit der räumlichen Verhältnisse in vorderster Linie zu spüren kriegte, sind deftige Ausdrücke nicht zu verargen. Andererseits müssen Personen, die öffentliche Ämter wahrnehmen, Kritik zu ertragen vermögen, auch wenn der Kritik durch Deftigkeit des Ausdrucks Farbe gegeben wird ....

In Anbetracht der gesamten Umstände des Falles vermag die Kammer die Pflichtverletzungen des Klägers als nicht so schwerwiegend anzusehen, daß sie eine einseitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch die Beklagte als billigenswert und angemessen erscheinen ließen ... Ein solcher mehr symbolischer als tatsächlich vorgenommener Akt *(Streik)*, der den Arbeitsablauf tatsächlich ja kaum beeinträchtigte, kann naturgemäß Wirkung nur dann entfalten, wenn diese Wirkung demonstrativ erhöht wird. Um mit der im wesentlichen nur symbolischen Maßnahme überhaupt Wirkung zu erzielen – nämlich eine Wirkung, die sich an sich nur mit einer tatsächlichen vorgenommenen Maßnahme erzielen läßt – hat der Kläger diese Maßnahme verbal erhöht. Das ist und bleibt eine Verletzung der Pflichten durch den Kläger, aber eine Pflichtverletzung, die einfühlbar ist und die getragen ist von dem Gedanken, ohne Beeinträchtigung der Betreuungsarbeit der Fürsorgeverpflichtung der Beklagten, die in der Nichtbesetzung der dritten Planstelle liegt, wirksam zu begegnen.

Übrigens heißt das: Der Sozialarbeiter muß wieder eingestellt werden; bekommt also von Januar bis jetzt Gehalt! Um das zu verhindern, hat der Arbeitgeber (Internationaler Bund für Sozialarbeit – IB). Berufung eingelegt! Wenn die Berufung mit dem gleichen Urteil endet, heißt das für den IB noch viel mehr blechen.

Es gibt über den ganzen Konflikt und von den Aktionen eine 28-seitige Dokumentation mit Bildern. Kostet mindestens 3,-- DM auf Konto-Nr.: 50/821497, Frankfurter Sparkasse 1822.

Kontakt: Helmut Schönberger, Wiesenau 56, 6 Frankfurt 1

KÜNDIGUNG FÜR KRITISCHEN ARZT

RENDSBURG
6.November

Von der Bürgerinitiative Umwelt-Schutz:

„In Rendsburg wurde einem Arzt, der auch Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Rendsburg ist, vom Senat der Stadt gekündigt. Er hatte im März auf einer Personalversammlung den Personalmangel am Krankenhaus kritisiert und als Beispiel einen Vorfall erwähnt, bei dem ein Patient möglicherweise verblutet ist, weil er bei der Minderbesetzung der Station nicht überwacht werden konnte.

Die Kündigung stieß sofort auf Widerstand. Vor allem die Beschäftigten des Krankenhauses haben ihre Solidarität mit ihrem Kollegen offen bekundet. 32 Ärzte, praktisch alle zu dem Zeitpunkt der Kündigung am Krankenhaus tätigen Assistenzärzte, haben in einem Brief an den Senat die Rücknahme der Kündigung gefordert; ebenso das Personal der beiden Stationen, auf denen er tätig war.
Eine Aktionseinheit, bestehend aus der Bürgerinitiative Umweltschutz (BUR), der Frauengruppe/Initiativgruppe Frauenhaus, der Grünrn Liste, dem Kommunalen Arbeitskreis der SPD, den Judos, Jusos und dem KBW hat in einem Flugblatt noch einmal die Zustände am Krankenhaus dargestellt und kritisiert und fordert die Rücknahme der Kündigung.
Am 1.11. war der este Arbeitsprozeßtag in Kiel, bei dem viele Kollegen und Zuschauer anwesend waren. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen; es sieht jedoch so aus , als ob es zumindest nicht einfach sein wird , die Kündigung aufrecht zu erhalten.

Kontakt: BUR – Laden und Büro: Obereiderstraße 18, 2370 Rendsburg

BERUFSVERBOT AUCH FÜR LEHRLINGE

KÖLN,
11. Oktober

Ein Lehrling aus Köln – Ben Bausch, 23 Jahre – berichtet über seine Begegnung mit den Schwarzen Listen:

"Berufsverbot für Lehrling" oder: das haste nu davon

Die Nachricht schlug bei mir wie eine Bombe ein: "Wir müssen Ihnen leider mitteilen, daß wir in der Probezeit feststellen müssen, daß Sie für uns nicht der richtige Mann sind." Dies ist nun schon der vierte Rausschmiß aus einer Lehrstelle in 1 1/4 Jahren - ich war zum 30.9.78 als Betonbauerlehrling bei der Firma STRABAG gekündigt!
Das besondere an meinem "Fall" ist der nach § 7 Abs. 1 des Ausbildungsvertrages nicht benötigte Grund meiner Entlassung: Nicht meine Pünktlichkeit – ich bin in den zwei Monaten meiner Lehre kein einziges Mal zu spät gekommen; nicht meine Fehlzeiten – ich habe sage und schreibe nur einen Tag gefehlt und war nicht ein einziges Mal beim Arzt; nicht meine Leistungen – ich war (das läßt sich anhand der Beurteilungsbögen beim Ausbildungszentrum der Bauindustrie, Köln-Rhiel nachweisen) unter den Auszubildenden meiner Gruppe der Beste, und es war auch von seiten der Lehrbaustelle keinerlei "Beanstandung" rausgegangen!!

Ich konnte es mir nicht erklären, wieso ich schon wieder auf der Straße stand! Sofort rief ich bei meiner Firma an. Dort verwies man erstmal auf den § des Ausbildungsvertrages. Erst auf mein hartnäckiges Drängen hin deutete man mir an, daß ich es unterlassen hätte, in meinem Personalbogen eine frühere Anstellung im Baugewerbe anzugeben. Auf meine erstaunte Frage, daß ich wohl kaum alle meine Tätigkeiten der letzten 10 Jahre im Kopf hätte, wurde der STRABAG-Mann deutlicher: "Ja ähm, Sie haben doch schon mal eine Ausbildung bei einer anderen Firma im Bau abgebrochen..." Da fiel bei mir der Groschen. Woher konnte der Mann das wissen? Und: wenn er es wußte, dann wußte er auch, warum ich vor einem Jahr bei HOCHTIEF rausgeflogen war, nämlich: Meine entschlossene Einstellung gegen Atomkraftwerke – und sonst nichts! das war es also! -

Trotz "Atomkraft nein danke":eingestellt

Ich hatte damals den folgenschweren Fehler begangen, zum Vorstellungsgespräch meine "Atomkraft? – Nein Danke" Plakette nicht abzunehmen, worauf mich der Personalchef in ein stundenlanges Gespräch vom elektrischen Rasierapparat

bis zum "Lichter aus"– Wetteruntergang verwickelte. Und obwohl ich jetzt dachte, ich könnte gehen, wollten sie es "doch mal mit mir versuchen". Außer meinem klaren Engagement gegen das menschenvernichtende Menschenwerk in diesem Gespräch war mir also nichts vorzuwerfen! Auch in den 1 1/2 Monaten meiner damaligen Ausbildung fiel ich (außer durch gute Leistungen) in keiner Weise politisch auf!

Alptraum von Hochtief, Strabag und vielen anderen: Streik auf der AKW-Baustelle!

Ich hatte schon mal was von der schlimmen Tradition der sogenannten "Schwarzen Listen" gehört, wo in der Weimarer Zeit die Namen von unliebsamen Leuten von Firma zu Firma gereicht wurden und die erst gar nicht einen Betrieb von innen zu sehen bekamen. Und ich hatte gehört, daß dies – natürlich in moderner Form – auch heute passiert (z.B. mit dem Verfassungsschutz oder Werkschutz). Aber ich wußte nichts genaues. Jetzt weiß ich's! Denn von wo sonst konnte der STRABAG-Mann meinen früheren Rausschmiß aus der Zimmermannslehre bei Hochtief erfahren haben, wenn nicht eben von Hochtief? !!
Bei einem späteren Besuch auf der Lehrbaustelle fand ich nicht nur die Bestätigung hierfür: Wie mir meine früheren Kollegen mitteilten, hätten sie auf die Frage nach dem Grund meiner Entlassung von einem Betriebsratsmitglied der STRABAG folgende haarsträubende und leicht zu wiederlegende Horrorgeschichte erfahren:

Ich hätte bei Hochtief auf einer Atomkraftwerksbaustelle gearbeitet und die anderen Lehrlinge aufgewiegelt, die Arbeit niederzulegen! Anscheinend haben die Herren wirklich Schwierigkeiten, diesen Willkürakt den Leuten schmackhaft zu machen.

Ich habe während der ganzen Zeit meiner Ausbildung und auch sonst noch nie auf einer AKW-Baustelle gearbeitet (Gott bewahre sondern war nachweislich nur auf der Lehrbaustelle tätig! Die Absurdität der anderen Vorwürfe ergibt sich daraus!

Eine Zusammenarbeit von HOCHTIEF und STRABAG ist für mich auch wegen folgender Begebenheit erwiesen: Dienstag derselben Woche kam Herr Stopka von Hochtief auf mich zu und fragte mich, wo ich denn jetzt bescäftigt sei und - freitags hatte ich die Kündigung (Stopka sitzt offensichtlich im Prüfungsausschuß, der an dem Tag auf der Lehrbaustelle war!)!

Und ein paar Fragen

Angesichts dieser Tatsachen frage ich mich

1. Ob ich im Leben überhaupt nochmal eine Lehrstelle bekomme und
2. wer noch auf das von Unternehmerseite geschürte Geschwätz von den Drückebergern und Faulenzern reinfällt
3. wem immer noch nicht klar ist, wer in Wahrheit für Probleme wie die Jugendarbeitslosigkeit, - kriminalität und - selbstmorde verantwortlich ist!

Kontakt: Ben Bausch, Petersbergstr. 95, 5000 Köln 41
Tel.: 0221/ 44.13.56

"KÖRPERLICH GENESEN HEISST – KRANK WERDEN IN DER SEELE!"

HAMBURG
19. Oktober

Walter Damaschka, Gefangener in Hamburg-Fuhlsbüttel, Anstalt II, vermittelte der Gefangenenselbstinitiative in Hamburg seine Erfahrungen als Kranker im Gefängnis. Er schrieb dazu „Körperlich genesen heißt - krank werden in der Seele". Die Initiative berichtet:

Am 17. Juni wurde dem Gefangenen Walmar Damaschka nach dem Mittagessen furchtbar schlecht. Als die Schmerzen in Erbrechen übergingen, begab er sich ins Krankenzimmer und ließ sich ein Medikament geben. Die Schmerzen wurden krampfartig und fast unerträglich. Walmar bat einen Beamten, der Sanitäter möge dringend in seine Zelle kommen.
Es dauerte eine halbe Stunde.
Der Sanitäter kam und nach einem flüchtigem Abtasten verordnete er ein schmerzstillendes Zäpfchen.
Mit dem Herbeiholen des Zäpfchens verging abermals eine halbe Stunde. Walmar schleppte sich – erschöpft vom ständigen Erbrechen – vom Bett zum Klosett. Die erhoffte Wirkung des Medikaments blieb aus, die Krämpfe wurden immer stärker.

Allein in seiner Zelle und vor Schmerzen wie von Sinnen, schrie Walmar um Hilfe. Mitgefangene schauten ratlos hinein, konnten aber nicht helfen. Weder der Sanitäter noch ein Arzt ließen sich blicken. Erst gegen 17 Uhr, als das Schreien in jämmerliches Wimmern umschlug, kam der Sanitäter mit einer Spritze. Doch auch die Spritze konnte die starken Schmerzen nicht lindern. Walmar hat das Gefühl, er würde platzen und fühlt sich dem Sterben nah.
Einem Zellen-Nachbarn, der sich zu ihm an das Bett gesetzt hat, vermacht er seine armselige Habe und verliert schließlich völlig das Bewußtsein.

Im Krankenhaus Barmbek kommt er zu sich, die leiseste Bewegung bereitet ihm große Schmerzen. Zu seinem Erstaunen bemerkt er dicke Stahlketten an seinen Fußgelenken. "Wie ein Schwerverbrecher" denkt er und merkt, wie seine Sinne wieder schwinden.
Nach mehreren Untersuchungen diagnostizieren die Ärzte eine akute Bauchspeicheldrüse, es besteht Lebensgefahr.
Eine Überweisung ins Zentralkrankenhaus im Untersuchungsgefängnis kommt somit nicht in Frage.
Walmar muß künstlich ernährt werden, d.h., er bekommt einen Schlauch durch die Nase, der bis in den Magen reicht. Im rechten Arm steckt eine dicke Kanüle. Allein durch diese medizinisch notwendigen Apparaturen ist er fast bewegungsunfähig.
Trotzdem wird er 24 Stunden – rund um die Uhr – von zwei Beamten bewacht und seine Füße bleiben in Ketten.
Selbst der Protest der Ärzte hilft nichts.
Gefesselt an Stahlketten, abhängig von zwei Schläuchen, nackt, bewacht von zwei Beamten – welch eine Gefahr muß Walmar für die Menschheit darstellen!
Solche und ähnliche Überlegungen sieht er in den Blicken der Schwestern, die ihn betreuen. Er, der Ende dieses Jahres vorzeitig aus der Haft entlassen wird. Auf seine Frage, ob diese Maßnahmen wirklich notwendig sind, antworten die Beamten nur höhnisch. Sie scheuen sich auch nicht ihm "freundlich" zuzuprosten und zu zeigen, daß ihnen das Essen noch schmeckt. Nachts unterhalten sie sich ungeniert, was haben sie auch mit Walmars Genesung zu tun?

Als es ihm besser geht und er um Briefpapier bittet, um seine Familie zu unterrichten, wird es ihm nicht ausgehändigt. Am Ende seiner Nerven, verlangt Walmar, daß ihm endlich die Fußfesseln abgenommen werden.
Er verweigert eine weitere Behandlung.
Der Arzt möchte vermitteln, erklärt, daß noch wenigstens 14 Tage im Krankenhaus notwendig sind. Doch nichts hilft, Sicherheit geht vor Gesundung und Walmar wird ins Zentralkrankenhaus verfrachtet. Auch hier verweigert er aufgrund von schlechten Erfahrungen mit ZKH-Ärzten die Behandlung und kommt zwei Tage später zurück in die Anstalt II.
Hier dauert es nur 6 Tage, bis er die verordnete Schonkost und Medikamente bekommt. Zur Überbrückung ist es noch nicht einmal möglich, ihm mit Tee und Zwieback zu helfen.
Walmar hofft, daß er seine Haftzeit ohne nochmalige Erkrankung übersteht und schreibt ...

aber auch wir haben ein Recht wie ein Mensch, nicht nur wie eine lebende Nummer behandelt zu werden – wir sind nicht zu Unrecht hier, aber auch wir verdienen trotz allem noch

eine gewisse Achtung. Wenn man sie uns nicht schenkt — gerade hier — wie sollen wir sie dann jemals vor anderen haben ? ?

Kontakt: Gefangenenselbstinitiative, Vereinstr. 48, 2000 Hamburg 6

NAZIS WIEDER IN MOERS

MOERS
2. November

In der Nacht von Sonntag (29.10.78) auf Montag wurden erneut die Schaufenster des Aragon-Buchladens beschmiert. Über ein Plakat von Erich Mühsam wurde ein Judenstern gespritzt, die Tür war mit einem Hakenkreuz verziert. Neben den alt bekannten Aufklebern wie "Rotfront verrecke" — "Jetzt NSDAP" — "Wir sind wieder da" (zweifelsohne) konnte frau/ mann noch einen Aufkleber "Kauft nicht bei Juden" sehen.

Am Dienstag fanden wir dann folgenden Brief in unserem Briefkasten:

"Dieses Mal ist es nur eine Warnung,
doch wir kommen wieder und werden mit der
geistigen Verpestung unseres Volkes
gründlich aufzuräumen wissen!
Wir werden mit den gleichen Mitteln kämpfen,
mit denen einst der Feind unsere Städte verwüstete:
Mit Pech und Schwefel!
Hinter diesem Feind stand aber damals wie heute
Der Jude
und betrieb grinsend die von ihm geplante
Vernichtung unseres Volkes.
Wer jedoch heute diesen jüdischen Bazillus
unserem Volk einzupflanzen versucht,
gleich ob er sich Mühsam, Goldmann oder Luxemburg
nennt,
wird von uns gnadenlos bekämpft werden.

Ihr tätet besser daran, euch mitsamt eurem
jüdisch-marxistischem Dreck zum Teufel zu scheren,
sonst wird euch Hören und Sehen vergehen!!

Sturmabteilung Moers"

Ähnliche Briefe sind in Moers auch an Einzelpersonen verschickt worden.
Na ja, diese kleinen Schweinchen von Nazis werden halt immer frecher und gefährlicher!

Aragon-Buchladen, Starenweg 1, 4130 Moers 1



ALS DIE POLIZEI KAM, WURDE AUS DEM STRASSENFEST EIN KNÜPPELFEST

SIEGEN
10. Oktober

Erklärung der Initiativgruppe für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu den Vorgängen am Samstag, dem 7.10.78 in der Siegener Oberstadt, unterhalb der Nicolaikirche:

Eine behördlich genehmigte Demonstration für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum mit knapp 200 Teilnehmern sollte mit einer Kundgebung am Haus der Jugend enden, mit einer anschließenden Besichtigung. Die Stadt hatte jedoch das Jugendzentrum abgeriegelt. Die verbliebenen Demonstranten beschlossen daraufhin spontan in die Oberstadt zurückzugehen und sich dort auf dem öffentlichen Platz noch ein bißchen zusammen zu setzen, Musik zu spielen und zu tanzen. Das Wetter war gut und der Platz konnte in seine Funktion als Kommunikationszentrum voll genutzt werden. Mensch machte Musik, unterhielt sich, spielte Schach, tanzte, trank ein Weinchen, kurz die Stimmung war gut. Gegen Einbruch der Dämmerung traten die Ordnungskräfte der Stadt Siegen auf den Plan. Zuerst 5 Polizisten. Sie schauten erst dem Treiben nur zu, dann griffen sie ganz gezielt und zu unserem größten Entsetzen einen Tanzenden aus der Menge mit der Begründung, den Ausweis zu kontrolieren.

Als der gezielt Herausgepickte sich zuerst weigerte, er wollte natürlich gerne wissen weswegen die Ausweiskontrolle, zogen die Polizisten sofort den Gummiknüppel und schlugen auf den jungen Mann ein. Es gab ein Handgemenge. Mehrere Jugendliche wurden an den Haaren von Polizisten hinter sich her gezerrt. Ein Polizist schlug ihnen mit dem Gummiknüppel auf den Hinterkopf. Als zwei Personen von den Polizisten abgeführt wurden, ging die aufgebrachte Menge hinterher. Und dann kam es zum Einsatz der chemischen Keule. Blitzschnell wurden sie gezogen und den Jugendlichen direkt vor die Nase gehalten und trafen mehrere Leute mitten ins Gesicht, Augen, Nase und Mund. Ein Jugendlicher ging von dem gefährlichen Giftgas zu Boden. Die Leute schrien auf, rannten weg, die Polizisten schlugen nochmal kräftig von hinten auf die Köpfe ein. Bei dieser behördlichen Aktion waren 6 Polizisten mit 3 Einsatzwagen und Motorrädern angerückt. Bei ihrem Verlauf wurden mindestens 10 junge Leute verletzt. Sie hatten Platzwunden am Kopf, Prellungen, ein ausgeschlagener Schneidezahn, Blutungen aus Nase und Mund, Augenreizungen, blaue Flecke und vieles mehr. Die meisten mußten im Krankenhaus behandelt werden, einige noch ganz junge Opfer ließen sich trotz schwerer Verletzungen nicht ärztlich behandeln, da sie große Angst hatten, noch einmal mit Polizisten in Berührung zu kommen.

Vier Personen wurden vorübergehend festgenommen. Ein unglaublicher Skandal ereignete sich, als anwesende Personen über Telefon einen Notarztwagen anforderten. Als der Rettungsdienst bei der Polizei nachfragte, verbot diese den Sanitätern den Einsatz. Die Verletzten mußten mit privaten PKWs ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein Hauptwachtmeister erklärte zu dem Einsatz der chemischen Keule folgendes: Die Keule könne von der Polizei in eigenem Ermessen angewendet werden. Wir protestieren in aller Schärfe gegen die brutale Auflösungen eines Straßenfestes!! Wir protestieren gegen Einziehung von Filmmaterial, gegen Verhaftungen, gegen Gummiknüppel und Chemokeule!!Es war ein friedliches Straßenfest, unsere Gäste des NRW-Landestreffens und viele Passanten waren entsetzt, als es in ein Prügelfest der Polizei ausartete. Solch einen Polizeieinsatz hatte wohl zuvor kaum jemand miterleben müssen.

Zuerst Kontrollmaßnahmen der Stadt in Form von Clubkarten und Altersbeschränkung, Raumverbote und dergleichen — dann Brutalität gegen Jugendliche, die in ihr Jugendhaus nicht herein kommen, mit chemischer Keule und Gummiknüppeln. Solche Maßnahmen führen doch zwangsläufig zur Selbstverwaltung. Die Stadtverantwortlichen in Siegen sollten sich end-

lich dranmachen, sinnvolle Jugendarbeit zu leisten und die Forderungen der Jugendlichen nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung zu erfüllen und sollten endlich damit aufhören, die Jugendprobleme mit Gewalt zu „lösen".

Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum Siegen, c/o Gelbes Haus, Geisweider Str. 145, 5900 Siegen 21. in Unterstützung von:
dem Initiativkreis für ein selbstverwaltetes JZ in Mannheim,
dem Verein zur Förderung des JZ Utfort e.v.,
dem Initiativkreis Jugend Benrath e.v.,
der Initiativgruppe für ein JZ Weiß (Köln),
dem Selbstverwalteten JZ Wetzlar,
der Jugendzentrumsinitiative Neunkirchen.

STÜRMISCHER POLIZEIBESUCH IM JUGEND–WOHNKOLLEKTIV

Frankfurt 30.10.78 Am 23.10.78 wurden die 6 Bewohner des Jugendwohnkollektivs "Marbachweg" (Einrichtung der Drogentherapie) gegen 5.30 Uhr von stürmischem Klingeln geweckt. Vor der Tür warteten 8 Polizisten, einige mit vorgehaltener Maschinenpistole, andere standen im Garten und am Hinterausgang. Als die Bewohner sich noch die "Unverschämtheit" herausnahmen, sich vor dem Öffnen der Tür etwas anzuziehen, machten die Polizisten sofort Anstalten die Tür aufzubrechen.



Eine Bewohnerin öffnete und fragte nach dem Grund dieses stürmischen Besuchs, erfuhr aber nur, "daß sie das nichts anginge." Stattdessen wurden erst mal die anderen Bewohner mit vorgehaltener Maschinenpistole geweckt, um ihre Ausweise zu kontrollieren. Erst danach rückten die Polizisten zögernd mit der 'Information' heraus, sie hätten gegen einen Jugendlichen einen Haftbefehl. Später stellte sich dann heraus, daß der 'Haftbefehl' lediglich ein Vorführungsbescheid war, da der Jugendliche aus Vergeßlichkeit zu einer Zeugenaussage vor Gericht nicht erschienen war. Nachdem sich bei der Ausweiskontrolle herausgestellt hatte, daß der gesuchte Jugendliche nicht da war, kündigten die Polizisten an, jetzt "jeden Tag vorbeizukommen" und zogen dann ab.

Die Sozialarbeiter versuchten am Nachmittag die Gründe für den aufwendigen Polizeieinsatz zu erfahren, aber auch sie wurden vom 12. Revier, das den Einsatz gemacht hatte, eine ganze Zeit lang mit dümmlichen Ausflüchten hingehalten.

Da die Jugendlichen im "Marbachweg" nicht zum ersten Mal solchen Besuch hatten und überhaupt die Nase voll haben, auch bei geringfügigsten Anlässen derartig behandelt zu werden, – wie sich das auch generell im Verhalten der Polizei gegenüber Wohnkollektiven in Frankfurt einzubürgern scheint – überlegen sie, wie sie sich dagegen wehren können. Als erstes haben sie einen Brief an das Polizeirevier geschrieben und eine Erklärung gefordert.
Kontakt: Jugendwohnkollektiv "Marbachweg", Marbachweg 362, 6000 Frankfurt.

"' ... SCHON BIST DU EIN VERFASSUNGS–SCHÜTZER "

HAMBURG 9.November *Einer Genossin, die noch nicht allzu lange in Hamburg lebt, ist was Mieses passiert: aufgrund magerer "Indizien" wurde sie in der linken Scene als Spitzel verdächtigt. Das kann jedem und jeder "Neuen" zustoßen, und es ist ein Alptraum. Die Genossin versucht sich hier zu wehren. Verständlicherweise will sie ihren Namen nicht nennen. Bei den Hamburger Genoss(innen)en, um die es geht, wird es hoffentlich was nützen.*

Offener Brief an die Revolutionären Fischmarktzellen

Betrifft: Eure Behauptung: Bullin, Spitzel des Verfassungsschutzes (18.10.78 Flohmarktkneipe)

Die Tatsache, auf die, wie man mir sagt, Euer Verdacht sich gründet: Ich war auf einem angeblich nur Eingeweihten bekannten Treffen am Tag nach Schleyers Entführung. An eben diesem Tage nämlich hatte ein Zettel (Die Gefangenen brauchen unsere Hilfe, Aktionen sind zu planen usw., Treffpunkt 19 Uhr ESG) am schwarzen Brett der Kaffeestube für eben dieses Treffen dringend geworben.
So kam ich zu Eurer Versammlung, von der ich nach zwei Stunden – nichts war gelaufen – erfuhr, daß sie streng im Geheimen hätte stattfinden sollen. Ich sei ein Sicherheitsrisiko, man bat mich zu verschwinden.
Seitdem werde ich in Euren Kreisen als Spitzel behandelt.
Beim ID liegt eine Liste mit Namen von Menschen, die Auskunft über mich geben können. Kennwort: Paranoia.
Wenn Ihr konspirative Veranstaltungen öffentlich propagiert, ist für Pannen nicht der Verfassungsschutz verantwortlich, sondern die eigene Desorganisation.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries

DER ERZBISCHOF VON IRLAND ZU LONG KESH

LONDON August 78 *Als Nachtrag zu dem Bericht über das Internierungslager Long Kesh im ID Nr. 249/50, hier ein Auszug aus einem Artikel der Anfang August auf der Titelseite der Londoner „Times" erschien. Der garantiert IRA-Nicht-Sympathisant , Erzbischof von (Ganz) Ir-*

land, Dr. Thomas o Fiaich, beschreibt nach einem Besuch in Long Kesh die Haftbedingungen der Gefangenen, die seit März 1976 um den Status als politische Gefangene kämpfen, als unmenschlich und erschütternd.

„Die Gefangenen weigern sich zu waschen und die Toiletten zu benutzen, bzw. entleeren ihre Zellen-Klos in den Zellen. Die Bedingungen, die ich vorfand, waren nicht einmal für Tiere zumutbar. Der Gestank und der Dreck in einigen Zellen, mit den Resten von verschimmelten Essen und menschlichen Exkrementen in den Ecken und an den Wänden war fast unerträglich. In zwei Zellen war ich unfähig zu sprechen aus Angst davor, mich übergeben zu müssen.

Die Zellen der Gefangenen sind ohne Betten, Stühle und Tische. Sie schlafen auf einfachen Matratzen auf dem Boden, die in den meisten Fällen. völlig durchnäßt und dreckig waren. Keine Bezüge und Laken. Zum Zudecken vielleicht mal ein Handtuch oder sogar eine Decke. Es gibt keine Bücher, keine Zeitungen, nichts Lesbares, außer der Bibel. Kein Radio, Fernsehen, nichts zu Schreiben. Keinen Hofgang und keine Körpergymnastik. Einige der Gefangenen leben nun schon eineinhalb Jahre unter diesen Bedingungen. Einige Gefangene klagten über Verprügelungen, Beschimpfungen, zusätzliche Bestrafungen in kalten Zellen ohne Matratze."

Die Nordirische Besatzungs—Regierung nimmt in der selben Ausgabe der „Times" dazu Stellung:

„Diese Kriminellen sind total für die Bedingungen verantwortlich, die sie vorfinden. Sie selbst schmieren Exkremente an die Zellenwände und schütten Urin in die Zellen. Sie selbst zerstören mit ihren Aktionen die vorzüglichen und modernen Einrichtungen dieser Strafvollzugsanstalt. Diese Gefangenen wurden nach einem gerechten Prozeß für schuldig befunden, als Kriminelle überführt. Alle Gefangenen können monatliche Besuch erhalten, normales Essen bekommen, die Toiletten benutzen, sowie medizinische Einrichtungen und an Gymnastik teilnehmen, bei der bloßen Beachtung und Einhaltung der Anstaltsregeln, die ja schließlich zur Aufrechterhaltung der Anstaltsordnung gehören.

Die Strafgefangenen würden unverzüglich ihr Mobiliar, ihre Bücher und Zeitschriften zurückbekommen (das Mobiliar wurde natürlich nur entfernt, weil die Gefangenen es sowieso nur zerstörten).

Die Aktionen der Gefangenen sind gezielte Propaganda der IRA. Sobald sie akzeptieren, daß alle nach 1976 Verurteilten keinen besonderen Gefangenenstatus mehr erhalten, sondern verurteilte Kriminelle sind, werden sich die Haftbedingungen unverzüglich normalisieren."

FRIEDENSDEMONSTRATION IM BASKENLAND

Bilbao/Paris

Am 21.10.78 fanden in Bilbao zwei Demonstrationen statt, die große Bedeutung für die Zukunft der baskischen Bewegung haben. Als Antwort auf die verstärkte Offensive der militärischen ETA, die in den letzten Wochen kurz nacheinander mehrere Polizisten erschossen hatte, hatte die Baskische Nationalpartei (PNB) mit Unterstützung der sozialistischen PSOE und der kommunistischen PCE zu einer "anti-terroristischen" Demonstration "für den Frieden" aufgerufen.

In den Tagen vor dieser Demonstration war es im ganzen Baskenland zu sehr heftigen Diskussionen über eine solche Demonstration gekommen, denn sie vertieft die Spaltung innerhalb der baskischen Bewegung zu einem Zeitpunkt, an dem sich die spanische Regierung weigert, wesentliche Autonomieforderungen zu erfüllen.

Ein Block aus politischen Gruppen, die der militärischen ETA nahestehen, die "Kommissionen für Amnestie", der Block "Abertzale" (patriotische Revolutionäre) und "Heri Batasuna" (das vereinigte Volk) riefen unter den Parolen "Unterstützung für die baskischen Soldaten im Untergrund" und "Solidarität mit der militärischen ETA" zu einer Gegendemonstration auf. Die Polizei hatte den "antiterroristischen" Schweigemarsch der PNB erlaubt, die Gegendemonstration aber verboten.

Am Schweigemarsch beteiligten sich etwa 40.000 Menschen, deren Durchschnittsalter über 40 Jahren lag, darunter sehr viele Frauen, und der "Liberation-Korrespondent" fühlte sich stark an die irischen Friedensmärsche erinnert.

Nach AFP waren auf der Gegendemonstration etwa 5000, meist jüngere Teilnehmer, nach 'Liberation' sogar nur 1.500. Sie wurden von der Polizei brutal auseinandergeknüppelt. Obwohl hinterher ETA-Leute die geringe Teilnahme der Demonstration auf das Demonstrationsverbot zurückführten, ist festzuhalten, daß im Baskenland auch schon unter schlimmeren Umständen verbotene Demonstrationen mehrere zehntausend Teilnehmer mobilisiert haben.

Das eigentliche Problem, das an diesem Samstag durch die zwei Demonstrationen gestellt wurde, liegt in der tiefen Spaltung der baskischen Bewegung. Diese Spaltung wird in vielen baskischen Familien als persönliches Drama erlebt. Das erklärt auch die ungewöhnlich niedrige Zahl der Demonstranten bei der PNB, die in weniger als einem Jahr bei elf (!) verschiedenen Anlässen 100 - 150000 Demonstranten mobilisiert hatte. Während einer Woche war kaum von etwas anderem als dieser Demonstration gesprochen worden. Die Zeitungen waren mit Leserbriefen überschwemmt worden, oft etwas wie der von der Mutter, die der PNB angehört und deren Sohn als ETA-Kämpfer in Frankreich im Exil lebt.

Auch die Gewerkschaften waren gespalten. Die sozialistische UGT verurteilte die PNB-Demo als "opportunistisches Wahlkampfmanöver". Die Provinzfederation von Navarra derselben Gewerkschaft nahm die entgegengesetzte Position ein; während sich die "Comisiones Obreras" von Navarra (KP-nahe) dem Unterstützungsaufruf ihrer Gewerkschaftszentrale widersetzten. Die (inzwischen amnestierten) ehemaligen Angeklagten des berüchtigten Burgos-Prozesses appellierten, ebenso wie die politisch-militärische ETA, in enem offenen Brief, an keiner der beiden Demonstrationen teilzunehmen, "um das baskische Volk nicht weiter zu spalten und seine Aufmerksamkeit vom Kampf gegen den Hauptfeind abzulenken!"

Jetzt, kurz vor der Verabschiedung der spanischen Verfassung, bricht der tiefe Gegensatz auf zwischen dem legalistischen Weg der PNB, den radikalen Gegnern dieser Demokratie, die sich um die militärische ETA herum gruppieren und der baskischen Linken, die die Demokratie ausnutzen wollen für den politisch-ideologischen Kampf. Diese tiefe Spaltung aber erhöht die Gefahr des baskischen Problem in den Hintergrund zu drängen.

Anzeichen für diesen Niedergang häufen sich und parallel dazu leben rechtsextreme Aktivitäten wieder auf. Vor zwei Tagen hat in San Sebastian eine Gruppe von Sympathisanten der militärischen ETA ein Büro der PNB gestürmt und zerstört, wobei an den Wänden die Slogans "Verräter PNB", "Nieder mit der Bourgeoisie" und "PNB an die Laterne" zurückblieben. In Drango, in Biscaya, haben Rechtsradikale in schönster Nazi-Tradition, nach dem letzten ETA-Attentat eine regelrechte Strafexpedition gestartet. Gegen 21 Uhr betraten sie mit vermummten Köpfen eine Bar. Sie fragten die Gäste, ob einer von ihnen der ETA angehöre. Als alle einstimmig verneinten, zückten sie Eisenstäbe und Gummiknüppel und zwangen alle den faschistischen Gruß zu machen und die Franco-Hymne zu singen. Während sie immer lauteres Singen verlangten, stiegen sie auf die Theke und knallten alle Flaschen an Wände und Fensterscheiben.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos	bez. bis ID Nr.	Exempl.
3842 W		3

ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN
KAMEKESTR. 19

D-5000 KOELN 1

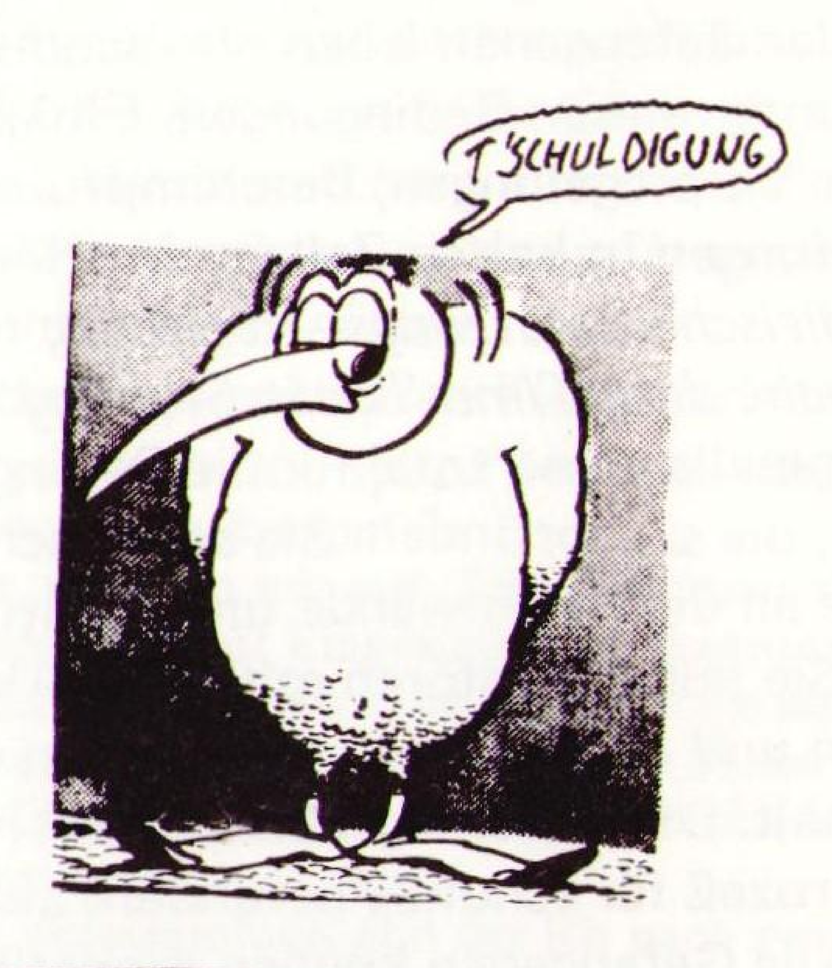
Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 52 52 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten.
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.

ZurHabenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumvorbehaltes.

Wird diese Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender sofort zurückzusenden.



'ne IDee zur Vertreibung KLASSISCHer Nachrichten:

KLASSIKER d.20.Jhdt's

DASZ IHR EYN BESONDER INTERESSE AN FRÜHEREN BERICHTEN, DOKUMENTEN UNT AUSGABEN DES IIE-DEE habt, stellen wir laufend an EUREN nachfragen betreffs zurückliegender IIE-DEE's fest. Abonniert zurückliegende ID's schon heute und JETZT, solange sie frisch aus dem Druck kommen !

INTERNATIONALES